



Informationsdienst des historischen Ostbrandenburg und der Neumark

Fürstenwalde/Spree

3,- Euro / 32. Jahrgang, Nr. 1, März 2018

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

auch im Jahr 2018 wird die Standortfrage des Hauses Brandenburg ein wichtiges Thema für alle Beteiligten sein. Das 1999 eröffnete HBB dient der Überlieferung und Dokumentation der historischen Region Ostbrandenburg mit seinen Bereichen Bibliothek, Archiv, Museum sowie mit Ausstellungen und Veranstaltungen.

Durch die fortschreitende Auflösung von Heimatkreisen und die damit einhergehende Schließung von Heimatstuben und Archiven sind die Aufnahmemöglichkeiten des HBB erschöpft und es muss nach einer zukunftsorientierten Lösung gesucht werden.

Dabei vertreten die Stiftung Brandenburg und der Haus Brandenburg Freundeskreis e. V. unterschiedliche Standpunkte.

Der Haus Brandenburg Freundeskreis e. V. hat die Sondierungen zum möglicherweise anstehenden Umzug in das Collegienhaus nach Frankfurt/Oder zum Anlass genommen, die Entscheidung zu Ungunsten des Standortes Fürstenwalde nicht untätig hinzunehmen und sich deshalb an das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg gewandt. Im Oktober 2017 fand auf Einladung des Ministeriums mit dem Staats-

sekretär Martin Gorholt und den zuständigen Mitarbeitern ein Gespräch statt, das darin endete, dem Freundeskreis die Möglichkeit einzuräumen, mit den Bearbeitern der Machbarkeitsstudie ins Gespräch zu kommen. Das vom Vorstand des Freundeskreises übergebene Arbeitspapier war Grundlage eines Gesprächs im Januar 2018 in den Räumen der Viadrina, in dem die Argumente für bzw. gegen die beiden Standorte ausgetauscht wurden.

Vom Stiftungsrat wurde mitgeteilt, dass es im Februar 2018 ein Treffen in Frankfurt/Oder gibt, bei dem in Anwesenheit des zuständigen Staatssekretärs und einiger Professoren der Viadrina die Ergebnisse der ersten Phase dieser Machbarkeitsstudie vorgestellt werden. Geplant sind drei Vorschläge mit unterschiedlichen Zukunftskonzepten, die die Grundlage

für die Entscheidung zur Standortfrage bilden sollen.

Anschließend soll in der zweiten Phase der Machbarkeitsstudie die ausgewählte Variante bis zum Sommer 2018 detailliert ausgearbeitet werden.

Wir hoffen, für die nächste Ausgabe des BK den Tätigkeitsbericht des Stiftungsrates zu erhalten, der sicherlich weitere Informationen zu diesem Thema beinhalten wird.



Das Collegienhaus in Frankfurt/Oder. (Februar 2018, SL)

Freundlichst
die Redaktion des
„Brandenburgkurier“

Inhalt	Seite	Stiftung	
Aufruf		Tag des Gedenkens in Landsberg	8
Gesucht: Fluchtgeschichten	2	Landsmannschaften	
Politik		Pommernpleite	9
Bundesvertriebenengesetz	3	Landsmannschaften	
Aufarbeitung		Neujahrsempfang in Hamburg	10
Die Trilogie Heimatweh	4	Geschichte	
Freundeskreis		Das Jahr 1918	11
Heimatreise nach Posen	6	Termine	12

Gesucht: Fluchtgeschichten

Bitte um Berichte gegen das Vergessen

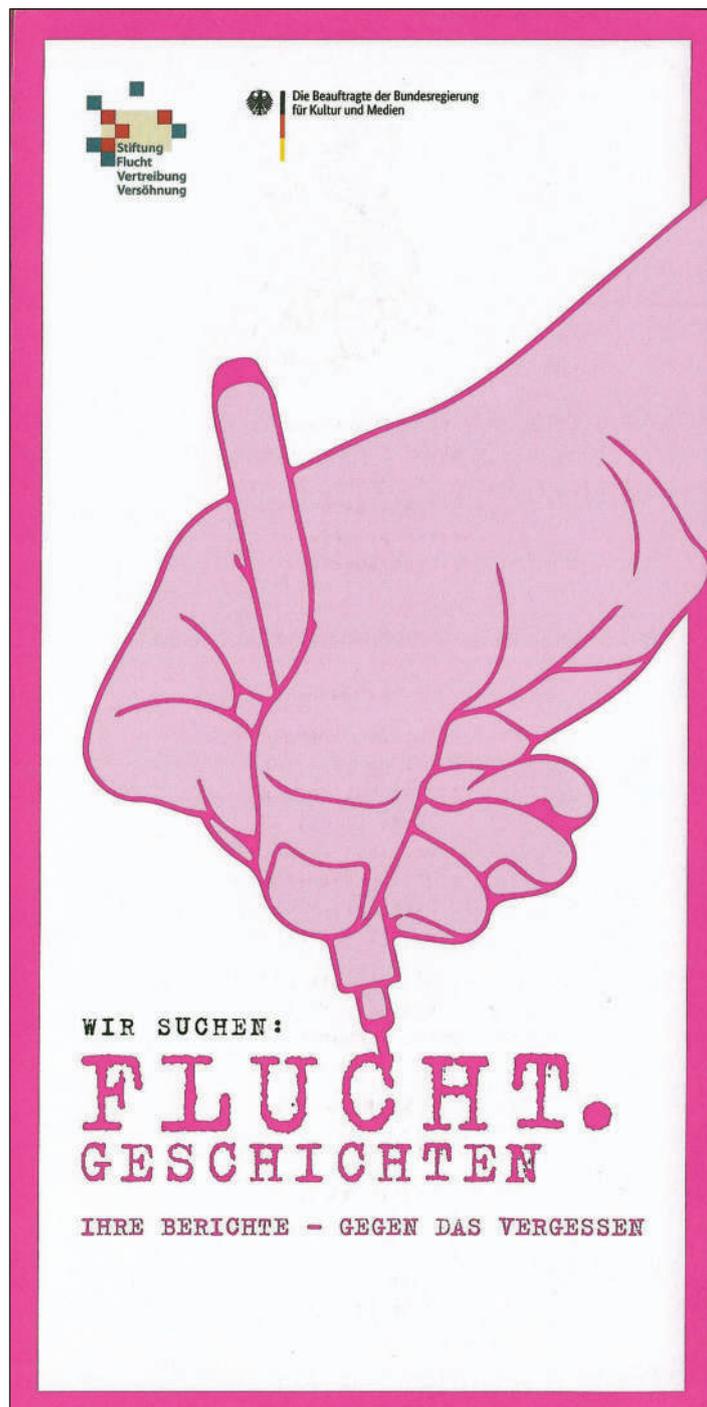
Der Bundessprecher der Landsmannschaft Ostbrandenburg/Neumark, Dr. Bernd von Sydow, wurde im Dezember 2017 von einer Mitarbeiterin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung um Unterstützung gebeten:

Im Auftrag der Bundesregierung realisiert die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, über die wir im BK 3 von 2017 berichtet haben, derzeit am Anhalter Bahnhof in Berlin ein Museum und ein Dokumentationszentrum zum Thema Flucht und Vertreibung. Dort werden unter anderem Zeitzeugenberichte dauerhaft gesammelt. Haben auch Sie oder jemand aus Ihrer Familie Flucht und Vertreibung erlebt?

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns Ihre Geschichte anvertrauen. Wir suchen schriftliche Berichte über Flucht und Neuanfang. Unser Aufruf richtet sich an alle Menschen, die selbst oder deren Familien Flucht und Vertreibung erlebt haben: z. B. deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, ihre Kinder und Enkel, Flüchtlinge der Jugoslawienkriege in den 1990er Jahren oder heutige Flüchtlinge.

Tagebücher, Erlebnisberichte und Briefe in verschiedenen Sprachen, Fotos, Zeichnungen, Ausweise und andere Dokumente – all das ist interessant für uns.

IHRE BERICHTE – GEGEN DAS VERGESSEN!



Wir freuen uns auf Ihre Nachricht an:

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung
Mauerstraße 83/84
10117 Berlin
Mail: geschichte@sfvv.de

Zeitzeugendatenbank

70 Jahre nach Kriegsende ist auch vor dem Hintergrund der weltweiten Fluchtbewegungen ein wachsendes Interesse der jüngeren Generation an den Themen Flucht und Vertreibung zu verzeichnen. Ein Zeitzeuge, der aus der eigenen Biographie berichtet und gleichzeitig für Rückfragen der Zuhörer zur Verfügung steht, ist als Multiplikator für das Vermitteln des Lebens in der Heimat, des durch Flucht und Vertreibung erlebten Leids, aber auch des Ankommens in Deutschland unübertroffen. Die Jahre, in denen Zeitzeugen noch persönlich berichten können, sollten wir intensiv nutzen, um generationenübergreifend ins Gespräch zu kommen. Der BdV verfügt über eine Datenbank, die über 400 Zeitzeugen aus dem ganzen Bundesgebiet führt. Die Zeitzeugen stammen aus den ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, so z.B. aus Ostpreußen, Westpreußen, Danzig, Pommern, Ostbrandenburg, Schlesien, aber auch aus dem Sudetenland und dem Donauraum. Diese Personen haben Flucht und Vertreibung als Kinder persönlich erlebt. Weitere Zeitzeugen stammen aus Siebenbürgen oder aus den deutsch besiedelten Gebieten Russlands und den ehemaligen GUS-Staaten. Der BdV tritt als Kontaktvermittler auf, indem er auf Anfrage mit den Zeitzeugen, die (thematisch, geographisch) in Frage kommen, Rücksprache hält und bei Einverständnis den Kontakt zu dem Anfrager herstellt. Damit wird ein vertraulicher Umgang mit persönlichen Daten sichergestellt.

Bundesvertriebenengesetz – BVFG

Paragraf 96 - Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge

Überall und ständig wird vom § 96 des BVFG gesprochen. Doch wer kennt ihn und was genau steht dort eigentlich? Hier einige Erläuterungen zum Gesetz.

Das Bundesvertriebenengesetz (BVFG), im Langtitel Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge, regelt die Verteilung, Rechte und Vergünstigungen von deutschen Vertriebenen, Heimatvertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen in der Bundesrepublik Deutschland.

Zunächst als Folge von Flucht und „wildem Vertreibungen“, dann als Konsequenz der auf der Potsdamer Konferenz beschlossenen „ordnungsgemäßen und humanen Überführungen“ lebten 1950 im damaligen Bundesgebiet ca. 8 Millionen Vertriebene. Das entsprach etwa 16,1 % der Bevölkerung, in einzelnen Bundesländern lagen anfangs die Anteile auch höher, so z. B. 1946 in Niedersachsen 23,4 %, in Bayern 18,9 % oder in Schleswig-Holstein 32,2 %.

Die Einheimischen empfanden die Zuwanderung vielfach als massive Überfremdung.

Besondere Rechtsstellung

Das deutsche Grundgesetz hatte mit Inkrafttreten am 23. Mai 1949 im Art. 116 Abs. 1 die Flüchtlinge und Vertriebenen deutscher Volkszugehörigkeit, die in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hatten, mit deutschen Staatsangehörigen rechtlich gleichgestellt. Um auch die wirtschaftliche und soziale Gleichstellung zu verwirklichen, vereinheitlichte das Bundesvertriebenengesetz bundesweit den Vertriebenen- und Flüchtlingsbegriff. Außerdem begründete das BVFG eine besondere Rechtsstellung der Flüchtlinge und Vertriebenen gegenüber der eingesessenen Bevölkerung und regelte die materielle Eingliederung. Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieser Rechte und Vergünstigungen war die Ausstellung eines Ausweises nach § 15 BVFG zum Nachweis der Vertriebenen- oder Flüchtlingsseignenschaft. Nach dem Lastenausgleichsgesetz und dem Gesetz über die Feststellung von Vertreibungs-

schäden und Kriegssachschäden von 1952 schloss das BVFG von 1953 die deutsche Vertriebenengesetzgebung nach dem Zweiten Weltkrieg ab.

Das BVFG in seiner Fassung vom 19. Mai 1953 war in sieben Abschnitte gegliedert:

- | | | |
|--------------|-------------------|--|
| 1. Abschnitt | (§§ 1 bis 20): | Allgemeine Bestimmungen |
| 2. Abschnitt | (§§ 21 bis 25): | Behörden und Beiräte |
| 3. Abschnitt | (§§ 26 bis 81): | Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge |
| 4. Abschnitt | (§§ 82 bis 95): | Einzelne Rechtsverhältnisse |
| 5. Abschnitt | (§§ 96 bis 97): | Kultur, Forschung und Statistik |
| 6. Abschnitt | (§§ 98 bis 99): | Strafbestimmungen |
| 7. Abschnitt | (§§ 100 bis 107): | Übergangs- und Schlussbestimmungen |

Durch die Vertretung in den beim Bundesministerium für Vertriebene und bei den zuständigen Landesministerien gebildeten Beiräten für Vertriebene- und Flüchtlingsfragen erlangten die Vertriebenenorganisationen auch politischen Einfluss. Mit der Auflösung des Bundesministeriums für Vertriebene und Flüchtlinge 1969 wurde dokumentiert, dass man rund 25 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs die wirtschaftliche und soziale Integration der Zuwanderer als vollzogen betrachtete.

Für die heutige Arbeit der Landsmannschaften, Heimatkreise und sonstigen Organisationen, die sich mit den ehemaligen deutschen Gebieten – oftmals mit ihrer Heimat – befassen, ist der § 96 von großer Bedeutung.

Der Paragraf 96

Der § 96 ist der Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und der Förderung der wissenschaftlichen Forschung gewidmet. Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu er-

gänzen und auszuwerten. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern. Die Bundesregierung berichtet jährlich dem Bundestag über das von ihr Veranlasste. (SL)

Die Trilogie Heimatweh

Das Zentrum gegen Vertreibungen

Aus dem Geist der Versöhnung mit allen Nachbarvölkern steht das ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN in Solidarität zu allen Opfern von Vertreibung und Genozid.

Mitte 1999 stellte der Bund der Vertriebenen (BdV) sein Projekt zur Dokumentation der Vertreibungen im 20. Jahrhundert vor – die Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen", die ihren Sitz in Berlin haben sollte. Da das Vorhaben sowohl in Deutschland als auch im Ausland auf Kritik stieß, wurde am 6. September 2000 eine gleichnamige Stiftung mit Sitz in Wiesbaden gegründet. Vorsitzende der Stiftung ist die damalige BdV-Präsidentin **Erika Steinbach**. Zugrunde lag die Erkenntnis, dass es nötig ist, nicht im eigenen Leide, in persönlichen traumatischen Erinnerungen zu verharren, sondern ein Instrument zu schaffen, das dazu beiträgt, Vertreibung und Genozid grundsätzlich als Mittel von Politik zu ächten.

Aufgaben und Ziele

Der Stiftung sind vier gleichrangige Aufgaben gestellt, deren Kern immer die Menschenrechte sind:

1. In einem Gesamtüberblick soll in der Stiftung das Schicksal der mehr als 15 Millionen deutschen Deportations- und Vertreibungsoffer aus ganz Mittel-, Ost- und Südosteuropa mit ihrer Kultur und ihrer Siedlungsgeschichte genauso erfahrbar werden, wie das Schicksal der 4 Mio. deutschen Spätaussiedler, die seit den 50er Jahren in die Bundesrepublik Deutschland oder die frühere DDR kamen. Viele Tausende davon durchlitten Jahre von Zwangsarbeit und Lagerhaft. Fast 2,5 Millionen Kinder, Frauen und Männer haben die Torturen von Vertreibung, Folter, Zwangsarbeit oder monatelanger Vergewaltigung nicht überlebt. Mit diesem Schicksal dürfen die Menschen nicht allein gelassen werden. Es ist eine gesamtdeutsche Aufgabe.
2. Die Veränderungen Deutschlands durch die Integration Millionen entwurzelter Landsleute mit den Auswirkungen auf alle Lebensbereiche sollen dargestellt werden. Das "unsichtbare Fluchtgepäck" war auch technisches, handwerkliches, landwirtschaftliches oder akademisches Know How. Hinzu kamen sieben-, achthundertjährige eigenständige kulturelle Identität und Erfahrungen im Neben- und Miteinander mit slawischen, madjarischen, baltischen oder rumänischen Nachbarn. Die deutschen Heimatvertriebenen haben interkulturelle Kompetenz hierher mitgebracht. Sie wissen intensiver als viele andere, dass Europa nicht an Oder und Neiße oder am Bayerischen Wald endet.
3. Auch Vertreibung und Genozid an anderen Völkern, insbesondere in Europa gehören unverzichtbar zum Zentrum

gegen Vertreibungen. Allein in Europa waren bzw. sind mehr als 30 Volksgruppen von solchen Menschenrechtsverletzungen betroffen.

4. Zu den Stiftungsaufgaben gehört auch die Verleihung eines Preises, mit dem Menschen ausgezeichnet werden, die durch ihr Handeln das Verantwortungsbewusstsein schärfen.

In der Zwischenzeit wurde viel erreicht. Das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen ist in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Viele Menschen, darunter zahlreiche bekannte Persönlichkeiten, stehen hinter diesen Anliegen und unterstützen sie. Dazu hat auch die Trilogie "Heimatweh" beigetragen, die von mehreren Zehntausend im ganzen Land besucht wurde. In dieser Ausstellung führt die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen drei Ausstellungen zu einer Trilogie zusammen, die seit 2006 innerhalb von fünf Jahren erarbeitet und jeweils einzeln in Berlin vorgestellt wurden. Heimat und Heimatverlust durch Vertreibungen unterschiedlichster Art sowie der mühsame Neuanfang in einer abwehrenden, oft gar feindseligen Umgebung sind zentrale Themen dieser Trilogie.

Der größte Teil der von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung betroffenen ca. 15 Millionen Deutschen hatte bis Kriegsende seine Heimat im Osten des früheren Deutschen Reiches, wie es seit dem Ersten Weltkrieg bestand. Heute gehören diese Gebiete zu Polen und Russland. Auch die Deutschen, die außerhalb dieser Gebiete in ganz Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie der ehemaligen Sowjetunion ihre Heimat hatten, waren von Vertreibungen, Repressionen und Deportationen betroffen. Rund 4,5 Millionen von ihnen haben mit ihren Angehörigen ab 1950 Aufnahme als Aussiedler bzw. Spätaussiedler in Deutschland gefunden.

Die Ausstellung zeigt nicht nur deutsche Schicksale, sondern in Solidarität und Anteilnahme auch die Vertreibungsschicksale anderer europäischer Völker. Sie setzt damit das Signal, dass Vertreibung immer ein menschenrechtswidriges Verbrechen ist.

Heimatweh - eine Trilogie

Die Gerufenen

Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa

Der erste Teil zeigt die weitgehend unbekanntes Heimat der deutschen Volksgruppen außerhalb des Deutschen Reiches und ihre Siedlungsgeschichte.

Bundesweite Wanderausstellung in Fürstenwalde

Die Domstadt Fürstenwalde/Spree zeigt die Wanderausstellung der Stiftung Zentrum gegen Vertreibung des BdV im Zeitraum vom 5. April bis 27. Juni 2018 in den Räumen des städtischen Museums.

Der BdV Kreisverband Oder-Spree e. V. und der Haus Brandenburg Freundeskreis e. V. organisieren und begleiten diese Ausstellung, die erstmalig im Land Brandenburg gezeigt wird.

**Die Eröffnungsfeier findet am
5. April 2018 um 17.00 Uhr statt.**

Erzwungene Wege

Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts

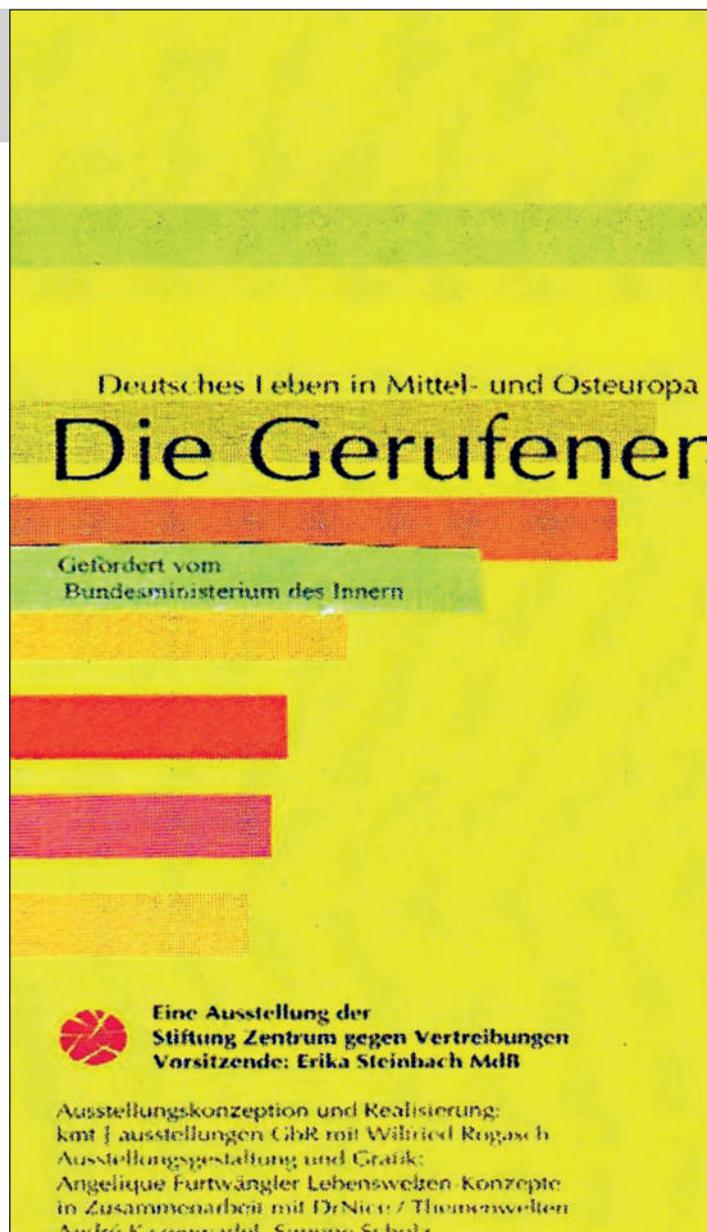
Die Ausstellung zeigt Schicksale von Flucht und Vertreibung und durchmisst zeitlich und räumlich das Europa des 20. Jahrhunderts. Eine chronologische Linie bietet einen Überblick über die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Flucht, Vertreibung und Genozid im 20. Jahrhundert. Diese Ereignisse werden jeweils in ihrem historischen Kontext behandelt. Neben den menschlichen Tragödien werden auch die kulturellen Verluste dargestellt. Zeitzeugenberichte reflektieren europäische Einzelschicksale.

Angekommen

Die Integration der Vertriebenen in Deutschland seit 1945

Flucht und Vertreibung von 12 bis 15 Millionen Deutschen bis weit nach Ende des Zweiten Weltkrieges war die größte Zwangsmigration in der europäischen Geschichte. Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen war rückblickend ein Erfolg, der zu den größten Leistungen Deutschlands nach 1945 zählt. Der Weg dahin war jedoch von einer Vielzahl menschlicher Härten, Leid der Betroffenen und Spannungen zwischen Alteingesessenen und Neuankömmlingen geprägt. Die Einheimischen ignorierten weitgehend, dass sie selbst nur auf Grund der Geografie ihres Wohnortes von Vertreibung verschont waren. Lange blieb unklar, ob die Entwicklung positiv sein würde. Fehlender Wohnraum, Mangelernährung, soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung begleiteten den Weg zum Miteinander in Deutschland. Der Wille der Vertriebenen, das Land aus den Trümmern des Krieges mit aufzubauen sowie für ein Europa in Frieden zu arbeiten war wesentlicher Teil des Erfolges. Die Angekommenen wurden aber nicht einfach folgenlos von der bestehenden Gesellschaft absorbiert. Es kam vielmehr zu den größten politischen, sozialen und konfessionellen Veränderungen seit dem 30jährigen Krieg. Aus vielschichtigen Kulturen der Alt- und Neubürger entstand eine neue deutsche Identität. Daher stellt die Pflege der kulturellen Wurzeln, welche Flüchtlinge und Vertriebene nach 1945 in die neu entstandene Gesellschaft eingebracht haben, eine gesamtdeutsche Verantwortung dar.

Die Zusammenfassung der drei Teile zeigt, welche großen Anstrengungen und Leistungen es bedurft hatte, in der Fremde zu siedeln und welche traumatische und gewaltsame Erfahrungen Flucht und Vertreibung nach den beiden Weltkriegen über die Deutschen und andere Volksgruppen in ganz Europa brachten. Doch vor allem wird offensichtlich, welche Macht die Erinnerung an den Heimatverlust über viele Lebenswege nach 1945 hatte. (SL)



Haus Brandenburg Freundeskreis e. V.

Deutsche Bank Fürstenwalde

IBAN: DE35 1207 0024 0256 6800 00

BIC: DEUTDE33HAN30

Ansprechpartner: Lothar Hoffrichter

Mail: inlohoff@hotmail.de

Telefon: 03361 32139

Ein Tag in Bildern ...

Busfahrt nach Posen im September 2017

Lothar Hoffrichter, Freundeskreis Haus Brandenburg e. V. (ergänzt von Silke Lüders)

Ausnahmsweise begann die Fahrt ab Fürstenwalde mit dem Reiseunternehmen Schneider schon ab 7.00 Uhr. Pünktlich waren alle 45 Mitreisenden vor Ort, sodass die Fahrt ihren fröhlichen Verlauf nahm. Der Tag war ausgefüllt mit informativen Besuchen in der historisch geprägten Stadt. Dank der Stadtführerin Frau Barbara Mandelke wurden wir auf viele Kleinode der Stadt hingewiesen, die uns sonst unerschlossen geblieben wären. Mit den Fotos der Herren Nultsch und J. Wolff wollen wir den Tag noch einmal in Erinnerung bringen.



Gruppenfoto mit Reiseleiterin.



Die Wasserträgerin Bamberka – Figur eines Brunnens zwischen Rathaus und Stadtwaage.



Mahnmal für die Opfer des Posener Arbeiteraufstandes im Juni 1956.

Die Legende über die Ziegenböcke von Posen

Auf dem Altmarkt in Posen befindet sich das schöne Renaissance-Rathaus, dessen Turmuhr, die 1551 vom Uhrmacher Bartholomäus Wolff erstellt wurde, eine der größten Attraktionen der Stadt ist. Laut Legende sollte es zur Einweihung ein festliches Abendmahl mit Bürgermeister, Vertretern des Adels, Geistlichen und Bewohnern der Stadt geben. Bei der Zubereitung des Abendessens verbrannte das vorbereitete Fleisch und ein Geselle wurde beauftragt, einen neuen Braten zu besorgen. Das erwies sich aber als schwierig, da alle Läden bereits geschlossen waren. Es gelang ihm im letzten Augenblick, zwei gut genährte Ziegenböcke zu fangen und in die Küche zu bringen. Aber die Tiere



Marktplatz mit Brunnen und wiedererrichteten Bürgerhäusern rund um das Rathaus.



Das Rathaus in Posen mit der Turmuhr.



Parkanlage mit dem Denkmal.



Das Martinshörnchen besteht aus Blätterteig, der unter anderem mit Weißmohn, Vanille, Datteln und Feigen gefüllt, mit Zuckerglasur bestrichen und mit zerkleinerten Nüssen bestreut wird.

haben wohl ihr Schicksal geahnt und flüchteten - ausgerechnet auf das Gerüst zum Uhrturm. Dort oben begannen sie dann zur Freude der versammelten Menschen, sich mit den Hörnern gegenseitig zu stoßen. Der Bürgermeister und die anderen Gäste waren so amüsiert über die Begebenheit, dass später über der Uhr ein Mechanismus mit zwei Ziegenböcken eingebaut wurde. Jeden Mittag um zwölf Uhr erscheinen die zwei Ziegenböcke und stoßen einander 12 Mal im Takt des Stundenschlags. Vor dem ehemaligen Jesuitenkolleg, das heute das Haus der Stadtverwaltung ist, steht auf dem Vorplatz eine Bronzeplastik der beiden Ziegenböcke. Einer weiteren Legende nach darf man sich etwas wünschen, wenn man auf einem der Ziegenböcke sitzt.

Das Martinshörnchen - das leckerste Symbol von Posen.

Am 11. November ist Martinstag, und der hat gerade in Posen seine besonderen Traditionen mit dem Martinsumzug und den leckeren Martinshörnchen. Hoch zu Ross führt St. Martin den Umzug von der St.-Martinskirche zum ehemaligen Kaiserschloss an, wo St. Martin die Stadtschlüssel empfängt. Zur Kirchweih in der Pfarrkirche St. Martin am 11. November hatte im 19. Jhd. ein Pfarrer um Gaben für die Armen gebeten und einer der Posener Konditoren hatte drei Bleche dieser Gebäckstücke gespendet. Daraufhin haben sich ihm andere Bäcker angeschlossen. So ist eine Tradition entstanden, die bis heute erhalten ist.



Lothar Hoffrichter und ein weiterer Teilnehmer der Busfahrt sitzen auf den Ziegenböcken und wünschen sich, dass der Standort Fürstenwalde für das Haus Brandenburg erhalten bleibt.



Die Stadt Posen bietet den Touristen die Besichtigung einer traditionellen Backstube an, in der die Besucher nicht nur alles über die Martinshörnchen erfahren, sondern sich auch beim Backen beteiligen können.

Landsberg/ Warthe

30. Januar - Tag des Gedenkens und der Versöhnung

Es ist schon Tradition: Seit vielen Jahren, reisen zu diesem Tag frühere Bewohner in ihre ehemalige Heimatstadt Landsberg a. d. Warthe /Gorzów Wlkp. Die Stadtverwaltung stellt einen Bus zur Verfügung, der die deutschen Gäste vom Hotel an die verschiedenen Orte des Tagesgeschehens bringt.

Um 10.30 Uhr geht die Fahrt zum ehemaligen deutschen Friedhof, der allerdings als solcher nicht mehr existiert, wohl aber eine Gedenkstätte hat für die früher auf dem Friedhof beigesetzten Bürger der Stadt. Auf diesem als Lapidarium eingerichteten Ort sind auch die Gedenksteine für Ursula Hasse-Dresing und Christa Greuling zu finden. Unter Begleitung durch die Stadtoberen wird dort feierlich aller Verstorbenen gedacht. Zwei weitere Friedhöfe werden besucht zur offiziellen Kranzniederlegung mit militärischen Ehren zum Gedenken der durch den 2. Weltkrieg umgekommenen Menschen – Bürger und Militär, ganz gleich welcher Nation sie entstammten. Mit diesen zeremoniellen Feierlichkeiten beginnt alljährlich der 30. Januar – dem Datum, an dem die Rote Armee in die Stadt kam und damit das Ende der deutschen Zeit von Landsberg a. d. Warthe stattfand. Im Anschluss an die eben beschriebenen Gedenk- und Erinnerungsaugenblicke brachte uns der Bus auf den früheren sog. Musterplatz, dort findet ebenfalls eine großangelegte Feier statt, die mit dem Läuten der Friedensglocke beendet ist. Das Wetter meinte es gut mit uns, es regnete nicht, aber es ging ein sehr eisiger Wind.

Exzellentes Programm

Im weiteren Verlauf des Tages bot das Programm – sorgfältig vorbereitet und bestens organisiert - zwei besondere Punkte, die nach und nach die traurigen Gefühle des Gedenkens durch andere Aktivitäten etwas in den Hintergrund treten ließen: Es stand ein Besuch der früheren **Lehmann-Villa** an, die jetzt Teil der modernen Stadtbibliothek ist. In einem Raum im oberen Teil der Villa fand die Eröffnung des liebevoll anhand alter Familienfotos eingerichteten Arbeitszimmers der Schriftstellerin **Christa Wolf** statt. Zu diesem besonderen Anlass war auch die Tochter von Christa Wolf nach Landsberg gekommen und erfreute uns in einer Ansprache mit Erinnerungen an ihre Mutter. Nach einem sehr schmackhaften Mittagssmahl in einem der Räume des modernen Haupthauses der Bibliothek ging es



Die ehemalige Lehmann-Villa ist heute ein Teil der Bibliothek.

weiter mit der Besichtigung des Inneren der Marienkirche nach dem schrecklichen Brand im vergangenen Sommer. Hierbei wurde der hölzerne obere Teil des Kirchturms zerstört und was nicht verbrannte, drohte in den Kirchenraum zu stürzen. Löschwasser richtete schlimme Schäden im Innern der Kirche an. Das Turmgemäuer konnte gerettet werden, die Restaurierungsarbeiten sind inzwischen in vollem Gange. Nicht nur sind große Teile des Mobiliars (z.B. die Bänke), vor allem aber die Orgel beschädigt und unbrauchbar geworden, auch die gemauerten Träger haben Schaden erlitten. Mit besonderen Detektoren wird die Substanz der Backsteine und der Fugen untersucht, bevor die Instandsetzung begonnen werden kann. Der Führer im Kirchenraum erzählte uns, mit welchen Mühen das stehende Löschwasser vom Fußboden entfernt werden konnte – alles, was Holz war, ist verdorben und bereits entsorgt. Es wird noch eine Weile dauern, bis die Marienkirche ihrer eigentlichen Bestimmung wieder zugeführt werden kann.

Schöner Ausklang

Nach diesen zahlreichen aufregenden Ereignissen hatten wir einige Zeit zur freien Verfügung.

Zum Abschluss des Tages hatte uns die Gegenwart wieder: Ein Abendbrot-Büffet und eine Selbstbedienungs-Getränkabar erfreute die Mägen und Kehlen, allerdings nicht etwa in einem Restaurant, sondern im Jazz-Club „Pod Filarami“ („Hinter den Gardinen“). Dort spielte am Abend eine echte Jazzband (zwei Saxophone, ein Schlagzeug, eine Bassgeige, ein Klavier mit Sänger – sehr angenehme Stimme -) unter der Leitung von **Marek Konarski** hervorragenden Jazz - ein Konzert à la Louis Armstrong und anderen berühmten Vertretern dieser Kunst. Die Künstler freuten sich sehr über den tollen Beifall. Die polnischen Gastgeber und wir waren die einzigen Gäste im angemessen großen Raum. Wir waren alle zufrieden, es war ein sehr schöner Ausklang dieses Tages.

Ingrid Schellhaas



Die Marienkirche vor dem Brand vom Sommer 2017.

Verband der Pommern ist pleite

Seit Jahren Finanzprobleme in Lübeck

Das Pommernzentrum in Travemünde und die Pommersche Zeitung sind Geschichte. Die Zeitschrift Pommern kann dagegen weiter existieren. Mehrere Gesellschaften haben sich dafür stark gemacht. Die Pommersche Landsmannschaft ist nicht von der Insolvenz betroffen.

Der Pommersche Zentralverband e. V. mit Sitz in Lübeck ist pleite. Zum vorläufigen Insolvenzverwalter hat das Amtsgericht Lübeck am 26. Oktober Marcus Janca bestellt. Der Pommersche Zentralverband ist für die wirtschaftliche Tätigkeit der Pommerschen Landmannschaft verantwortlich. Dazu gehört das Pommernzentrum mit der Ostsee-Akademie in Lübeck-Travemünde, das nun seine Tätigkeit eingestellt hat. Außerdem gibt der Zentralverband die Publikationen der Landsmannschaft heraus. Dazu gehören die Zeitschrift „Pommern“ und die wöchentlich erscheinende Pommersche Zeitung. Auf die letzten Nummern der Zeitschrift Pommern warten Abonnenten wegen der Insolvenz bisher vergeblich. Erstmal hat das Land Mecklenburg-Vorpommern eingegriffen. Aus dem Vorpommernfonds flossen 9000 Euro. 2018 wird die Zeitschrift weiter erscheinen. Der Verein Pommerscher Greif mit Sitz in Greifswald kaufte die Rechte dafür vom Insolvenzverwalter des Pommerschen Zentralverbandes einschließlich der Datei mit den Abonnenten, informierte der Vorsitzende des Vereins. Die Kaufsumme sei gering. Die Pommersche Zeitung wird hingegen nicht fortgeführt. Der Pommersche Zentralverband hat die Immobilie des Pommern-Zentrums im Jahre 2017 veräußert. Damit ist von den Einrichtungen des Pommern-Zentrums nur noch die Versöhnungskirche im Pommern-Zentrum geblieben, die von einer getrennten Stiftung getragen wird.

Pommern-Zentrum (1988 bis 2017)

Das Pommern-Zentrum in Lübeck-Travemünde wurde am 5. September 1988 durch den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker eröffnet. Auf dem ausgedehnten Campus befindet sich die Ostsee-Akademie, die Redaktion der Pommerschen Zeitung, das Restaurant VINETA, eine Senioren-Wohnanlage, sowie zahlreiche Gästewohnungen und Appartements für Senioren. Abgerundet wird das bauliche Ensemble durch die 1991 geweihte, nur mit Spenden finanzierte Versöhnungskirche mit ihrer Gedenkallee. 31 Linden und 31 Gedenksteine sollen an die ehemalige Landeshauptstadt Stettin und die 30 verlorenen Kreise in Hinterpommern erinnern. Die Ostsee-Akademie im Pommern-Zentrum bot seitdem Raum und Rahmen für Seminare und Exkursionen mit dem Ziel der Verständigung und des Dialogs mit Deutschlands östlichen Nachbarn. Im Pommern-Zentrum befand sich seit 1989 eine umfangreiche, zuletzt etwa 30.000 Bände umfassende Bibliothek, die durch den Pommerschen Zentralverband getragen wurde. Dort waren auch die Vereinsbibliothek und das Vereinsarchiv des Vereins Pommerscher Greif untergebracht. Im Jahre

2015 wurde die Bibliothek aufgelöst. Die Pommern betreffenden Bestände wurden durch den Verein Pommerscher Greif übernommen und befinden sich seit 2015 mit dessen Vereinsbibliothek und Vereinsarchiv in Züssow.

Patenschaft

Das Land Schleswig-Holstein hatte am 16. August 1954 die Landespatenschaft über Pommern übernommen, verstanden als eine Patenschaft über die aus ihrer Heimat vertriebenen Pommern. Unter der Regierung von Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) hat das Land die Patenschaft faktisch beendet. Inzwischen waren 1999 auch große Teile des Bestandes nach Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern umgesiedelt worden, wo das Pommersche Landesmuseum neu entstanden war. 2001 haben der Bund und das Land Schleswig-Holstein die jährliche Förderung über damals 1,2 Millionen Mark eingestellt. Begründung: Die Pommersche Landsmannschaft hatte den international anerkannten Leiter der Ostsee-Akademie, Dietmar Albrecht, entlassen.

Landsmannschaft

Zum 1. Januar 1995 wurde die Landsmannschaft in die Rechtsform Pommersche Landsmannschaft – Zentralverband e. V. umgebildet. Im Jahre 2008 erfolgte wiederum die Aufspaltung in die Pommersche Landsmannschaft einerseits und den Pommerschen Zentralverband andererseits. Im Oktober 2017 musste der Pommersche Zentralverband Insolvenzantrag stellen. Die Pommersche Landsmannschaft besteht jedoch unabhängig davon weiterhin fort. (SL)



Dreiteiliger Gedenkstein vor dem Pommern-Zentrum mit den Inschriften:
Das Leid mahnt Frieden schaffen, Heimat bewahren. 1945-1995
Wir Pommern gedenken der Opfer von Krieg, Flucht und Vertreibung.
Wir bitten die Lebenden in aller Welt, vertreibt den Hass durch Versöhnung.



Der Campus des Pommern-Zentrums mit der Friedenskirche und dem Anfang der Gedenkallee.

Landesverband der vertriebenen Deutschen

Tütenböllner-Neujahrsempfang beim BdV Hamburg

Traditionell lud der Verband zum Neujahrsbesuch am 3. Februar ins Haus der Heimat ein. Vorsitzender Willibald C. Piesch, in Alt-Bielitzer Männertracht seiner beskidendeutschen Heimat staunte, dass neben alten Bekannten besonders viele neue Landsleute erschienen waren.

Erstmalig konnte er einen besonderen Ehrengast, Frau Satu Oldendorff, Leiterin der Finnischen Kirche, in Vertretung von Frau Pastorin Vähänkangas begrüßen.

Ebenfalls zum ersten Mal begrüßte er mit seinen Stv. Vorsitzenden Peter Voß und Hartmut Klingbeutel die Dt. Konservativen e.V., Herrn Murat Temeltas und Dietrich Stellmacher, sowie die treuen Ost- und Westpreußen aus Winsen/Luhe, Hans-Dieter Kossack. Neben Grüßen des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz, der Bürgerschaftsfraktion der SPD, Dr. Andreas Dressel, der Grünen Bürgerschaftsfraktion Hamburg, des Haushaltspolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Johannes Kahrs MdB und des AfD-Vorsitzenden der Hamburgischen Bürgerschaft, Dr. Alexander Wolf, trafen herzliche Grüße und Segenswünsche von Hauptpastor Alexander Röder, St. Michaelis und Grüße zu einer gesegneten Veranstaltung vom Erzbischof Dr. Heße ein.

Frau Oldendorff übermittelte Grüße von Pastorin Vähänkangas, dankte für die jährlichen Gottesdienste unseres Verbandes und berichtete über ihre finnische Heimat. Überraschend kamen viele neue Landsleute, die unsere Mitglieder mitgebracht hatten und füllten den Trachtensaal unseres Hauses. Mit einem musikalischen Neujahrsgruß, der „Petersburger Schlittenfahrt“ von J. Pjotr Tschaikowski, eröffnete die Dirigentin des Chors „Abendklang 2001“, Lilia Berschin, den

Empfang und erhielt begeisterten Beifall. Mit mundartlichen Beiträgen durch die Ostpreußerin Christel Neumann in Volkstracht, der Trachtlerin Helga Brenker in Pommerscher Tracht, Vorsitzende der LM Pommern und Ldm. Piesch umrahmt. Nach einem nachdenklich machenden Beitrag der Vorsitzenden der LM der Siebenbürger Sachsen, Helga Seeger, in Siebenbürgischer Frauentracht, vom Gatten ebenfalls in Volkstracht der Siebenbürger begleitet, wurde diskutiert. Traditionell gab es einen Imbiss mit Krapfen, Brezel und Kaffee. Mit Sekt wurde das Jahr 2017 verabschiedet und das neue Jahr begrüßt.

Gemeinsam gesungene Volkslieder und weitere Musikbeiträge, wie der „Kaiserwalzer“ und Kurzbeiträge durch Ldm. Piesch krönten den Empfang. Als Überraschung wurden Papiertüten verteilt und erklärt, dass man erstmalig mit „Tütenböllnerknallen“ endgültig den Winter vertreiben und das „Neue Jahr“ begrüßen möchte. Eine gelungene Einlage, wobei einige Gäste vor Freude an dem Knalleffekt der aufgestopften und platzenden Tüten kein Ende fanden. Mit besten Wünschen des Landesvorstands für 2018, nebst großem Dank für die Teilnahme klang dieser erinnerungsreiche Empfang mit dem traditionellen „Kein schöner Land...“ aus.

Willibald C. Piesch



Die Leiterin der Finnischen Seemannskirche, Frau Satu Oldendorff berichtete über die gute Zusammenarbeit mit dem Verband bei den Gottesdiensten. Sie begrüßte alle Teilnehmer herzlich und lud zu Besuchen ein.



Nach dem Vorsitzenden Piesch begrüßt der Stv. Vorsitzende Hartmut Klingbeutel die rund einhundert Besucher im Trachtensaal. Im Hintergrund: Helga Brenker in Pommerscher Tracht.

Das Jahr 1918 ...

Folgeschwer und unheilvoll für Deutschland

Der Erste Weltkrieg wurde von 1914 bis 1918 in Europa, im Nahen Osten, in Afrika, in Ostasien und auf den Ozeanen geführt. Etwa 17 Millionen Menschen verloren dadurch ihr Leben. Vor 100 Jahren fand er ein Ende, das nicht nur für Deutschland weitreichende Folgen hatte.

Am 28. Juli 1914 begann der Erste Weltkrieg mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien, der das Attentat von Sarajevo vom 28. Juni 1914 vorausgegangen war. **Kaiser Wilhelm II.** und Reichskanzler **Theobald von Bethmann Hollweg** hatten Österreich-Ungarn Anfang Juli die bedingungslose Unterstützung zugesagt. Die Interessenlagen der Großmächte und die deutschen militärischen Planungen (Schlieffen-Plan) ließen den Lokalkrieg innerhalb weniger Tage zum Kontinentalkrieg unter Beteiligung Russlands (deutsche Kriegserklärung vom 1. August 1914) und Frankreichs (deutsche Kriegserklärung vom 3. August 1914) eskalieren. Die politischen Konsequenzen des Schlieffen-Plans – unter Umgehung des französischen Festungsgürtels zwischen Verdun und Belfort griffen deutsche Truppen Frankreich von Nordosten an und verletzten dabei die Neutralität Belgiens und Luxemburgs – führten zudem zum Kriegseintritt der belgischen Garantiemacht Großbritannien (britische Kriegserklärung vom 4. August 1914). Im Laufe des Jahres 1918 näherte sich dieser Krieg seinem Ende.

Der Separatfrieden mit Russland ermöglichte zwar die letztlich erfolglose deutsche Frühjahrsoffensive von 1918, aber die Versorgungsmängel durch die britische Seeblockade, der Zusammenbruch der Verbündeten und die Entwicklung an der Westfront während der alliierten Hunderttageoffensive führten zur Einschätzung der deutschen Militärführung, dass die deutsche Front unhaltbar geworden war. Am 29. September 1918 informierte die Oberste Heeresleitung entgegen allen bisherigen Verlautbarungen den Deutschen Kaiser und die Regierung über die aussichtslose militärische Lage des Heeres und forderte durch **Erich Ludendorff** ultimativ die Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen. Am 4./5. Oktober 1918 ersuchte Reichskanzler **Max von Baden** die Alliierten um einen Waffenstillstand. Indem die Seekriegsleitung mit dem Flottenbefehl im Oktober 1918 im Sinne eines „ehrentvollen Untergangs“ die bisher vermiedene Entscheidungsschlacht mit der Grand Fleet suchte, weckte sie den Widerstand von Matrosen, die in wachsender Zahl den Befehl verweigerten und als Folge die Novemberrevolution auslösten. Am 11. November 1918 trat der Waffenstillstand in Kraft. Die Friedensbedingungen wurden in den Jahren 1919 bis 1923 in den Pariser Vorortverträgen geregelt. Von den Verlierermächten konnte lediglich Bulgarien die staatliche Verfasstheit der Vorkriegszeit erhalten, das Osmanische Reich und Österreich-Ungarn zerfielen, in Russland war das Zarentum untergegangen, in Deutschland das Kaiserreich.

Das Jahr 1918

- 8. Januar: Der US-Präsident Wilson verkündet sein 14-Punkte-Programm zur Beendigung des Ersten Weltkrieges.
- 3. März: Friedensvertrag von Brest-Litowsk, der den separaten Frieden mit Russland regelt.
- 8. August: Den Alliierten gelingt es in der Schlacht bei Amiens, die deutsche Frontlinie zu durchbrechen („Schwarzer Tag des deutschen Heeres“).
- 29. September: Bulgarien, Verbündeter des Deutschen Reichs schließt mit den Alliierten den Waffenstillstand von Thessaloniki.
- 3. Oktober: Ein deutsches Gesuch um Friedensbedingungen geht dem amerikanischen Präsidenten Wilson zu.
- 3. Oktober: Prinz Max von Baden wird deutscher Reichskanzler.
- 29. Oktober: Der Beschluss der deutschen Marineleitung, „in letzter Minute“ noch eine Entscheidungsschlacht gegen die Royal Navy zu suchen, löst den Kieler Matrosenaufstand aus.
- 4. November: Aus dem Kieler Matrosenaufstand entwickelt sich die Novemberrevolution. In ganz Deutschland entstehen Arbeiter- und Soldatenräte.
- 9. November: Die Revolution erreicht Berlin: Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann ruft die Republik aus. Kaiser Wilhelm II. wird durch Max von Baden eigenmächtig abgesetzt und überträgt dann auf Friedrich Ebert (SPD) die Geschäfte des Reichskanzlers. Das Deutsche Reich wird Republik („Weimarer Republik“).
- 11. November: Mit Inkrafttreten des Waffenstillstandsabkommens von Compiègne zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich endet der Erste Weltkrieg.
- 11. November: Polen wird unabhängig.
- 28. November: Kaiser Wilhelm II. verzichtet in einer Erklärung auf seine Rechte als König von Preußen und Kaiser des Deutschen Reichs.

Landsmannschaft Ostbrandenburg/Neumark

13.04.2018 13.30 Uhr, Bundesversammlung
im HBB

Landsmannschaft Berlin - Mark Brandenburg**Landesverband Hamburg**

24.03.2018 12.00 Uhr, Ostermarkt

19.04.2018 14.30 Uhr, Gesprächsrunde mit Filmvorführung

09.05.2018 11.00 Uhr, Tag der offenen Tür

17.05.2018 14.30 Uhr, Gesprächsrunde mit Filmvorführung
Spargel essen bei Löscher am Elbufer

21.06.2018 14.30 Uhr, Gesprächsrunde mit Filmvorführung

19.07.2018 14.30 Uhr, Gesprächsrunde mit Filmvorführung

Treffen im Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg.
Ansprechpartner: Johanna Kalläwe, Tel. 040/ 769 807 81

Landesverband Berlin

10.04.2018 14.00 Uhr, Jahreshauptversammlung

07.04.2018 14.00 Uhr, HK Meseritz, Frühlingsfest

14.04.2018 14.00 Uhr, HK Soldin, Treffen

27.04.2018 14.00 Uhr, Start in den Frühling

12.05.2018 14.00 Uhr, HK Soldin, Treffen

19.05.2018 12.00 Uhr, HK Züllichau/Schwiebus
& Crossen, gemütliche Runde

25.05.2018 14.00 Uhr, Frühlingsfest

07.06.2018 10.00 Uhr, Dampferfahrt ab
Anlegestelle Wannsee, Brücke D/E

09.06.2018 14.00 Uhr, HK Soldin

Treffen im Ratskeller Charlottenburg,
Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin

Impressum:**Herausgeber:**

Landsmannschaft Ostbrandenburg / Neumark e.V.
Parkallee 14, 15517 Fürstenwalde/Spree
Tel. 03361/ 310952
www.stiftung-brandenburg.de/landsmannschaft.html

Redaktion:

Sigrid Busse, Tel. 034204/ 4894118
E-Mail: sigrid.busse59@gmail.com
Silke Lüders, Tel. 0171 7970 758
E-Mail: silke.lueders@t-online.de

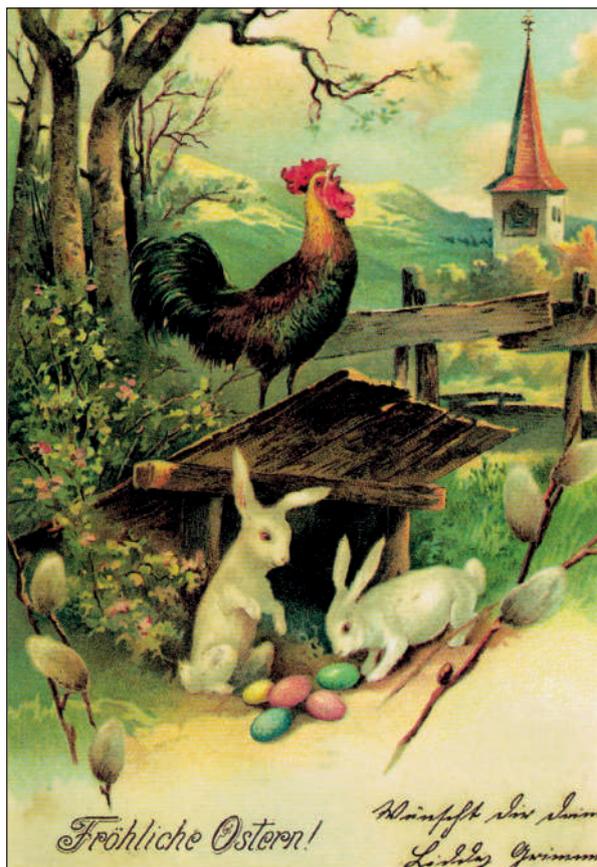
Erscheinungsweise: Viermal im Jahr

Kosten: Einzelheft 3,- Euro, Jahresabonnement 12,- Euro oder
eine Spende

Bankverbindung: Deutsche Bank Fürstenwalde
IBAN DE83 1207 0024 0251 57 81 00
BIC DEUTDE33160

Layout und Druck:

becker druck, F. W. Becker GmbH, 59821 Arnsberg,
www.becker-druck.de

**Freundeskreis**

05.04.2018 17.00 Uhr, Eröffnung der Ausstellung „Die Gerufenen“,
Städtisches Museum in Fürstenwalde

09.05.2018 08.00 Uhr, Busfahrt nach Meseritz über Lagow

Abfahrt am Bahnhof in Fürstenwalde, Beitrag 48,00 €
Anmeldung bei Lothar Hoffrichter, Tel. 03361/ 32139
oder Mail: inloho@web.de

Heimatkreis Arnswalde

07.04.2018 10.00 Uhr, Heimattreffen für die Kreise Arnswalde
und Friedeberg in Anklam, Mehrzweckhalle
Neues Volkshaus

Heimatkreis Züllichau-Schwiebus

24.06.2018 10.00 Uhr, Jahrestreffen des
Heimatkreises im Stadtgarten Neuruppin

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die Standortfrage des Hauses Brandenburg ist entschieden: unsere Zukunft liegt in Frankfurt/Oder. Der Stiftungsrat hat diese Entscheidung getroffen, um das Überleben des Hauses Brandenburg sicherzustellen. Die bevorstehende Neuorientierung bedeutet allerdings auch Abschied. Abschied von unserem heutigen Haus Brandenburg in Fürstenwalde, für das unsere Vorgänger und Vorfahren jahrelang Spenden gesammelt haben, um den Bau zu finanzieren. Und auch Abschied von der Stadt Fürstenwalde, die den Projekten der Landsmannschaft und der Stiftung immer wohlwollend gegenüber stand. Somit gibt es nicht nur die Vorfreude auf die zukünftigen Räumlichkeiten mit all ihren Vorzügen, sondern auch Bedauern und Wehmut. Vor allem viele ältere Menschen, die in den letzten Jahren oder Jahrzehnten das Haus Brandenburg in Fürstenwalde besucht haben und dort einen Ort der Verbundenheit mit der alten Heimat gefunden haben, werden den Neuanfang in Frankfurt/Oder nicht mehr persönlich begleiten können. Sie werden darüber lesen, werden so die Entwicklung hoffentlich verfolgen, aber sie werden das neue Haus nicht mehr mit Leben erfüllen.



Das Haus Brandenburg in Fürstenwalde war jahrzehntelang Heimstatt der Vertriebenen aus Ostbrandenburg und der Neumark. (Foto Herbert Kniest)

Umso erfreulicher wäre es, wenn all diejenigen, die noch die Möglichkeit haben, den Weg in die Zukunft unterstützen würden. Wir, die nach dem Krieg geboren wurden – die sogenannte Bekenntnisgeneration – werden den Nutzen von diesem neuen Standort haben. Das kulturelle Erbe des historischen Ostbrandenburg und der Neumark ist auch das Erbe unserer Familien. Darum sollten wir uns verpflichtet fühlen, die Arbeit der Erlebnissgeneration, die unter viel mühsameren Bedingungen die Heimatstuben, Museen und das Haus Brandenburg aufgebaut hat, in ihrem Sinne fortzuführen und dafür Sorge zu tragen, dass auch die Generationen nach uns jeder Zeit die gewünschten Informationen zur alten Heimat unserer Familien bekommen können.

Freundlichst
die Redaktion des „Brandenburgkurier“

Inhalt.....	Seite		
Stiftungsrat und Kurator		Buchvorstellung	
Standortfrage	2	Bannek.....	8
Bund der Vertriebenen		Aufarbeitung	
Jahresempfang und Klausurtagung.....	3	Ausstellung „Die Gerufenen“.....	9
Aktuelles		Geschichte	
Die Altstadt von Frankfurt/Oder.....	4	Das Jahr 1918.....	10
Haus Brandenburg		Landsmannschaften	
Vortrag Veronica Kölling	6	Ostermarkt in Hamburg.....	11
Landsmannschaften		Termine	12
Bundesversammlung	8		

Das Haus Brandenburg zieht um Stiftung plädiert für zukunftsfähigen Standort Frankfurt (Oder)

In der letzten Ausgabe haben wir bereits über die Standortfrage des Haus Brandenburg berichtet. Jetzt haben wir von Ingrid Schellhaas, der Vorsitzenden des Stiftungsrates und von Karl-Christoph von Stünzner-Karbe, dem Kurator der Stiftung aktuelle Stellungnahmen zu diesem Thema bekommen.

Wann beginnt die Zukunft?

Die Stiftung denkt seit vielen Monaten intensiv über die Standortfrage nach und hat das Für und Wider erwogen. Sie hat sich eindeutig für die Verlegung ihres Sitzes nach Frankfurt (Oder) entschieden. Es ist noch ein längerer Weg zurück zu legen. Warum will man denn diesen Weg einschlagen?

- Die Stadt Frankfurt stellt der Stiftung das Collegienhaus mietfrei zur Verfügung.
- Ganz wichtig: Es ist ausreichend Platz (Erdgeschoss, Obergeschoss, Dachgeschoss) vorhanden für die Arbeit der Stiftung. Bibliothek, Archiv (überliefertes Material wie Handschriften, mehr als tausend Fotos und Ansichtskarten, Ortschroniken u.a.), Arbeitsplätze für Wissenschaftler und Hobbyforscher, Stauraum für Aktenordner und weiteres Material, Veranstaltungs- und Seminarräumlichkeiten.
- Der Standort Collegienhaus liegt mitten im Kulturzentrum der Stadt. In der Nähe befinden sich die Friedenskirche, die Marienkirche, das Museum Viadrina, das Kleistmuseum, die Konzerthalle C.P. Emanuel Bach, die Europa-Universität Viadrina und das Rathaus.
- Das Collegienhaus ist mit Bus und Straßenbahn in maximal 11 Minuten (ohne Umsteigen!) zu erreichen.
- Die Oderbrücke ist für einen Gang nach Stübice ganz nah.
- Gegenüber der Bus- bzw. Straßenbahnhaltestelle lädt der wunderschöne Lenné-Park zu einem Spaziergang ein.

Entscheidend wichtig ist aber für die Arbeit der Stiftung im Jugend- und Bildungsbereich die Nähe zum Nachbarland Polen. Das Ziel solcher Veranstaltungen ist die Aufarbeitung der Geschichte, die von beiden Seiten erwünschte Verständigung miteinander. Ebenso wichtig ist die Nähe der Europa-Universität Viadrina, Vernetzung, Zusammenarbeit, gegenseitiges Ergänzen in vielen Bereichen. Schließlich ist die Stiftung Brandenburg weltweit die einzige Institution, die den ostbrandenburgischen, jetzt zu Polen gehörenden Bereich wissenschaftlich bearbeitet. Wir werden in der nächsten Ausgabe des Brandenburgkurier von der Erarbeitung einer Gesamtkonzeption für die Stiftung in näherer und fernerer Zukunft in Frankfurt (Oder) berichten. Hierzu haben wir die Unterstützung des Landes Brandenburg erhalten!

Ingrid Schellhaas,
Vorsitzende des Stiftungsrates

Wie soll die Zukunft aussehen?

Soll ihr Material im Haus BB weiter dem Schimmel ausgesetzt sein?

Soll die Dauerausstellung weiterhin den Vorstellungen von moderner Museumswissenschaft Hohn lachen?

Soll die Bildungsarbeit der zufälligen Lust von Laien und der Willkür von Fördermitteln überlassen bleiben?

Soll die Archivierung und Digitalisierung des der Stiftung zu treuen Händen übergebenen Materials von Zufällen abhängen?

Nein! Die Stiftung möchte und muss ihrem Satzungsauftrag gerecht werden.

Die Zukunft der Stiftung hat bereits begonnen und das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) hat glücklicherweise erkannt, dass die Stiftung ohne ein von vielen getragenes Konzept für die Zukunft vor sich hin stirbt. Es geht also nicht allein um den Raumbedarf, sondern mehr noch um eine sichere Finanzierung der Stiftung, um ausgebildetes Personal, um einen sinnvollen Standort und die politisch so dringende Aufgabe, am Leben der Region im deutsch/polnischen Spannungsfeld mitzuwirken. Das MWFK hat darum auch konsequenterweise die Einsprüche des Haus Brandenburg Freundeskreises e. V. angehört. Jetzt besteht ein Konsens für den Umzug der Stiftung nach Frankfurt(Oder). Eine Konzeption für die Zukunft der Stiftung in FF/O wird mit Mitteln des MWFK von dem Institut für angewandte Geschichte bereits erarbeitet und ist von einem großen Kreis von Interessierten in einem ersten Schritt bereits positiv zur Kenntnis genommen worden. Die Weiterführung dieser Arbeit erfolgt jetzt im Sommer.

Karl-Christoph von Stünzner-Karbe,
Kurator der Stiftung



Die Oderpromenade hinter der Konzerthalle führt direkt zur Stadtbrücke nach Stübice. (SL, Februar 2018)

Klausurtagung des BdV in Berlin

Kanzlerin Merkel als Gast beim Jahresempfang

Dr. Bernd von Sydow hat als Bundessprecher der Landsmannschaft Ostbrandenburg/Neumark e. V. an der Klausurtagung am 17./18. April 2018 teilgenommen und über folgende Punkte informiert:

Es wurden rund 10 Stunden unter Leitung vom Präsidenten des BdV, **Dr. Fabritius** im Kreis der Leiter der Landesvertretungen des BdV und der Landsmannschaften debattiert. Der Landesverband Brandenburg in Potsdam war nicht erschienen. Dabei hatte ich die Gelegenheit, über unsere LM zu berichten. Zum Jahresempfang des BdV waren neben Bundeskanzlerin **Dr. Merkel** und Minister **Dobrinth** auch zahlreiche Diplomaten und Abgeordnete erschienen.

Die wichtigsten Informationen:

1. Der BdV wird sein Kürzel behalten, aber seinen Namen ändern. Der Begriff Vertreibung ist weiterhin das, was uns verbindet, aber er ist zu eng und umreißt nicht Aspekte wie Kulturerhalt, Erinnerungstransfer, Brückenfunktion, Zukunftsorientierung, Europaperspektive etc. Ein neuer Name ist angedacht, er soll jedoch nicht in die Öffentlichkeit, bevor nicht die Zustimmung der Mitglieder des BdV vorliegt. Die Vorababstimmung ergab eine breite Mehrheit für eine Namensänderung.
2. Präsident Dr. Fabritius ist seit letzter Woche gleichzeitig Auslandsbeauftragter der Bundesregierung. Dieses Amt ist beim Bundesinnenministerium (BMI) angesiedelt. BK'in Merkel wollte den Präsidenten des BdV in dieser Funktion. Fabritius sieht das als Vorteil, da er breit angelegt arbeiten kann und überall Zugang findet. Der stellvertretende Vorsitzende des BdV, **Stephan Mayer** wurde Parl. Staatssekretär im BMI.
3. Heftige Kritik fand die Ankündigung von Dr. Fabritius, dass der BdV entgegen früherer Zusagen kein Büro im Deutschlandhaus neben dem Anhalter Bahnhof erhalten wird. In den beiden unteren Geschossen des Deutschlandhauses werden Museum, Dokumentation und Büros der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung einziehen. Der 3. und 4. Stock ist für das BMZ (Entwicklungshilfeministerium) vorgesehen, das ins Nachbarhaus, dem Europahaus, einzieht und mehr Räumlichkeiten benötigt. Anscheinend drängt das BKA aus Sicherheitsgründen zu dieser Lösung. Der Protest der Delegierten war so stark, dass Dr. Fabritius noch einmal das Gespräch mit der Stadt Berlin und BM **Müller** suchen wird. Dies umso
4. mehr, als es eine Verfügung von **Adenauer** gibt, dass das Deutschlandhaus den Vertriebenen zur Verfügung stehen soll. Der ursprünglich vorgesehene Eingang zum Gebäude wäre um die Ecke mit einer anderen Straßenschilderung gewesen, so dass Bedenken wegen einer Vermischung von Stiftung und BdV kein Argument darstellen. Bisher ist die Geschäftsstelle des BdV noch in Bonn.
5. Es gibt eine mündliche Zusage von BM **Seehofer**, dass er am Tag der Heimat, 25. August 2018 in Berlin, sprechen wird. Die LM Ostbrandenburg/Neumark wird wieder mit einem eigenen Kranz bei der Kranzniederlegung vertreten sein.
6. Der Koalitionsvertrag enthält einen Passus, dass mit (nicht "von") den Vertriebenen gesprochen wird und die Unterstützungen der Vertriebenenorganisationen fortgesetzt werden.
7. An die Vertreibung wird im Jahre 2020 durch eine Sonderbriefmarke erinnert. Die Vertriebenenorganisationen werden ermuntert, bei besonderen Anlässen Anträge auf Sonderstempel für Postsendungen zu stellen. Das ist relativ einfach hin zu bekommen.
8. Das BMI hat einen Fonds von knapp einer Million Euro pro Jahr für verständigungspolitische Maßnahmen. Für Kulturangelegenheiten ist die Kulturstiftung zuständig.
9. Es wurden insgesamt 46.000 Anträge auf Zwangsarbeiterentschädigung gestellt, doppelt so viele wie erwartet. Bisher gab es nur 2.104 Ablehnungen, meist wegen Nichteinhaltung des Stichtags (Sterbedatum des Betroffenen).
10. Der Ostpreußentag wird künftig von drei Tagen auf einen Tag reduziert. Pommern kürzt seine Beträge zum BdV auf nur noch eine Stimme. Siebenbürger Sachsen erhöhen von 2 auf 4 Stimmen.
11. Die Bundesversammlung des BdV mit Neuwahlen findet am 30. November 2018 in Berlin statt.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit besten Grüßen
Bernd von Sydow
Bundessprecher der LM

Zur Zwangsarbeiterentschädigung

Eine telefonische Nachfrage im April 2018 beim Bundesverwaltungsamt in Hamm ergab folgenden aktuellen Stand der Bearbeitung:

Der Antrag meines Vaters ist am 13.4.2017 dort eingegangen und wird in ca. 6 Monaten bearbeitet. Von den insgesamt ca. 46.000 Anträgen waren etwas mehr als 22.000 Anträge vorher eingegangen. Abgearbeitet wird strikt nach Eingangsreihenfolge. Bisher wurden ca. 12.000 Anträge positiv entschieden und ca. 2.000 Anträge ablehnt. Die Bearbeitungsdauer beträgt gegenwärtig ungefähr 18 Monate. Eine Aufstockung des Personals wurde zugesagt, wodurch die Wartezeit erheblich kürzer werden soll.

Silke Lüders

Die Altstadt Frankfurt/Oder

Das Quartier rund um die Friedenskirche

Das sogenannte Quartier rund um die Friedenskirche ist der älteste Teil der Frankfurter Altstadt und bietet mehrere touristische Anziehungspunkte auf engstem Raum. Und direkt dort steht auch das Collegienhaus – ein Standort, wie man ihn sich nicht besser wünschen könnte.



Das Gebäudeensemble direkt am Ufer der Oder.

Beherrschendes Bauwerk ist natürlich die Friedenskirche mit den großen Platanen, die 1883 auf Initiative des Frankfurter Verschönerungsvereins gepflanzt wurden. Diese Kirche (zuvor Nicolaikirche und Reformierte Kirche) ist der im Ursprung älteste Steinbau in Frankfurt. 1925 fanden umfangreiche Baumaßnahmen im Innern der Kirche statt und 1929 wurde sie in „Friedenskirche“ umbenannt. Durch den großen Stadtbrand in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges wurde auch die Friedenskirche in Mitleidenschaft gezogen. 1974 fand der letzte Gottesdienst anlässlich des evangelischen Kirchentages statt. Danach wurde das Gebäude nicht mehr kirchlich, sondern als Depot genutzt. Nach der Wende wurde mit einer umfassenden Sanierung des Gebäudes begonnen und 1994 wurde der Förderkreis Ökumenisches Europa-Centrum e.V. gegründet. Er hat zum Ziel, in der Friedenskirche eine interkonfessionelle Begegnungsstätte zu schaffen. Mitarbeiter des Internationalen Bundes begannen 1997 mit Instandsetzungsarbeiten in und um die Kirche, die bis heute andauern.

Nördlich vom großen öffentlichen Parkplatz vor der Kirche liegen direkt nebeneinander das Collegienhaus und die Konzerthalle Carl Philipp Emanuel Bach. Das Collegienhaus wurde ursprünglich als Doppelpfarrhaus erbaut, beherbergt seit 1976 das Frankfurter Stadtarchiv und in Zukunft wohl das Haus Brandenburg.

Die Konzerthalle Carl Philipp Emanuel Bach ist ein Konzert- und Veranstaltungsort in einer ehemaligen Klosterkirche der Franziskaner. Zum Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die Klostergebäude zerstört. Die Kirche überstand als eines der wenigen Häuser der Innenstadt. Mit Kriegsende wurde die Kirche selten zu Gottesdiensten genutzt, da die ehemalige Gemeinde vorwiegend aus der Dammvorstadt kam, die nun auf polnischer Seite



Die Friedenskirche.

lag. Die Kirchengemeinde und die Stadt Frankfurt entschieden 1966, das verfallende Gebäude unter denkmalpflegerischen Auflagen als Konzertsaal einzurichten. Am 2. Oktober 1970, zur Eröffnung der 10. Oderfestspiele, erhielt die Konzerthalle den Namen Carl Philipp Emanuel Bach. 1987 wurde mit dem Anbau eines Funktionsbaus begonnen. Dort befinden sich seit dem Probenräume, Gaststätte, Garderoben, Büro- und Instrumentenräume. Die Ostseite des Langhauses liegt direkt an der Oderpromenade, der Ausblick ist fantastisch und lädt zu einem Spaziergang ein. Auf der gegenüberliegenden Oderseite liegt Stübice, man blickt auf die Stadtbrücke und kann in den kleinen Gastronomiebetrieben vor Ort einkehren. Auf dem Rückweg zum Kirchhofplatz geht man wieder auf der Fußgängerstraße zwischen der Konzerthalle und dem früheren Gefängnis hindurch. Dort befindet sich heute neben der Stadt- und Regionalbibliothek und einer Musikschule auch die Gedenk- und Dokumentationsstätte für Opfer politischer Gewaltherrschaft.

Die **Stadt- und Regionalbibliothek** ist eine Öffentliche Bibliothek mit Sitz in zwei Häusern im Zentrum der Stadt. Sie bietet neuesten Standard in historischen, denkmalgeschützten Gebäuden.

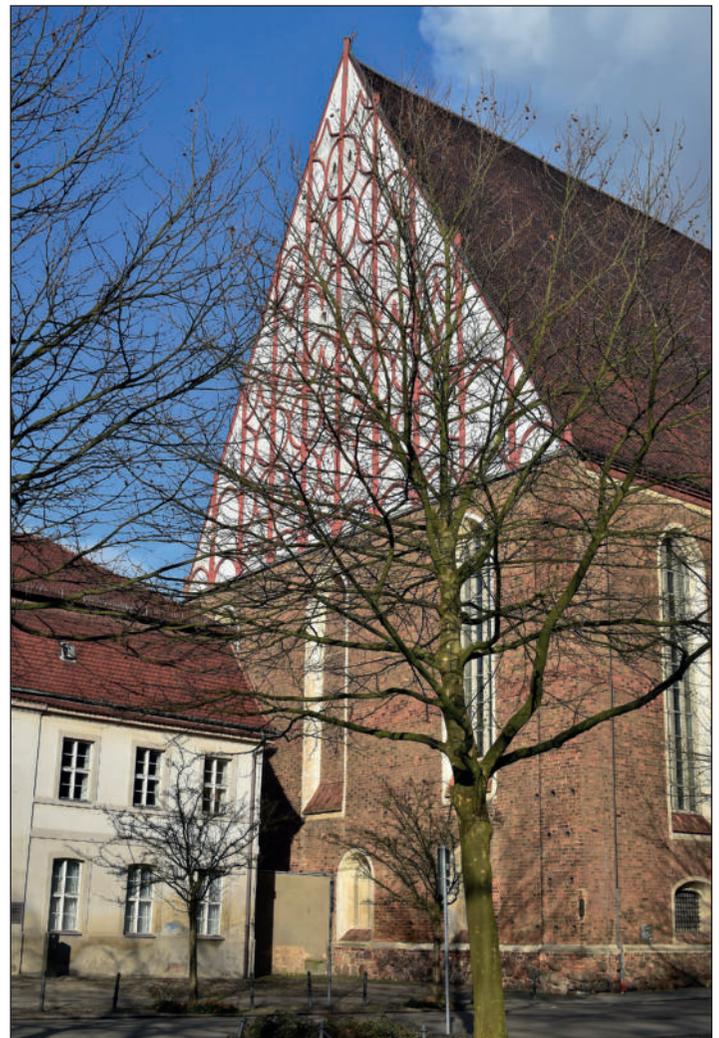
Die **Gedenk- und Dokumentationsstätte für Opfer politischer Gewaltherrschaft** befindet sich im gleichen Gebäudekomplex wie die Bibliothek. Hier werden Einblicke in den All-

tag des Strafvollzuges und in die Geschichte der Verfolgung politischer Gegner in Frankfurt (Oder) und der näheren Umgebung zwischen 1933 und 1989 ermöglicht.

Die Stadt Frankfurt hat noch viele weitere Sehenswürdigkeiten zu bieten. Wir werden sie Ihnen in lockerer Reihenfolge vorstellen. **(SL)**



Konzerthallenbau an der ehemaligen Klosterkirche.



Collegienhaus.



Ein modernes Café am Uferbereich der Oder.



Die Gedenk- und Dokumentationsstätte für Opfer politischer Gewaltherrschaft.

(Alle Bilder: Silke Lüders)

„Kuriositäten im Archiv“

Vortrag von Veronica Kölling im Haus Brandenburg

„Die Stiftung Brandenburg dokumentiert, bewahrt und erforscht 800 Jahre Geschichte der historischen Region Ostbrandenburg (Neumark). Ostbrandenburgische Kulturgüter stellen insofern eine Besonderheit in der deutschen Geschichte dar, als dass im Vergleich zu anderen Regionen nur äußerst wenige von ihnen Krieg, Flucht und Vertreibung überstanden und bis heute überdauert haben. Die meisten Kulturgüter, die heute noch existieren und sich nicht im Privatbesitz befinden, finden früher oder später ihren Weg zu uns ins Haus. Wir sind weltweit die einzige Einrichtung, die sich speziell mit dem Thema Ostbrandenburg auf einer wissenschaftlichen Ebene auseinandersetzt. Und damit sind wir jetzt bei meiner Arbeit“, so teilte die Referentin dem interessierten und gespannten Publikum mit.

„Also, wenn ich anderen Leuten von meiner Arbeit erzähle, sage ich immer: es ist ein bisschen wie Überraschungseier auspacken. Ich bin zuständig für die Bearbeitung von Akzessionen, d.h. von Neuzugängen für das Archiv. In unserem Depot gab es, als ich angefangen habe, mehrere hundert Kisten und Kartons mit allem Möglichen darin – Urkunden, Tagebücher, Geschäftspapiere, private Briefe, Fotos, Gemälde, Karten usw., alles zum Thema Ostbrandenburg, aber keine Akten, wie in vielen anderen Archiven. Bei einer Akte ist die Inventarisierung vergleichsweise einfach: da steht normalerweise vorne auf dem Aktendeckel genau drauf, um welches Thema es sich handelt, um welchen Ort und um welche Laufzeit. All dies muss ich bei uns selber recherchieren. Was natürlich eine sehr zeitintensive Aufgabe ist, aber auch eine sehr fruchtbare, weil ich mit jedem Kulturgut, mit jedem Schriftstück, mit jedem Foto wieder eine kleine Lücke in der Geschichte Ostbrandenburgs schließen kann, die bisher noch nicht erzählt worden ist. Wenn ich ein Objekt für archivwürdig befunden habe und alle notwendigen Informationen dazu (wie Hersteller, Entstehungszeitraum und –ort, was mit dem Objekt im Laufe der Zeit passiert etc.) herausgefunden habe, digitalisiere ich es (also scanne es hochaufgelöst ein), inventarisiere es (d. h. ich nehme es mit all diesen Informationen in unsere Datenbank auf). Viele Sachen sind allerdings, wenn sie bei mir ankommen, weit über den natürlichen Alterungsprozess hinaus in einem besorgniserregenden Zustand, weil sie in Privathaushalten verständlicherweise als Erinnerungstücke gedient haben und entsprechend benutzt wurden. Das sieht man u. a. an solchen Sachen wie:

- Fingerabdrücke auf Fotos, (damit uns das bei der Arbeit nicht passiert, tragen wir in Archiven Baumwollhandschuhe) originale Briefe, die bekritzelt oder worauf Besitzstempel angebracht wurden – völlig unnötig und irreparabel geschädigt.
- Schriftgüter, die laminiert oder mit Tesafilm zusammen geklebt wurden.
- Urkunden und Bilder, die jahrzehntlang in feuchten Kellern oder hinter Glas aufbewahrt wurden und nun Feuchtigkeitsschäden und Schimmel aufweisen.

Ich kann Ihnen nur den Tipp geben: wenn Sie zuhause Erinnerungstücke haben, rahmen Sie sie nicht ein, also niemals direkt auf Glas legen. Die Luft kann dahinter nicht zirkulieren und wenn die Luftfeuchtigkeit in der Wohnung schwankt, was ja ständig vorkommt, dann passiert es Ihnen ganz schnell, dass das Papier auf dem Glas festklebt oder sich sogar Schimmel bildet. Was an Schäden da ist, kann niemand mehr rückgängig machen. Ich kann nur dafür sorgen - und das mache ich bei meiner täglichen Arbeit - dass die Sachen im aktuellen Zustand erhalten bleiben und nicht mehr weiter kaputt gehen, in dem ich sie archivgerecht verpacke und schonend behandle.

Seit 2011 konnten wir im Rahmen mehrerer Projekte knapp 30.000 Objekte aus den Sammlungen der Stiftung Brandenburg digitalisieren und so ihre Überlieferung für die Nachwelt sichern. Das ist ein riesiger Erfolg, für den wir vor zwei Jahren auch mit dem Brandenburgischen Archivpreis ausgezeichnet wurden.

Stadtplan Schwiebus – unerwartet wertvoll

Als ich vor 4 Jahren hier in der Stiftung angefangen habe, war dieser Plan von der Stadt Schwiebus mein erster großer Fund. Dieser Plan wurde mir übergeben mit den Worten: Hier haben sie eine Kopie von einem Merian Stich – ich weiß nicht, ob sie das gebrauchen können. Merian Stiche sind zwar alt, aber tatsächlich nicht so selten. Das geübte Auge erkennt gleich: das ist kein Merian-Stich. Merian ist eigentlich für seine Frontalansichten aus der Region bekannt, nicht aus der Vogelperspektive, und im Normalfall wurden seine Stiche auch nicht koloriert.



Naja, ich entferne den Rahmen, in dem der arme Plan Jahrzehnte lang gefangen war und das erste, was ich sehe, ist ein lateinischer Text auf der Rückseite. Und da wusste ich schon: Jackpot! Diesen Schrifttyp und dieses Format gibt es nur in ganz alten Büchern. Mit ein bisschen Recherche habe ich dann herausgefunden, dass es sich um einen original-

len Ausschnitt aus dem Atlas "Civitates Orbis Terrarum" von 1597 handelt (also mehr als 50 Jahre vor Merian) und dieser tatsächlich sehr selten ist.

Notgeldscheine*) mit Werbung

Ein anderes Thema, bei dem man immer fündig wird, wenn man Kurioses sucht, ist unsere sehr umfangreiche Notgeldsammlung. Was Städte und Länder so alles auf ihre Geldscheine gedruckt haben – darüber kann man wirklich Bücher schreiben. Hier sind ein paar meiner Favoriten:

Auf einem Notgeldschein aus Rathenow steht:

„Wenn rosig immer deine Brille, sind dir die Steuern nie zu velle“.

Auf dem Soldiner 1-Mark-Schein wurde Werbung für Käse gedruckt:

„Soldiner Käs'chen zart und weich, warn stets beliebt im ganzen Reich! – Oft sehnt man sich mit trüben Blick in jene fette Zeit zurück!“

*) Notgeld ist ein aus einer Mangelsituation entstandener Geldersatz, der fehlende gesetzliche Zahlungsmittel ersetzt und von Staaten, Gemeinden oder privaten Unternehmen herausgegeben wird. Die nach dem Ersten Weltkrieg und während der Hyperinflation 1923 ausgegebenen Notgeldscheine enthielten die kleinen Nominalen bis etwa 20 Mark von ca. 1916 bis 1919, später dann Notenwerte bis zu Millionen Mark. (I.S.)



Briefe

Ein weiteres Beispiel: In unserem Archiv befinden sich über 60 Briefe und Postkarten, die Werner R. seiner geliebten Elfriede G. geschrieben hat. Sie waren kurzzeitig liiert, haben sich aber dann doch getrennt, weil Elfriede dem Nationalsozialismus eher positiv gegenüber stand und Werner vehement dagegen wetterte. Nach der Vertreibung, im Herbst 1945, findet er sie über gemeinsame Bekannte wieder. Sie schreiben sich wöchentlich und kommen wieder zusammen. Er möchte sie am liebsten sofort heiraten, aber da er nichts besitzt – nicht einmal die Uniform, die er am Leib trägt – wagt er es nicht, sie direkt zu fragen. Es fällt der schöne Satz „Liebes Fräulein G (...), noch immer habe ich die alte Frage an Sie zu richten, aber für einen Bettler gehört sich das nicht.“ Er lebt in Flensburg, sie in Lübeck. Und obwohl das für heu-

tige Verhältnisse keine Entfernung ist, schaffen sie es viele Monate lang nicht, sich zu besuchen, da zunächst das Schienennetz noch zerstört ist und er sich dann schämt, weil er außer seiner kaputten Soldatenuniform nichts zum Anziehen hat. Irgendwann bekommt er endlich Anzugstoff zugeteilt, aber es fehlt an Knöpfen und sie versuchen beide über Monate hinweg, irgendwo Knöpfe aufzutreiben, damit er seinen Anzug fertig nähen lassen und sie besuchen kommen kann. Kaum vorstellbar, dass sich ein Pärchen nicht sehen kann, weil es an Knöpfen fehlt! Nun ja, irgendwann sehen sie sich endlich, sie verloben sich offiziell und sind den Umständen entsprechend voller Euphorie und Vorfreude auf ein gemeinsames Leben. Innerhalb der nächsten zwei Jahre spürt man aber, wie die Euphorie in ihren Briefen weniger wird und langsam purer Verzweiflung weicht. Sie leben voneinander getrennt, wurden als Flüchtlinge bei Fremden einquartiert und können somit nicht zueinander ziehen. Da sie beide in der NSDAP waren – da ihnen als Lehrer sonst Berufsverbot gedroht hätte – können sie auch nicht in ihren alten Beruf zurück, die Entnazifizierung war noch nicht abgeschlossen. Sie hält sich mit Strick- und Putzarbeiten über Wasser. Und er zieht von einem Ort zum nächsten, weil ihm immer wieder eine neue Stelle als Aushilfslehrer angeboten wird, aber nirgendwo wird er festangestellt und kann sich niederlassen. Ihm wird immer wieder gesagt, dass „für Ostlehrer kein Platz“ sei, dass die Vertriebenen ja vielleicht bald wieder zurück in ihre Heimat geschickt würden und deshalb nicht angestellt werden können usw. ...

Als Elfriede ihren Vater in der SBZ wiederfindet, zieht sie zu ihm. Aber Werner ist äußerst skeptisch gegenüber den Sowjets und will um nichts in der Welt in der SBZ landen. Also lösen sie ihre Verlobung auf, bleiben aber weiterhin zusammen. Es gibt im Laufe der nächsten zwei Jahre immer mal wieder Hoffnung, dass die Zonenschranken fallen und die beiden doch noch zusammen kommen können, aber auch diese Hoffnung wird immer wieder zerstört. Im Februar 1947 schreibt er ihr dann, dass er wieder Aussichten hat, in den Schuldienst zurückkehren zu können, aber dass ein Kollege von ihm nicht verbeamtet wurde, weil seine Frau aus „Glaube und Schönheit“ NSDAP-Mitglied war – so wie Elfriede. Er fürchtet deshalb, dass jegliche Bindung zu ihr ihm beruflich schaden könnte und trennt sich endgültig von ihr. 50 Jahre lang hören sie nichts mehr voneinander. Bis sich Elfriede kurz vor der Jahrtausendwende noch einmal auf die Suche nach ihrem ehemaligen Geliebten begibt – nur um herauszufinden, dass er kurz vorher verstorben ist. Solche Schicksale waren damals nicht selten. Aber es sind nur wenige davon so vollständig über Jahre hinweg überliefert worden. Und deshalb ist dieser Briefwechsel eine Besonderheit, anhand dessen man nicht nur viele Fakten über die Flucht und Vertreibung erfährt, sondern auch nachvollziehen kann, welche Auswirkungen die damalige Situation z. B. auf die Beziehung zweier Menschen hatte, die sich liebten, aber aufgrund der Umstände eben doch nicht zusammen kommen konnten. “

Ingrid Schellhaas

(zusammengestellt und gekürzt mit Erlaubnis der Referentin)

LM Ostbrandenburg/Neumark e. V. Bundesversammlung und Vorstandswahlen

Am 13. April 2018 fand im HBB die jährliche Bundesversammlung der Landsmannschaft statt, auf der auch die Heimatkreisbetreuer und Landesverbandsvorsitzenden über ihre Arbeit berichteten.

Neben dem Geschäftsbericht des Bundessprechers **Dr. Bernd von Sydow** und dem Kassenbericht von **Jochen Ullrich** stand auch die Wahl eines neuen Vorstandes auf der Tagesordnung. Da sich leider keine neuen Kandidaten für die zu besetzenden Ämter fanden, hat der bisherige Vorstand sich zur Wiederwahl gestellt. Somit bleibt Dr. von Sydow als Bundessprecher im Amt, **Silke Lüders** seine Stellvertreterin und Jochen Ullrich ist auch zukünftig Schatzmeister.

Die Posten für weitere Stellvertreter und den/die Schriftführer/in konnten auch dieses Mal leider nicht besetzt werden. Frau **Ingrid Schellhaas**, Vorsitzende des Stiftungsrates der Stiftung Haus Brandenburg berichtete über die Tätigkeiten des Stiftungsrates. Der **Landesverband Hamburg** unserer Landsmannschaft wird sich zum Jahresende auflösen. Frau

Kalläwe, bisher als Vertreterin der Landesverbände im erweiterten Vorstand, hat sich verabschiedet.

Über die Aktivitäten der Heimatkreise informierten **Prof. Dr. Reim** für den **HK Züllichau/Schwiebus** (der HK will einen eingetragenen Verein gründen), **Dr. Klinke** für den **HK Crossen**, Herr **Spiller** für den **HK Schwerin/Warthe** und Frau **Wollenberg** als stellvertretende Heimatkreisbetreuerin für den **HK Königsberg/Nm**. Der Heimatkreisbetreuer von Königsberg, Herr **Christian Ritter**, hat seit der letzten Bundesversammlung leider den Kontakt zu allen Beteiligten abgebrochen und jegliche Tätigkeit eingestellt. Auf das Protokoll der letzten Versammlung, dessen Anfertigung er übernommen hatte, warten wir bis heute vergebens.

(SL)

Ost-West-Splitter

Zeitgeschichte als gesamtdeutsches Fallbeispiel

Der Autor Eckard Bannek wurde 1936 im ober-schlesischen Heydebreck (Kedzierzyn) geboren und wuchs in Sommerfeld (Lubsko), nahe Crossen auf. Sein Buch erzählt eine Geschichte, die die deutsche Nachkriegszeit in Ost und West von 1945 bis 1961 umfasst.

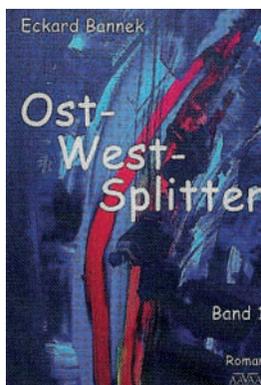
Deutschland nach dem Krieg. Vier Besatzungszonen. Flüchtlingsströme.

Wie wachsen Kinder in einer fremden Heimat unter verschiedenen politischen Systemen zu Jugendlichen heran?

Xaver Notbuk und seine Geschwister müssen unter dem Kommando ihrer Großmutter Sophie überall ran: den Haushalt schmeißen, Schlange stehen beim Einkaufen, Kaninchen und Ziege versorgen, während ihre Mutter Gretel und Tante Hilde schneiden müssen, vor allem für russische Offiziersfrauen. Die Kinder erleben in der Schule ideologische Fehlleistungen, eine sozialistische Aufbruchsstimmung, feiern die Gründung der DDR mit einer Rakete aus Zucker, geraten in den Aufstand des 17. Juni 1953 und den verordneten Karneval 1954 sowie in ungewöhnliche, auch erotische Konstellationen.

Eine westliche Parallele zur Niederlausitz ergibt sich durch den Briefwechsel Gretels mit Ilka, der Verlobten ihres Bruders Oskar. Xaver besucht Ilka

später in Heidelberg. Während er danach den Atlantik überquert, um an der Stanford University zu studieren, wird die Berliner Mauer errichtet...



*Ost-West-Splitter
– Band 1 –
von Eckard Bannek.*

„Ost-West-Splitter“ ist ein Tatsachenroman, in dem Biographien und Autobiographie mit einander verschränkt werden, in dem Zeitgeschichte als gesamtdeutsches Fallbeispiel mit vielen zeittypischen Losungen erzählt wird, wodurch auch ein Zeitbild entsteht. Der Text besteht aus authentischem Material, aus Fragmenten von Briefen, aus Tagebucheinträgen und eigenen Erlebnissen. Dabei geht es nicht um Erinnern des Vergangenen, sondern um die Gegenwärtigkeit des Vergangenen, Erzählen als Modus der Gegenwart.

Das Buch ist in zwei Taschenbüchern (Band 1 und 2) mit je 327 Seiten erschienen. Es ist in allen Buchhandlungen und versandkostenfrei auch beim Verlags-Shop unter www.aava.de erhältlich.

„Die Gerufenen“

Eröffnungsfeier im Museum Fürstenwalde

Der erste Teil der Wanderausstellung Heimatweh der Stiftung Zentrum gegen Vertreibung ist erstmals in Brandenburg zu Gast. Lothar Hoffrichter berichtet über die Eröffnung.

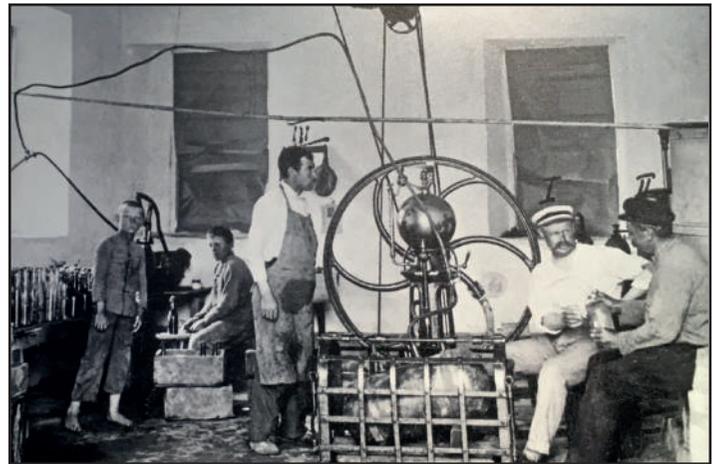
Am 10. April 2018 wurde die Ausstellung „Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“ im Museum Fürstenwalde eröffnet. Die seit längerer Zeit verbindende Zusammenarbeit des Haus Brandenburg Freundeskreis e.V. und des Kreisvorstandes des BdV mit Sitz in Fürstenwalde führte zu der Idee, diese Ausstellung nach Fürstenwalde zu holen. **Lothar Hoffrichter**, stellvertretender Vorsitzender des Haus Brandenburg Freundeskreis e.V. in Fürstenwalde und **Wolfgang Löchelt**, stellvertretender Vorsitzender des BdV-Kreisverbandes Oder-Spree e.V. führten durch das Programm. In gemeinsamer Arbeit und mit Unterstützung durch das Museum Fürstenwalde hatten sie die Ausstellung in die Domstadt an der Spree geholt. Die zahlreich erschienenen Besucher bekundeten ein lebhaftes Interesse an der Eröffnung der Ausstellung und bestätigten die Wichtigkeit einer solchen geschichtlichen Aufarbeitung. Unter den Gästen waren u.a. **Dr. Günter Kolende**, Vorsitzender des Verbandes der Geschichtslehrer in Brandenburg, interessierte Lokalpolitiker, einige Besucher aus Polen, wie etwa der ehemalige Direktor des Museums Meseritz/ Miedzyrzecz sowie Mitglieder der Rotary-Clubs Fürstenwalde und Bad-Saarow. Herr Hoffrichter freute sich insbesondere über den vielfach geäußerten Wunsch nach weiteren Begleitveranstaltungen. So fragte z.B. Dr. Kolende nach einem Seminar für einige Geschichtslehrer mit einer Einführung von **Dr. Katharina Weissbach**, der Kuratorin der erstmals 2009 im Berliner Kronprinzenpalais gezeigten Ausstellung.



Modell einer „Ulmer Schachtel“, mit der die Donauschwaben in neue Siedlungsgebiete reisten.

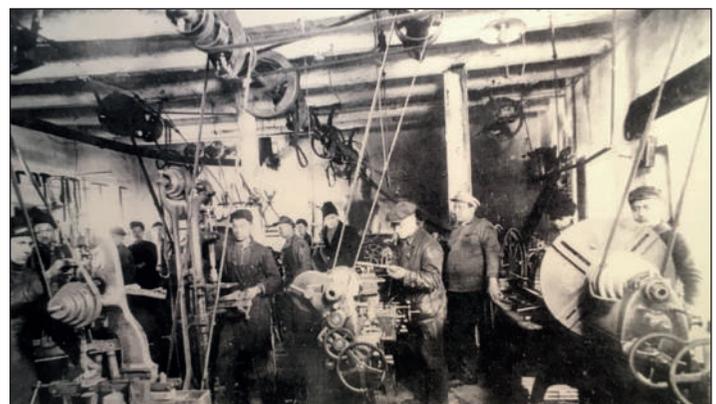
Frau Dr. Weissbach war zur Eröffnung ebenfalls anwesend, trug interessante Details zu Themen und Entstehung der Ausstellung vor und übernahm auch die erste Führung durch die Ausstellungsräume. In ihrer souveränen Präsentation ging sie etwa auf das Thema „Flüsse als Kulturlandschaften“ ein und erklärte, wie die späteren Donauschwaben mit den „Ulmer Schachteln“ in ihre neuen Siedlungsgebiete ge-

kommen waren und sich dort niedergelassen hatten. Als interessante Motivation zur Auswanderung bezeichnete sie die „vertikale Emigration“ – die Möglichkeit, am neuen Lebensort innerhalb weniger Generationen einen ansonsten fast unmöglichen wirtschaftlichen Aufstieg zu erreichen.



Die Limonadenfabrik Ehmann in Sarata/Bessarabien ist ein Beispiel dafür, dass ein schneller wirtschaftlicher Aufstieg im neuen Lebensraum möglich war.

Karlheinz Lau, ebenfalls stellvertretender Vorsitzender des Freundeskreises, ging auf die deutsche Besiedlung Ostbrandenburgs und der Neumark ein – ein eng mit der Zielrichtung des Haus Brandenburg und der dort residierenden Landsmannschaft Ostbrandenburg/Neumark zusammenhängendes Thema. Ein kurzes Grußwort seitens des Museums, einige Musikstücke mit Gitarre und Blockflöte vorgetragen sowie ein geschmackvoller Stehempfang umrahmten das Programm. Alle Leser und deren Bekanntenkreis sind herzlich eingeladen, die Ausstellung noch bis zum 26. Juni 2018 zu besuchen.



Eine von Deutschen gegründete Landmaschinenfabrik in Sarata/Bessarabien.

Das Jahr 1918 ...

Folgeschwer und unheilvoll für Deutschland (Teil 2)

Der erste Weltkrieg wurde von 1914 bis 1918 in Europa, im Nahen Osten, in Afrika, in Ostasien und auf den Ozeanen geführt. 17 Millionen Menschen verloren ihr Leben. Vor 100 Jahren fand er ein Ende, das nicht nur für Deutschland weitreichende Folgen hatte.

Waffenstillstandsabkommen von Compiègne

Als Ort für die Verhandlungen wurde von französischer Seite ein Eisenbahnwaggon in einem Waldstück der Gemeinde Compiègne ausgewählt, wo sich bis März 1918 der Sitz des Alliierten Oberkommandos befunden hatte. Der Verhandlungsrahmen wurde vom alliierten Oberbefehlshaber **Marschall Foch** allerdings stark begrenzt. Die französische Seite behielt es sich vor, den Kriegsgegner durch Abwesenheit zu demütigen. Der deutschen Delegation (**Graf Alfred von Oberndorff** vom Auswärtigen Amt, **General Detlof von Winterfeldt** vom Deutschen Reichsheer und Kapitän zur See **Ernst Vanselow** von der Kaiserlichen Marine) unter Führung von Staatssekretär **Matthias Erzberger** erschienen die Waffenstillstandsbedingungen als sehr hart, doch die Entente-Mächte ließen Einwendungen nicht zu. Erzberger suchte Rücksprache in Berlin und wurde von Reichskanzler **Friedrich Ebert** nach Rücksprache mit dem Chef der Obersten Heeresleitung, Generalfeldmarschall **Paul von Hindenburg**, angewiesen, den Waffenstillstand zu jedweden Bedingungen anzunehmen. Der Vertrag wurde am 11. November unterzeichnet und bedeutete das offizielle Ende der Kriegshandlungen.

Maßgebliche Punkte des Vertrages:

- Einstellung der Feindseligkeiten binnen sechs Stunden nach Vertragsunterzeichnung.
- Rückzug aller deutschen Truppen aus sämtlichen besetzten Gebieten Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs sowie aus dem Reichsland Elsaß-Lothringen binnen 15 Tagen.
- Innerhalb der darauf folgenden 17 Tage Besetzung der linksrheinischen Gebiete und von rechtsrheinischen Brückenköpfen um Mainz, Koblenz und Köln durch französische Truppen.
- Innerhalb dieses Zeitraums Übergabe von 5.000 Geschützen, 25.000 Maschinengewehren, 3.000 Minenwerfern und 1.700 Flugzeugen an die Entente.
- Internierung aller modernen Kriegsschiffe.
- Die britische Seeblockade wurde nicht aufgehoben.
- Ablieferung von 5.000 Lokomotiven und 150.000 Eisenbahnwaggons
- Annullierung des Friedens von Brest-Litowsk mit Sowjetrußland.

Durch diese Maßnahmen sollte dem Deutschen Reich die Möglichkeit genommen werden, den Krieg fortzusetzen. Foch äußerte, jetzt sei Deutschland „den Siegern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert“. Die im Waffenstillstand vereinbarte Rückführung der rund 190 Divisionen des deutschen Westheeres wurde bis zum 17. Januar 1919 beendet.

Friedensvertrag von Versailles

Nach dem Waffenstillstand wurden die Friedensbedingungen in den Jahren 1919 bis 1923 in den Pariser Vorortverträgen geregelt. Der Friedensvertrag von Versailles (auch Versailler Vertrag, Friede von Versailles) wurde bei der Pariser Friedenskonferenz 1919 im Schloss von Versailles von den Mächten der Entente und ihren Verbündeten bis Mai 1919 ausgehandelt. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags endete der Erste Weltkrieg auch völkerrechtlich. Gleichzeitig war es auch der Gründungsakt des Völkerbundes. Der Waffenstillstand von Compiègne hatte nur die Kampfhandlungen des Ersten Weltkriegs beendet, nicht aber den Kriegszustand. Die deutsche Delegation durfte an den Verhandlungen nicht teilnehmen, sondern konnte erst am Schluss durch schriftliche Eingaben wenige Nachbesserungen des Vertragsinhalts erwirken. Der Vertrag konstatierte die alleinige Verantwortung Deutschlands und seiner Verbündeten für den Ausbruch des Weltkriegs und verpflichtete es zu Gebietsabtretungen, Abrüstung und Reparationszahlungen an die Siegermächte. Nach ultimativer Aufforderung unterzeichnete Deutschland am 28. Juni 1919 den Vertrag unter Protest im Spiegelsaal von Versailles. Nach der Ratifizierung und dem Austausch der Urkunden trat er am 10. Januar 1920 in Kraft. Wegen seiner hart erscheinenden Bedingungen und der Art seines Zustandekommens wurde der Vertrag von der Mehrheit der Deutschen als illegitim und demütigend empfunden. Die größten deutschen Gebietsverluste durch den Versailler Vertrag waren:

Sofort abgetretene Gebiete (ohne Volksabstimmung):

- Elsaß-Lothringen an Frankreich;
- fast ganz Westpreußen an Polen, jedoch ohne Danzig,
- Teile des Kreises Elbing, die Kreise Deutsch Krone, Flatow und Schlochau an Polen;
- Posen an Polen;
- die südliche Hälfte des ostpreußischen Kreises Neidenburg an Polen;
- das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei;
- und verschiedene Gebiete in den Kolonien bzw. in Übersee.

Nach Volksabstimmungen in Folge des Versailler Vertrags abgetreten:

- Nordschleswig an Dänemark.
- Während der Volksabstimmung am 20. März 1921 war Oberschlesien von alliierten Truppen besetzt. 60 Prozent der Stimmberechtigten votierten für den Verbleib beim Deutschen Reich. Der Oberste Rat der Alliierten beschloss jedoch im Oktober 1921, das Abstimmungs-

gebiet zu teilen - eine Möglichkeit, die der Versailler Vertrag explizit vorsah. So kam ein Gebiet von etwa einem Drittel der Fläche in Ostoberschlesien, wo es insgesamt eine Stimmenmehrheit für Polen gegeben hatte, am 20. Juni 1922 an Polen. Im abgetretenen Teil war bislang fast ein Viertel der deutschen Steinkohle gefördert worden. Die Abtrennung verbitterte viele Deutsche, weil die Teilung erst nach der Abstimmung beschlossen wurde und dadurch der größere Teil des industriell wertvollen ober-schlesischen Industriegebiets an Polen ging. Durch die räumliche Heterogenität der Stimmenmehrheiten fielen mehrere Orte entgegen der jeweiligen Stimmenmehrheit an Polen.

- Eupen-Malmedy sowie das bisherige Neutral-Moresnet an Belgien.

Dem Völkerbund unterstellt:

- Das Saargebiet.
- Das Rheinland.
- Danzig mit Umgebung wurde zur Freien Stadt.
- Das Memelland wurde unter Kontrolle des Völkerbunds einem französischen Präfekten unterstellt.
- Die deutschen Kolonien wurden befristet von den Siegermächten besetzt.

Wirkung der Gebietsverluste auf die Staatsangehörigkeit

Nach Artikel 91 des Versailler Vertrags erwarben grundsätzlich alle deutschen Reichsangehörigen, die ihren Wohnsitz in den endgültig als Bestandteil des wiedererrichteten pol-

nischen Staates anerkannten Gebieten hatten, von Rechts wegen die polnische Staatsangehörigkeit unter Verlust der deutschen. Zwei Jahre lang nach Inkrafttreten des Vertrags waren die hier wohnhaften über 18 Jahre alten deutschen Reichsangehörigen berechtigt, für die deutsche Staatsangehörigkeit zu optieren. Polen deutscher Reichsangehörigkeit im Alter von über 18 Jahren, die in Deutschland ihren Wohnsitz hatten, waren berechtigt, für die polnische Staatsangehörigkeit zu optieren. Allen Personen, die von dem Optionsrecht Gebrauch machten, stand es frei, innerhalb von zwölf Monaten ihren Wohnsitz in den Staat zu verlegen, für den sie optiert hatten. Sie durften dabei ihr gesamtes bewegliches Gut zollfrei mitnehmen. Es stand ihnen frei, das unbewegliche Gut zu behalten, das sie im Gebiete des anderen Staates besaßen, in dem sie vor der Option wohnten. Viele Deutsche, die die deutsche Reichs- und Staatsangehörigkeit nicht verlieren wollten, sahen sich gezwungen, ihre angestammte Heimat zu verlassen und auch ihren Grundbesitz zu verkaufen, um sich im Reich wieder eine Existenz aufzubauen. Das dadurch erhöhte Angebot auf dem polnischen Grundstücksmarkt führte zu fallenden Preisen der Grundstücke und zu Vermögensverlusten bei den Verkaufenden. Als Folge emigrierten zwischen 1924 und dem Sommer 1926 etwa 26.000 Deutsche teils freiwillig, teils erzwungen aus dem neuen polnischen Staat. Das Deutsche Reich war für die Aufnahme dieser Menschen schlecht vorbereitet. Die meisten wurden zunächst in einem Lager bei Schneidemühl aufgefangen, sofern sie nicht im Vorwege selbst für Unterkunft gesorgt hatten. (SL)

Traditioneller Ostermarkt in Hamburg

Treffen im Haus der Heimat

Allen Schwierigkeiten trotzend, gelang es den Ost- und Mitteldeutschen in Hamburg sowie der Landsmannschaft der Donauschwaben auch heuer einen wunderschönen Ostermarkt zu veranstalten.

Wie so oft, schossen die Schlesier mit ihrem vielfältigen Angebot „den Vogel ab“! Doch auch die Donauschwaben, Berlin-Mark Brandenburger, West- und Ostpreußen, Pommer und Oberschlesier bereicherten mit vielfältigem Osterschmuck, mit „Frühlingsstecken“, handbemalten Ostereiern u.a. den einladend geschmückten Trachtensaal unseres Hauses der Heimat.

Der Vorsitzende Willibald C. Piesch hieß vor dem Hintergrund der schlesischen, siebenbürgischen, westpreußischen und ober-schlesischen Trachtenfiguren Gäste und Landsleute im überfüllten Saal willkommen. Es gab großen Beifall, als alle zu einem „Osterschnaps“ eingeladen wurden. Obwohl man wenig Werbung vorab durchführte, war der Besuch gut, zumal

viele neue Landsleute teilnahmen. Die kulturellen Beiträge von Christel Neumann, Helga Brenker und Manfred Weinhold erheiterten die Besucher. An fast jedem Stand konnte man vielfältig Leckerer probieren, wobei vor allem der selbst gebackene Osterkuchen nach ‚Omas Rezept‘ die anderen Angebote der heimatlichen Ess- und Trinkkultur geschmackvoll ergänzte. Beim Ausklang dankte Piesch allen Verantwortlichen für diese kulturelle wertvolle Mitarbeit und lud vor allem zum zentralen Tag der Heimat am 25. August in Berlin ein.

Willibald C. Piesch
LvD/BdV Hamburg

Landsmannschaft Berlin - Mark Brandenburg**Landesverband Hamburg**

<u>19.07.2018</u>	14.30 Uhr, Gesprächsrunde
<u>16.08.2018</u>	14.30 Uhr, Gesprächsrunde
<u>16.09.2018</u>	15.00 Uhr, Tag der Heimat, Bachsaal in der Michaeliskirche
<u>20.09.2018</u>	14.30 Uhr, Gesprächsrunde
<u>06.10.2018</u>	10.00 Uhr, Heimatmarkt
<u>18.10.2018</u>	Märkisches Herbstfest

Treffen im Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg.
Ansprechpartner: Johanna Kalläwe, Tel. 040/ 769 807 81

Landesverband Berlin

<u>14.07.2018</u>	14.00 Uhr, HK Soldin, Treffen
<u>11.08.2018</u>	14.00 Uhr, HK Soldin, Treffen
<u>25.08.2018</u>	Tag der Heimat in der Urania Berlin, Einlasskarten sind erforderlich!
<u>07.09.2018</u>	14.00 Uhr, Sommerausklang
<u>08.09.2018</u>	HK Soldin, Treffen
<u>15.09.2018</u>	12.00 Uhr, HK Züllichau/Schwiebus & Crossen, gemütliche Runde
<u>26.09.2018</u>	07.00 Uhr, 3-Tagesfahrt mit dem Bus nach Danzig
<u>12.10.2018</u>	14.00 Uhr, Herbstfest
<u>13.10.2018</u>	14.00 Uhr, HK Soldin, Treffen

Im Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin, Ansprechpartner: Herr Hempel, Tel.030/ 254 73 45

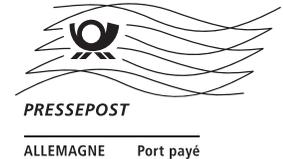
Heimatkreis Arnswalde

<u>07.08.2018</u>	Busreise in den Kreis Arnswalde bis zum 10.08.2018, Treffen am 06.08.2018 in Fürstenwalde
-------------------	---

Heimatkreis Schwerin (Warthe)

<u>30.06.2018</u>	09.30 Uhr, Regionaltreffen in Wusterhausen, Stadtsaal
<u>15.09.2018</u>	10.00 Uhr, Regionaltreffen in Planegg bei München
<u>24.06.2018</u>	10.30 Uhr, Regionaltreffen in Düsseldorf, G.-Hauptmann-Haus
<u>22.07.2018</u>	09.30 Uhr, Busreise in den Heimatkreis bis zum 28.07.2018

Landsmannschaft
Ostbrandenburg/Neumark e.V.
Haus Brandenburg
Parkallee 14
15517 Fürstenwalde (Spree)



ZKZ 46569 MID Brandenburg-Kurier 1/2017

<<Anrede>>
<<Firma1>> <<Firma2>>
<<Strasse>>
<<PLZ>> <<Ort>>
<<Land>> <<Bunde.Nummer>> - <<Bunde.
Anfang>> <<Bunde.Anzahl Sendun-
gen>>

Freundeskreis

<u>05.09.2018</u>	08.00 Uhr, Busfahrt nach Königsberg/Nm, Informationen bei Lothar Hoffrichter, Tel. 03361/ 32139 oder Mail: inloho@web.de
<u>06.09.2018</u>	14.00 Uhr, Vortrag „Die Orte an der Oder als Brücke“ von Karlheinz Lau
<u>17.10.2018</u>	09.30 Uhr, Vortrag zur Auswertung der Machbarkeitsstudie zum Standort des HBB, der Referent wird später bekannt gegeben.

Achtung

Bitte geben Sie ab sofort alle Bestellungen, Adressenänderungen, Kontenänderungen, Todesfälle und andere persönliche Informationen, die den Bezug des Brandenburgkurier betreffen, an:

Jochen Ullrich, Himmelpfortener Weg 52, 59823 Arnswalde, Tel. 02931/77893, E-Mail: jochenullrich@aol.com

Impressum:**Herausgeber:**

Landsmannschaft Ostbrandenburg / Neumark e.V.
Parkallee 14, 15517 Fürstenwalde/Spree
Tel. 03361/ 310952
www.stiftung-brandenburg.de/landsmannschaft.html

Redaktion:

Sigrid Busse, Tel. 034204/ 894118
E-Mail: sigrid.busse59@gmail.com
Silke Lüders, Tel. 0171 7970 758
E-Mail: silke.lueders@t-online.de

Erscheinungsweise: Viermal im Jahr

Kosten: Einzelheft 3,- Euro, Jahresabonnement 12,- Euro oder eine Spende

Bankverbindung: Deutsche Bank Fürstenwalde
IBAN DE83 1207 0024 0251 57 81 00
BIC DEUTDEDB160

Layout und Druck:

becker druck, F. W. Becker GmbH, 59821 Arnswalde,
www.becker-druck.de



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

ein herrlicher Sommer neigt sich dem Ende zu und die ersten bunten Blätter kündigen bereits den Herbst an.

Die große Hitze und Trockenheit der letzten Monate haben zwar vielerorts für Probleme gesorgt, andererseits konnten wir aber auch endlich einmal wieder einen richtigen Sommer genießen. Jeden Tag Badewetter, laue Sommerabende... es gab so viele Möglichkeiten, sich im Freien zu beschäftigen.

Auf unseren Reisen in den Kreis Arnswalde hatten wir außerdem die Möglichkeit, Orte aufzusuchen, zu denen uns in den letzten Jahren oft der Zugang verwehrt blieb. Auf den ausgefahrenen Feldwegen waren sonst riesengroße Pfützen oder tiefe morastige Stellen, die eine Weiterfahrt verhinderten. Wiesen, Waldstücke, Uferbereiche von Seen und kleinen Flüssen versumpfen immer mehr. Viele Orte der Kindheit sind dadurch heute nicht mehr zugänglich. Sei es, weil bewusste Renaturierung betrieben wird oder weil Drainagen



Die Drage vor dem Wasserkraftwerk in Steinbusch, Kreis Arnswalde.

nicht mehr gewartet werden. In diesem Sommer war jedoch fast alles zu erreichen.

Auf unserem Titelbild sehen Sie die Drage bei Steinbusch Eisenhammer, im Hintergrund das Wasserkraftwerk. Bei unserem letzten Besuch vor einigen Jahren führte noch eine gut erhaltene Holzbrücke über den Fluss, die auch noch befahrbar war. Vor acht Wochen war sie gesperrt. Halb eingestürzt, mit fehlenden Balken. Die Reste des Geländers mögen auf dem Foto noch einen morbiden Charme ausstrahlen, in der Realität sind sie ein trauriger Anblick. Daneben diese wunderschöne Landschaft, die sich wie ein Deckmantel über den Verfall legt und darüber hinweg zu trösten versucht. Wir begegnen diesem Kontrast ständig auf den Reisen durch die alte Heimat. Von der Natur lässt das Auge sich ablenken, aber in den Ortschaften gelingt es nicht. Wenn man dort vor verfallenen Häusern steht, die Ruinen der großen Feldsteingebäude vor Augen – dann ist man schmerzlich berührt. Dann kann auch die schönste Landschaft die Frage „Warum?“ nicht verdrängen.

Trotz allem durften wir wieder herrliche Tage in der Heimat unserer Familien verbringen und hoffen, dass möglichst viele von Ihnen ähnlich schöne Erlebnisse hatten.

*Freundlichst
die Redaktion des „Brandenburgkurier“*

Inhalt.....	Seite
Aktuelles	
Tag der Heimat.....	2
Gedenktag der Vertriebenen	4
Aus den Heimatkreisen	
Züllichau-Schwiebus: Treffen in Neuruppin.....	6
Arnswalde: Busreise durch den Heimatkreis	7
Freundeskreis	
Tagesfahrt nach Meseritz und Lagow	8
Geschichte	
Das Jahr 1918 (Teil 3).....	10
Termine	12

Tag der Heimat 2018

Unrechtsdekrete beseitigen - Europa zusammenführen

Unter diesem Leitwort stand der diesjährige Tag der Heimat, der am 25. August 2018 traditionell mit einer Feierstunde in der Urania Berlin begangen wurde.

Der Begrüßung und Ansprache von **Dr. Bernd Fabritius**, dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen (BdV), folgten die Festrede von **Horst Seehofer**, dem Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, sowie das Geistliche Wort und Gedenken des Weihbischofs **Dr. Reinhard Hauke** (Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge).

Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung von den Potsdamer Turmbläsern, unter anderem zur Eröffnung mit der Europafanfare und zum Abschluss mit der Nationalhymne. Außerdem war der Chor „Brosci Chorus“ zu Gast. Hierbei handelt es sich um den gemischten Chor des Deutschen Freundschaftskreises in Broschütz (Oberschlesien) unter der Leitung von **Ewa Magosz**.

der Heimat steht jedes Jahr unter einem besonderen Motto. Das diesjährige Leitwort „Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen“ greift im doppelten Sinne ureigene Interessen des Verbandes auf. Die Reise- und Niederlassungsfreiheit in den alten Heimatgebieten, der Kontakt mit den dort lebenden Menschen – dies alles ist ein hohes Gut. Als ein besonderes Beispiel für das diesjährige Leitwort führte Fabritius Tschechien an: „Einerseits kommen – je nach Regierungszusammensetzung – hochrangige Politiker oder Diplomaten zu den Sudetendeutschen Tagen – und das ist wichtig und ein starkes Zeichen europäischer Gegenwartsorientierung! Andererseits sind aber die Unrechtsdekrete Nr. 12, 33 und 108 und auch das gegen jedes Rechtsempfinden einer der Humanität verpflichteten

Gesellschaft verstoßende Straffreistellungsgesetz Nr. 115 vom 8. Mai 1946 des Präsidenten Beneš weiterhin Bestandteile der tschechischen Rechtsordnung. Wäre es nicht ein deutliches Bekenntnis zur europäischen Rechts- und Werteordnung, wenn man sich in Tschechien dieses historischen Ballastes endlich entledigen würde!? Wir alle wissen, dass die Sudetendeutsche Landsmannschaft das schon lange fordert! Schlussfolgernd geht das Bekenntnis der Heimatvertriebenen und der Spätaussiedler zu Europa einher mit der Forderung nach bedingungsloser Wahrung der Menschenrechte und einem grenzüberschreitenden Bewusstsein, dass auch die letzten Dekrete des Unrechts endlich aufgehoben werden müssen. Ich wünsche



Der Chor „Brosci Chorus“ des Deutschen Freundschaftskreises in Broschütz (Oberschlesien) unter der Leitung von Ewa Magosz.

BdV-Präsident Fabritius betonte in seiner Ansprache, dass der Tag der Heimat nun seit fast sieben Jahrzehnten eine verlässliche und notwendige Konstante geworden ist, an dem an das Leid und die Opfer erinnert wird, die Deutsche in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zu beklagen hatten – sei es als Vertriebene, als Flüchtlinge, als Aussiedler oder Spätaussiedler. Bewusst wird der Blick damit in die Vergangenheit gerichtet, um zu erinnern, zu mahnen, um nicht zu vergessen. Aber es soll auch auf die Gegenwart und in die Zukunft geschaut werden, damit die nachfolgenden Generationen noch mehr in die Pflege des kulturellen Erbes eingebunden werden und sie es mit Leben füllen können, um es weiterzutragen, so gut sie es nur können. Der Tag

mir den Tag der Heimat herbei, an dem wir endlich nicht mehr über dieses Unrecht sprechen müssen!“ Fabritius betonte, dass niemand die Verbrechen der Nationalsozialisten vergessen hat, dass jedoch ein Verbrechen, so furchtbar es auch gewesen sein mag, niemals ein anderes Verbrechen rechtfertigt. Er wiederholte die Forderung des BdV nach einem sanktionierten Vertreibungsverbot auf Ebene der Vereinten Nationen. Es sei höchste Zeit, dass auch das fundamentale Menschenrecht des Schutzes vor Vertreibungen und ethnischen Säuberungen seinen verankerten Platz in der internationalen Rechtsordnung erhält. Einem Ausblick in die Gegenwart und Zukunft, und den damit verbundenen Aufgaben des BdV folgte der Dank an die politische Unter-



Die Festrede hielt Horst Seehofer, der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat.

stützung und die Einladung an alle Gäste, im Anschluss an diese Veranstaltung an der feierlichen Kranzniederlegung auf dem Theodor-Heuss-Platz teilzunehmen.

Nationale Interessen wahren

Die Festrede der diesjährigen Veranstaltung hielt Horst Seehofer, der sich hauptsächlich mit der Asylpolitik beschäftigte. Er bekräftigte seinen Standpunkt in dieser Frage und äußerte sich sehr zuversichtlich über eine baldige Einigung zu

diesem Thema. Dabei betonte er noch einmal ausdrücklich, dass seiner Meinung nach „bei allen Bemühungen um europäische Lösungen die nationalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland nicht unter den Tisch fallen dürfen“. Das geistliche Wort sprach Weihbischof Dr. Reinhard Hauke. Er bezog sich in seinem Vortrag fast ausschließlich auf die Arbeit der Hilfsaktion RENOVABIS in Freising. RENOVABIS ist ein Hilfswerk der katholischen Kirche in Deutschland zur Stärkung von Kirche und Gesellschaft in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Zum Schluss sprach er Worte für ein gemeinsames Gedenken für die Opfer, die durch Flucht und Vertreibung nach dem 2. Weltkrieg ihr Leben lassen mussten.

Grußworte zum Tag der Heimat 2018 wurden von **Papst Franziskus**, vom Bundespräsidenten **Dr. Frank-Walter Steinmeier**, von der Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel**, von den Ministerpräsidenten aller Bundesländer sowie den Vorsitzenden der SPD und FDP übermittelt.

Im Anschluss an den Festakt fand die Kranzniederlegung auf dem Theodor-Heuss-Platz statt. Dort lagen vor dem Mahnmal der Ewigen Flamme bereits zahlreiche Kränze, als die Besucher von **Rüdiger Jakesch**, dem Berliner BdV-Landesvorsitzenden und von BdV-Präsident **Dr. Bernd Fabritius** begrüßt wurden. Ebenfalls anwesend war der Berliner Innensenator **Andreas Geisel**, dessen Worte bei den Besuchern großen Zuspruch fanden. Den würdigen Abschluss bildeten eine Schweigeminute und ein Trompeter mit dem Lied „Ich hatte einen Kameraden“. (SL)



Zahlreiche Kränze vor der Ewigen Flamme auf dem Theodor-Heuss-Platz. Auch die Landsmannschaft Ostbrandenburg/Neumark war mit einem eigenen Kranz vertreten.

Feierstunde am 20. Juni 2018 in Berlin

Bundesregierung gedenkt der Opfer von Flucht und Vertreibung

Am 20. Juni 2018 begeht die Bundesregierung mit einer Gedenkstunde im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums in Berlin den Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung. Mit diesem Gedenktag wird seit 2015 jährlich an die Opfer von Flucht und Vertreibung weltweit sowie insbesondere an die deutschen Vertriebenen erinnert.

Bundesminister Horst Seehofer ging in seiner Begrüßung auf das besondere Datum dieses Tages ein. Es war der 70. Jahrestag der Währungsreform. Dabei zitierte er den Historiker und Schriftsteller Christian Graf von Krockow. Der schrieb zur Währungsreform: „Die eigentlichen Verlierer an diesem Tag waren die Vertriebenen: Sie verfügten über keinerlei Sachwerte. Sie waren keine Gutsbesitzer oder Fabrikanten - keine Großbauern oder Handwerksmeister. Sie stammten meist aus wenig aussichtsreichen Verhältnissen.“ Verletzt, vom Hunger gezeichnet und traumatisiert gelangten sie in ein zerstörtes Land. Dort wurden sie häufig als Fremde und Konkurrenten um Obdach und die knappen Lebensmittel empfunden. Und so sehr der 20. Juni 1948 kein Tag der Besserung, sondern eher ein Tag der Verschlechterung für die Vertriebenen war, so markiert er dennoch auch den Anfang ihres Aufstiegs. Die Vertriebenen erwiesen sich in der Folge wie kaum eine andere Gruppe als leistungsbereit und leistungsstark. Sie suchten ihre Chancen dort, wo sie sich boten - waren bereit, mit harter Arbeit ihrem vermeintlich vorbestimmten Leben in Armut entkommen. Es schien, als habe der Schock der Vertreibung ungeahnte Kräfte freigesetzt, die - zumindest in der Generationenfolge - den sozialen und gesellschaftlichen Aufstieg bewirkten.“ Das westdeutsche Wirtschaftswunder, das für unser Selbstverständnis und den Lauf der Geschichte unseres Landes eine so wichtige Rolle spielt - es wäre ohne den Einsatz der Vertriebenen nicht möglich gewesen. Ihr Fleiß und ihre Arbeit waren ein wichtiger Bestandteil der Erfolgsgeschichte des „Made in Germany“.

Die Stimmen aller Vertriebenen hören

„Wer Flucht und Vertreibung nicht selbst durchmachen musste, kann kaum ermessen, was diese Erfahrungen bedeuten.“ Das sagte die Bundeskanzlerin bei der Gedenkstunde für die Opfer von Flucht und Vertreibung in Berlin. Vor vier Jahren hatte die Bundesregierung entschieden, den Gedenktag einzuführen - am 20. Juni, dem Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen. „Es war und ist uns wichtig, an diesem Tag die Stimme der deutschen Heimatvertriebenen der Kriegs- und Nachkriegszeit und die Stimme der Menschen, die heute auf der Flucht sind, gleichermaßen zu hören“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Versöhnung, Verständigung und Verstehen

Bundeskanzlerin Merkel erinnerte an das millionenfache Leid der im Zuge des Zweiten Weltkriegs Vertriebenen, die Heimat und Angehörige verloren haben. Gleichzeitig würdigte sie die Verdienste dieser Menschen für



Bundeskanzlerin Angela Merkel während ihrer Ansprache

den Wiederaufbau Deutschlands in den Nachkriegsjahren. „Versöhnung, Verständigung und Verstehen stehen im Mittelpunkt“, betonte die Kanzlerin.

Bewegende individuelle Erfahrungen

Als Zeitzeuge der Vertreibungen nach 1944 sprach der emeritierte Weihbischof Gerhard Pieschel. Er wurde 1934 als tschechoslowakischer Staatsbürger mit deutscher Volkszugehörigkeit geboren und musste im Alter von 11 Jahren mit seiner Mutter und seinen Geschwistern aus seiner Heimat fliehen. Er machte deutlich, wie wichtig es ist, die leidvollen Erfahrungen an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben. Besonders bewegend war der persönliche Fluchtbericht von Umeswaran Arunagirinathan. Der heute 40-jährige Arzt und Autor war im Alter von 12 Jahren allein von Sri Lanka nach Deutschland geflohen. Er bedankte sich für den Schutz und die Chancen, die er in Deutschland bekommen habe. Es sei ihm wichtig, sich für den Erhalt der grundlegenden Werte Deutschlands einzusetzen.

Flucht als weltweite Herausforderung

Auch Eckhard Pols, der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sprach in dieser Feierstunde:

„Seit 2015 gedenken wir mit dem bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung in besonderer Weise auch dem Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, die am Ende des Zweiten Weltkriegs und danach ihre Heimat verloren. Dass dieses Gedenken am heutigen „Weltflüchtlingstag“ der Vereinten Nationen

stattfindet, verbindet dieses Gedenken mit den großen Fluchtbewegungen der Gegenwart und stellt zugleich eine eindeutige Absage an den Vorwurf der Kollektivschuld der Deutschen an ihrer Vertreibung dar. Das erlittene Schicksal ist und bleibt Unrecht.

Zugleich macht das heutige Gedenken an die Vertreibung der Deutschen deutlich, wie bedeutsam die Bewahrung der Erinnerung an den historischen deutschen Osten ist. Diese ist für das nationale Selbstverständnis Deutschlands und zugleich für die zukunftsweisende Kooperation mit den europäischen Nachbarn von größter Bedeutung.“

Schicksal der Vertriebenen Teil des kollektiven Gedächtnisses

Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte sich in ihrer, viele geschichtliche und aktuelle Aspekte von Flucht und Vertreibung streifenden Rede zunächst berührt und dankbar für die Schilderung der beiden ganz individuellen Schicksalserfahrungen. Solche Geschichten seien es, „die verdeutlichen, dass Flucht eben nichts Abstraktes ist, dass dahinter menschliche Schicksale stehen – leider allzu oft auch solche, die nicht gut enden“. Den Zweiten Weltkrieg mit dem Holocaust und den Verbrechen der Nationalsozialisten, aber auch Flucht und Vertreibung der Deutschen stellte sie als prägend für das moderne Deutschland heraus. Die Erfahrungen und Lehren dieser Katastrophen hätten die Grundlagen der Bundesrepublik gelegt. „Sie verpflichten und verändern auch das heutige Deutschland auf seinem weiteren Weg in Europa und in der Weltgemeinschaft“, so die Bundeskanzlerin.

Mit dem Blick auf die Opfer sei auch der Gedenktag entstanden. Welche Tragweite dieser Begriff entfalten könne, wüssten die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Angehörigen gut. „Die Heimatvertriebenen waren Opfer, die bitteres Unrecht erlitten haben“, so die Bundeskanzlerin. „Aber wir verkennen auch nicht Ursache und Wirkung. Vertreibung und Flucht der Deutschen waren eine unmittelbare Folge des von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkriegs und der unsäglichen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur“, erklärte sie, um dann unter dem Beifall der Gäste ebenso deutlich zu bekennen: „Doch das ändert nichts daran, dass es für Vertreibung weder eine moralische noch eine politische Rechtfertigung gab.“ Die Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen gehöre fest zu unserem kollektiven Gedächtnis, bekräftigte Merkel ihre Einordnung dieses Teils unserer Vergangenheit als identitätsprägend. In ihren Ausführungen dazu machte sie insbesondere auf die schwierige Situation der Vertriebenen in der SBZ/DDR aufmerksam, die fast 40 Jahre lang über das Erlittene hatten schweigen müssen. In der Aufarbeitung dieser Schicksale habe der Bund der Vertriebenen mit seinen nach dem Mauerfall gegründeten Landesverbänden in den neu-

en Bundesländern „unglaublich wichtige Arbeit geleistet“, lobte die Bundeskanzlerin und dankte dem Verband ausdrücklich.

Würdigung der Toten nicht durch Grenzen behindern

Wie zu den vergangenen drei Veranstaltungen kam es dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, zu, das Schlusswort zur Gedenkstunde zu sprechen. Eindringlich erinnerte er an die mehr als zwei Millionen Todesopfer von Flucht, Vertreibung und Deportation. Dieser zu gedenken sei wichtig, weil „sie uns ihr Martyrium nicht mehr erzählen“ können. Die Zeitzeugen, wie der anwesende Weihbischof Pieschl, und die Nachfahren der Überlebenden müssten auch über die Toten berichten, um das sinnlose Sterben nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Fabritius machte den Gästen auch den schmerzhaften Heimatverlust bewusst, den Millionen Deutsche erleiden mussten. Angesichts dessen sei es „gut, dass wir uns seit einiger Zeit wieder mehr mit der Heimat beschäftigen“. Es gelte, den Wert der Heimat wiederzuerkennen, gerade in einer Gesellschaft, in der Heimat „nicht nur Notwendigkeit, sondern heute – zum Glück – aktuelle Realität“ ist. Insbesondere den zivilen Toten dieser Zeit die Ehre zu erweisen, die oft auf der Flucht am Wegesrand verscharrt wurden, sei eine Aufgabe, die grenzüberschreitendes Engagement erfordere, mahnte der BdV-Präsident und lobte den wachsenden Einsatz des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge auf diesem Gebiet. Unter dem gemeinsamen europäischen Dach sei es Ländern „endlich möglich, im Gedenken und in Trauer an den Gräbern der Toten zusammenzukommen. Die Würdigung der Toten darf nie wieder durch nationale Grenzen behindert werden“, forderte Fabritius. „Wir, meine Damen und Herren, wollen niemals ver-



Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft nahmen an der Veranstaltung teil.

gessen, dass jede Vertreibung, jede ethnische Säuberung – gleichgültig wo, wann und warum – immer Verbrechen sind“, erklärte der BdV-Präsident abschließend und dankte der Bundesregierung dafür, dass sie mit dem nationalen Gedenktag den notwendigen symbolischen Rahmen dafür geschaffen habe.

Quelle: www.bundesregierung.de

Heimatkreis Züllichau-Schwiebus

Jahrestreffen am 24. Juni 2018 in Neuruppin

Dr. Bernd von Sydow, stellvertretender Vorsitzender des HK Züllichau-Schwiebus und Bundessprecher der Landsmannschaft Ostbrandenburg/Neumark begann seine Rede mit einer kurzen Vorstellung:

Liebe Landsleute, denjenigen, die mich nicht kennen, möchte ich sagen, dass meine Familie aus Kalzig stammt, 5 km nördlich von Züllichau. Meine Familie hatte dort einen landwirtschaftlichen Besitz. Bei der Flucht war ich zwar erst 5 Jahre alt, zähle mich aber trotzdem zur Erlebnistgeneration. Seit meiner Pensionierung vor 14 Jahren engagiere ich mich im Bereich der Vertriebenenorganisationen. Der Hauptgrund dafür ist, dass mich das schnelle Vergessen aufregt. Fragen Sie mal heute jüngere Menschen über die deutschen Ostgebiete östlich von Oder und Neiße. Einigen sagt vielleicht Pommern, Schlesien und Ostpreußen noch etwas. Dass

sich aber die Provinz Brandenburg über die Oder hinaus erstreckte und dass es die Neumark gab, wissen nur die wenigsten. Meinem Vorgänger an der Spitze der Landsmannschaft, Herrn Höricke, haben wir es zu verdanken, dass in öffentlichen Reden bei Aufzählung der verlorenen Gegenden auch die Neumark erwähnt wird. Jedes Mal, wenn das in der Vergangenheit unterlassen

wurde, hat er sich zu Wort gemeldet oder sich schriftlich an den Autor bzw. Redner gewandt. Ich persönlich richte übrigens mein Augenmerk darauf, dass in deutschsprachigen Reden und Texten nicht von Swibodzin und Sulechow gesprochen wird, sondern von Schwiebus und Züllichau. Trotz aller unserer Bemühungen werden wir Vertriebene aus Ostbrandenburg immer noch stiefmütterlich behandelt. Ich möchte aus einer Rede zitieren, die der Vorsitzende der CDU Brandenburg, Ingo Senftleben, anlässlich des Tages der Heimat am 7. Oktober 2017 in der Stadt Brandenburg gehalten hat: „Der Paragraph 96 des Bundesvertriebengesetzes verpflichtet nicht nur den Bund, sondern auch die Länder zur Pflege und zum Erhalt des kulturellen Erbes der Vertriebenen. Leider ist hier im Bundesland Brandenburg nichts Vergleichbares erkennbar. Der Landesverband des Bundes der Vertriebenen erhält derzeit gerade einmal 16 000 Euro im Jahr.“



Der Schloss See bei Schwiebus. (Sommer 2017)

Die LM Ostbrandenburg/Neumark e. V., der ich vorstehe, erhält keinen Cent, weder vom Land Brandenburg noch aus sonstigen öffentlichen Quellen. Ganz im Gegenteil zu anderen Landsmannschaften, die zum Teil erhebliche Zuwendungen erhalten. Die LM Ostbrandenburg/Neumark lebt allein von den Beiträgen der noch bestehenden Heimatkreise und einer Reihe von Direktmitgliedern. Dabei ist der HK Züllichau-Schwiebus – dank Ihnen allen – seit Jahren der spendabelste Geldgeber. Durch sparsamste Haushaltsführung schaffen wir es sogar, der Stiftung Brandenburg in Fürstenwalde jährlich eine stattliche Summe zukommen zu lassen.

Meine Damen und Herren, wir dürfen unsere Geschichte nicht in Vergessenheit geraten lassen. In diesem Zusammenhang kommt dem Deutschlandhaus in Berlin eine große Bedeutung zu. Dieses Haus ist im Aufbau begriffen und wird hoffentlich bald der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das Deutschlandhaus beherbergt die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, insbesondere eine umfangreiche

Ausstellung und eine umfassende Dokumentation. Leider gibt es bei diesem Projekt einen herben Rückschlag. Ursprünglich sollten im 3. und 4. Stock des Gebäudes der Bund der Vertriebenen und andere Vertriebenenorganisationen einziehen. Nach neuem Stand sollen die Räumlichkeiten in diesen Etagen dem Entwicklungsministerium zur Verfügung gestellt werden. Das ist ein Skandal und widerspricht einem Dekret von Bundeskanzler Konrad Adenauer, in dem eindeutig festgelegt worden ist, dass das Deutschlandhaus den Vertriebenen überlassen wird. Dr. Fabritius, Präsident des BdV hat von der Mitgliederversammlung – in der die LM Ostbrandenburg/Neumark Sitz und Stimme hat – den Auftrag erhalten, seinen Einfluss geltend zu machen, damit die Fremdnutzung des Gebäudes verhindert wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Bernd von Sydow

(von der Redaktion gekürzt)

Heimatkreis Arnswalde

Busreise in den Heimatkreis

Jedes Jahr im August treffen sich die Teilnehmer unserer Reisegruppe im Hotel Kaiserhof in Fürstenwalde, um am nächsten Tag gemeinsam mit dem Bus in den Kreis Arnswalde zu fahren.



Die Drage bei Dragemühle in der Nähe von Neuwedell.



Ein rustikales Mittagessen im Bivak-Camp.

Nach Ankunft im Hotel Wodnik in Dolgen, einchecken und Mittagsimbiss ging es am ersten Nachmittag in die Dörfer Plagow – mit Besuch des Gedenksteins für die deutschen Einwohner – und nach Hitzdorf mit Besichtigung der Kirche. Den Abschluss machte ein gemeinsames Kaffeetrinken bei der Familie Stężalski in Buchenau bei Marienwalde. Am zweiten Tag fuhren wir durch den Drage-Nationalpark über Heidekavel und Dragemühle nach Neuwedell. Ein tolles Mittagessen erwartete uns in einem urigen Bivak-Camp, bevor wir uns auf den Stadtspaziergang machten. Den dritten Tag verbrachte die Gruppe in Arnswalde.

Natürlich hatten alle Teilnehmer auch in diesem Jahr die Möglichkeit, auf individuellen Touren ihre jeweiligen Heimatorte zu besuchen, wenn diese nicht auf der Busroute lagen.

Tägliche Temperaturen von mehr als 30 Grad Celsius lockten die meisten Teilnehmer noch vor dem Abendbuffet zum Schwimmen in den Liebsee, der direkt neben dem Hotel liegt. Gut gestärkt wurden die lauen Sommerabende auf der Hotelterrasse verbracht, wo der Gesprächsstoff auch gegen Mitternacht noch nicht ausging. **(SL)**



Die Gedenktafel für die Verstorbenen des 1. Weltkrieges hängt schon seit vielen Jahren in der Neuwedeller Kirche – jetzt wurde auch die Tafel für die Gefallenen von 1870/71 restauriert und aufgestellt.



Die Reisegruppe vor dem Hotel Wodnik in Dolgen/ Kreis Friedeberg.

Das kulturelle Erbe der Neumark

Interessante Tagesfahrt nach Meseritz und Lagow

Die erste Tagesfahrt des Haus Brandenburg - Freundeskreis im Jahr 2018 führte mit 47 Mitreisenden in die neumärkischen Städte Lagow und Meseritz.

Ziel der Tagesfahrt im Mai war es, die Reisetilnehmer mit dem kulturellen Erbe der heute zu Polen gehörenden früheren Neumark vertraut zu machen. Die Reise wurde wieder von Gerhard Weiduschat und Lothar Hoffrichter vom Haus Brandenburg - Freundeskreis e.V. organisiert. Der Historiker Gerhard Weiduschat (Vorsitzender der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg und Beisitzer der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin e.V.) stand in bewährter Weise als Reiseleiter zur Verfügung und machte die Reisegesellschaft mit Geschichte, Kultur und Leben in der Neumark vertraut. Er erlebte bei der Anreise ein Debüt: Wegen einer Autobahnsperrung ging es für ihn zum ersten Mal mit einem Bus über die Frankfurter Stadtbrücke nach Polen. Jörg Lüderitz, der in Lagow die Ortsführung übernommen hatte, konnte seinen Gästen die einstige Berliner Sommerfrische Lagow mit den wichtigsten Sehenswürdig-



Vortrag im Burgturm in Meseritz.



Die kleine Stadt Lagow liegt malerisch an einem See.



An der Gedenkstätte in Obrawalde wurde ein Blumengebinde niedergelegt.



Spaziergang zur Burg in Lagow.

keiten wie Viadukt, alte Schule, die Straße Unter den Linden, Burg und Wirtschaftshof, einschließlich Kirchenbesichtigung vorstellen. Zu den bleibenden Erinnerungen an Lagow wird bei vielen Reisenden der Spaziergang über die Promenade zum ehemaligen deutschen Friedhof mit dem abschließenden schönen Panoramablick auf den beschaulichen Ort zwischen Lagowsee und Tschetsch-See bleiben. Mit herzlichem Beifall verabschiedete sich die Reisegesellschaft von Jörg Lüderitz und fuhr weiter zum zweiten Tagesziel nach Meseritz. Hier wartete im Alten Landratsamt, heute ein gehobenes Hotel und Restaurant, ein leckeres Mittagessen. Danach begrüßte Museumsdirektor Andrzej Kirmiel die Gäste im Meseritzer Museum. Auf besonderes Interesse stießen dabei die umfangreiche Sammlung mit den Sargporträts polnischer und deutscher Adliger, die Ausstellung zur Stadtgeschichte sowie die Folterkammer auf der zum Museum gehörenden Burg. Die Einladung von Andrzej Kirmiel zum Kaffee im Museum nahmen die Reisenden gern an. Für die folgende Stadtrundfahrt durch Meseritz konnte der Freundeskreis Herrn Wojciech Derwich als Stadtführer verpflichten. Neben den innerstädtischen Sehenswürdigkeiten zeigte er der Reisegesellschaft auch die ehemalige Landesirrenanstalt Obrawalde (heute ein Krankenhaus). Hier fielen 10.000 Menschen der Euthanasie-



Die Reisegruppe im Meseritzer Museum.

Mordaktion „Aktion T 4“ zum Opfer. An der Gedenkstätte in Obrawalde legte der Haus Brandenburg - Freundeskreis ein Blumengebinde nieder und gedachte gemeinsam mit der Reisegesellschaft der Opfer.

**Text von Christoph Gärtner und Lothar Hoffrichter,
Fotos von Joachim Wolff.**

Ausstellung „Die Gerufenen“

Erfolgreiche Bilanz der Wanderausstellung

In einer Kooperation des Haus Brandenburg Freundeskreises e. V. und des BdV Kreisverbandes Oder-Spree e. V. weilte die Wanderausstellung „Die Gerufenen - Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“ vom 6. April bis 27. Juni 2018 erstmals im Land Brandenburg im Museum Fürstenwalde.

Dass die Ausstellung ein Erfolg wurde, ist dem Engagement von Lothar Hoffrichter (Haus Brandenburg-Freundeskreis) und Wolfgang Löchelt (BdV Kreisverband Oder-Spree) zu verdanken. Bereits im Vorfeld starteten sie das Vorhaben mit einem Pressegespräch sowie einem Rundfunkinterview und konnten eine wirksame Berichterstattung in den Medien verzeichnen. Mit einer viel beachteten Eröffnungsveranstaltung startete die von der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ konzipierte und realisierte Wanderausstellung. Während der 70 Ausstellungstage gab es sechs Begleitveranstaltungen mit sieben Besuchergruppen. Die dabei angebotenen Vorträge und Gespräche im Zusammenhang mit dem Ausstellungsbesuch wurden vom Fürstenwalder Rotary-Club, dem BdV-Heimatkreis Oststernberg, den Rüdersdorfer BdV-Mitgliedern, dem brandenburgischen Geschichtslehrerverband und zwei Schulklassen genutzt. Gerade auf junge Besucher hatten die örtlichen Initiatoren für die Wanderausstellung große Hoffnungen gesetzt und eine Vielzahl diesbezüglicher Einladungen ausgesprochen. Die Reaktion war bis auf zwei Schulen eher verhalten. Dabei bot das Ausstellungsthema gute Bezüge zu aktuellen Migrationsproblemen. Ebenfalls ohne Resonanz blieben mehr-

fache Einladungen an die Brandenburgischen Ministerien MWFK und MBS sowie an die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder).

Die begleitenden Veranstaltungen nutzten Lothar Hoffrichter und Wolfgang Löchelt zu Gesprächen, insbesondere mit den Schülerinnen und Schülern über deren Ausstellungseindrücke. Mit speziellen von Wolfgang Löchelt entwickelten Arbeitsbögen zu den Ausstellungsinhalten wurden die Jugendlichen zusätzlich mit den Themen des deutschen Lebens in Mittel- und Osteuropa vertraut gemacht. Besonders hervorzuheben ist die gemeinsame Abschlussveranstaltung mit Schülerinnen und Schülern des Katholischen Gymnasiums Berhardinum Fürstenwalde sowie weiteren interessierten Zuhörern. An der vom Kurator der Ausstellungen Dr. W. Rogasch geleiteten Veranstaltung nahm auch der Bürgermeister der Stadt Fürstenwalde Mathias Rudolph teil. Insgesamt verzeichnete die Wanderausstellung „Die Gerufenen“ in Fürstenwalde 869 Besucher. Zu danken ist den Leitungen der Kulturfabrik und des Museums für die Bereitstellung der Räumlichkeiten und die organisatorische Unterstützung der Veranstaltungen.

von Christoph Gärtner und Lothar Hoffrichter

Das Jahr 1918

November 1918 - ein schicksalsschwerer Monat (Teil3)

Am 11. November 1918 endeten die Kriegshandlungen des Ersten Weltkrieges mit dem Inkrafttreten des Waffenstillstandsabkommens von Compiègne zwischen dem Deutschen Reich und den Westmächten Frankreich und Großbritannien.

Kaiser Wilhelm II. verzichtete am 28. November 1918 in einer Erklärung auf seine Rechte als König von Preußen und Kaiser des Deutschen Reichs. In Deutschland entstand die Weimarer Republik. In Polen begann mit der Unabhängigkeit die Zeit der sogenannten Zweiten Polnischen Republik am 11. November 1918 auf dem Gebiet des Königreichs Polen. Die Wiedergründung und die Geschichte Polens in der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkrieges werden als Zweite Polnische Republik bezeichnet.

Unabhängigkeit des Staates Polens

Nach militärischem Raumgewinn im Osten proklamierten die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn im November 1916 die Gründung eines selbstständigen Königreiches Polen (Zweikaisermanifest) auf zuvor russischen Gebieten, das sogenannte Regentschaftskönigreich Polen. Durch die Kriegsergebnisse bedingt, hatte der Beschluss keinen längerfristigen Bestand. Im letzten Jahr des Ersten Weltkrieges forderten die Mittelmächte Anfang 1918 in Brest-Litowsk von Sowjetrußland eine Art von staatlicher Unabhängigkeit für Polen. Das 14-Punkte-Programm des amerikanischen Präsidenten Wilson sah ebenfalls einen unabhängigen polnischen Staat vor, der die von zweifellos polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umschließen sollte und den Polen einen freien Zugang zum Meer sichern sollte. Doch erst nach der militärischen Niederlage der Mittelmächte im Herbst 1918 und nachdem Rußland schon seit einem Jahr im Chaos des Bürgerkriegs versunken war, erlangten die Polen ihre volle Souveränität zurück. Am 7. Oktober 1918 proklamierte der Regentschaftsrat in Warschau schon einen unabhängigen polnischen Staat und übernahm fünf Tage später die Befehlsgewalt über die Armee. Das Ende des Ersten Weltkrieges, der 11.11.1918, wurde von Polen dann offiziell zum Tag Unabhängigkeit ernannt. Nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags wurde Polen 1919 eine international anerkannte und unabhängige Republik. Ab 1921 entwickelten sich gute Beziehungen zu Großbritannien und Frankreich, die an Polen vor allem als Gegengewicht zum bolschewistischen Rußland interessiert waren. Nachdem sich die Hoffnungen Polens, die Hafenstadt Danzig ganz unter Kontrolle zu bringen, nicht erfüllten und diese zur Freien Stadt Danzig mit ganz überwiegend deutscher Bevölkerung erklärt worden war, begann der polnische Staat mit dem Bau eines neuen Hafens im benachbarten Gdingen. Aus dem Fischerdorf mit 1.000 Einwohnern wurde in wenigen Jahren ein Handels- und Militärhafen mit über 100.000 Einwohnern, über den vor allem der Export von polnischen Landwirtschaftsprodukten und von Kohle aus Oberschlesien erfolgte. Die Konkurrenz zum Danziger Hafen und die Errich-

tung eines polnischen Munitionslagers auf der Westerplatte gegen den Willen der Danziger Regierung führten zu Spannungen. Der Zugang vom übrigen Deutschen Reich zum seit 1919 geografisch isolierten Ostpreußen war nur mit verplombten Korridorzügen von Konitz bis Dirschau durch das polnische Gebiet auf der Ostbahn oder per Schiff durch den Seedienst Ostpreußen möglich. Im Juni 1925 begann zwischen Polen und Deutschland ein Handelskrieg. Der Verlust des polnischen Korridors wurde in Deutschland zu Zeiten der Weimarer Republik generell als äußerst ungerecht und als Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht empfunden, weil der Bildung des Korridors keine Volksabstimmung vorgegangen war. Die Revision der Grenzziehung, die Ostpreußen vom Reich abtrennte, war ein vorrangiges Ziel jeder Regierung der Weimarer Republik. Erst nach Machtübernahme der Nationalsozialisten entspannte sich die Situation scheinbar mit dem Abschluss des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes von 1934. Insgeheim wurde jedoch die Möglichkeit, den Korridor durch Krieg zurückzugewinnen, durch die nationalsozialistische Reichsregierung weiter verfolgt. Am 24. Oktober 1938 forderte Außenminister Joachim von Ribbentrop dann offiziell in Adolf Hitlers Auftrag die Rückgabe Danzigs an das Deutsche Reich und die Erlaubnis zum Bau einer exterritorialen Autobahn, die Ostpreußen und das Reichsgebiet verbinden sollte. Im Gegenzug würden Polens wirtschaftliche Interessen in Danzig berücksichtigt und die Staatsgrenzen gegenseitig garantiert werden. Polen lehnte dieses Ansinnen ab, weil es nicht nur eine Rückgabe Danzigs für unannehmbar hielt, sondern vor allem, weil es befürchtete, in Abhängigkeit zu Deutschland zu geraten. Deutschland hingegen ging nicht auf die polnischen Gegenvorschläge ein. Der Streit um den Korridor bildete die Kulisse für den vorge-täuschten Überfall auf den Sender Gleiwitz am 31. August 1939. Der deutsche Angriff auf die Westerplatte bei Danzig am folgenden Tag mit den sich anschließenden Kriegserklärungen Großbritanniens und Frankreichs an Deutschland waren der Beginn des Zweiten Weltkrieges. Nach der Zerschlagung Polens bildete das Deutsche Reich im Herbst 1939 aus den Gebieten des Korridors und der Freien Stadt Danzig den Reichsgau Danzig-Westpreußen.

Polnischer Korridor

Der Polnische Korridor (auch Danziger Korridor oder Weichselkorridor, polnisch Korytarz polski) war ein vormals preußischer Landstreifen zwischen Pommern im Westen sowie dem Unterlauf der Weichsel im Osten. Deutschland musste ihn nach dem Ersten Weltkrieg an Polen abtreten. Er trennte von 1920 bis September 1939 Ostpreußen vom übrigen Deutschland ab. Zwischen dem Polen zuerkannten Ostsee-

küstenabschnitt und der deutsch-russischen Grenze von 1914 lag auch der größte Teil der bisherigen Provinz Westpreußen. Die beim Deutschen Reich verbliebenen westlichen Streifen Posens und Westpreußens wurden zur Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen vereinigt.

Mit dem Vorhaben des eigenen Zugangs zur Ostsee sollte das nach 123 Jahren der Fremdherrschaft neu entstandene Polen ökonomisch unabhängiger gemacht werden, als es als reiner Binnenstaat hätte sein können. Der Gegenvorschlag der deutschen Delegation in Versailles, Polen stattdessen in Gdingen und an weiteren Orten Freihäfen einzuräumen, wurde abgelehnt. Die Verwirklichung des durch deutsches Staatsgebiet führenden Korridors kollidierte aber teilweise mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Wilson seinen 14 Punkten zugrunde gelegt hatte. Am 11. Juli 1920 wurden die zum Korridor gehörenden Gebiete an die Zweite Polnische Republik abgetreten und bildeten die Woiwodschaft Pommerellen. Hierzu gehörten neben den größeren Städten Graudenz und Thorn insgesamt vierzehn Landkreise. Zum Abtretungsgebiet zählte auch die Ostseeküste vom Flüsschen Piasnitz an über die Halbinsel Hela bis Zoppot (letzteres gehörte bereits zur Freien Stadt Danzig).

Durchquerung des Korridors

Bereits ab 1919 verkehrten mit der faktischen Inbesitznahme des Korridors durch Polen Korridorzüge zwischen dem Reich und Ostpreußen bzw. Ostpommern. Diese Züge fuhrten auf polnischem Gebiet mit polnischen Lokomotiven und polnischem Personal. Der Versailler Vertrag sicherte in Artikel 89 dem Deutschen Reich die ungehinderte Durchfahrt nach Ostpreußen zu. Die wichtigste Route des privilegierten

Durchgangsverkehrs verlief auf der Strecke der alten Preußischen Ostbahn über Schneidemühl und Dirschau. Für die Durchfahrt musste die Deutsche Reichsbahn an die Polnische Staatsbahn (PKP) eine vertraglich festgelegte Vergütung zahlen. Der Straßenverkehr durch den Korridor verlief über fünf festgelegte Transitstraßen, für deren Benutzung der polnische Staat Gebühren verlangte. Als Alternative zum Korridorverkehr finanzierte das Deutsche Reich ab 1922 den zwischen Swinemünde und Pillau bzw. Zoppot als regelmäßige Schiffsverbindung eingerichteten Seedienst Ostpreußen.

Bevölkerungsentwicklung

1910 lebten im Gebiet des späteren polnischen Korridors knapp 990.000 Menschen. Nach der Abtrennung von Deutschland 1920 nahm der Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung deutlich ab. 1939 betrug er nur noch zehn Prozent. Tausende Deutsche verließen das Gebiet schon im letzten halben Jahr vor der Abtretung an Polen. Gründe waren emotionale Faktoren, wie die Abneigung, sich in einen polnischen Staat einzufügen, die spürbar hass-erfüllte Atmosphäre sowie die von vielen mit einer gewissen Berechtigung erwarteten antideutschen Verwaltungs- und Neuordnungsmaßnahmen des polnischen Staates und seiner Behörden. Weitere zehntausende Deutsche verließen das Gebiet nach dem Anschluss an Polen aufgrund repressiver Maßnahmen des polnischen Staates. Viele Deutsche wurden auch ausgewiesen, insbesondere alle Deutschen, die ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit behalten wollten. Sie wurden 1925 als illegale Ausländer des Landes verwiesen. Dabei kam es auch zu Enteignungen und Zwangsräumungen. (SL)



Heimatkreis Arnswalde

Der „Pomnik“ in Arnswalde ist verschwunden

Radio Stettin berichtete am 15.03.2018 über den Abriss der sowjetischen Dankessäule in Arnswalde/Choszczno. Hier die Übersetzung des Textes:

Das Denkmal wurde im Rahmen des Dekommunisierungsgesetzes abgebaut. Bis Ende März dieses Jahres hatten die lokalen Regierungen in Polen Zeit, die Denkmäler zum Gedenken an das totalitäre Regime zu entfernen. Sie mussten dafür auch die Zustimmungen des Instituts für Nationales Gedenken und des Woiwoden einholen. Das sowjetische Denkmal in Arnswalde/Choszczno stand mehrere Jahrzehnte in der Wolności Straße neben der Marienkirche. Am 15.03.2018 begannen die Arbeiten zur Demontage der Dankessäule der Roten Armee. Das Monument wurde vor 68 Jahren zu Ehren des Kampfes der sowjetischen Soldaten der 2. Panzerarmee Wache und der Belorussischen Front aufgestellt. Inzwischen ist alles weg.

◀ *Der Pomnik stand fast 70 Jahre neben der Marienkirche in Arnswalde/Choszczno.*

Haus Brandenburg

Bitte beachten:

- Vom **01.10. – 11.10.2018** und vom **29.10 – 01.11.2018** bleibt die Bibliothek des Hauses geschlossen.
- Vom **17.12.2018 – 04.01.2019** bleibt das Haus Brandenburg geschlossen.

Landsmannschaft Berlin - Mark Brandenburg

Landesverband Hamburg

<u>18.10.2018</u>	10.00 Uhr, Märkisches Herbstfest
<u>15.11.2018</u>	11.30 Uhr, Gesprächsrunde
<u>17.11.2018</u>	10.00 Uhr, Christkindmarkt
<u>26.11.2018</u>	11.00 Uhr, Stunde der Begegnung
<u>20.12.2018</u>	11.30 Uhr, Gesprächsrunde mit Adventsfeier

Treffen im Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg.
Ansprechpartner: Johanna Kalläwe, Tel. 040/ 769 807 81

Landesverband Berlin

<u>12.10.2018</u>	14.00 Uhr, Herbstfest
<u>13.10.2018</u>	14.00 Uhr, HK Soldin, Treffen
<u>10.11.2018</u>	14.00 Uhr, HK Soldin, Erntedank
<u>01.12.2018</u>	14.00 Uhr, HK Meseritz, Adventsfeier
<u>07.12.2018</u>	14.00 Uhr, Adventsfeier
<u>15.12.2018</u>	13.00 Uhr, HK Züllichau/Schwiebus & Crossen, Adventsfeier

Treffen im Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin, Ansprechpartner: Herr Hempel, Tel.030/ 254 73 45

Heimatkreis Schwerin (Warthe)

<u>01.12.2018</u>	14.00 Uhr, Regionaltreffen in Berlin-Neukölln, Hotel Mercure
-------------------	--

Bitte beachten:

Wir haben eine neue Bankverbindung, bitte benutzen Sie ab sofort nur noch diese Bankverbindung:

Sparkasse Oder-Spree
IBAN: DE54 1705 5050 1101 6329 80
BIC: WELADED1LOS

Wichtiger Hinweis zum Datenschutz:

Nach längerer Übergangszeit trat am 25. Mai die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft. Auch wir müssen sie beachten und Sie informieren.

Alle Personen, deren Daten wir im Brandenburgkurier veröffentlichen, haben bei ihrer Registrierung zugestimmt und stimmen auch bei Neuaufnahme zu, dass ihre Daten im Rahmen unserer Vereinsarbeit veröffentlicht werden dürfen. Sollte jemand dies mit seinen persönlichen Daten nicht mehr wünschen, so bitten wir um umgehende schriftliche Mitteilung.

Eine anderweitige Weitergabe von personenbezogenen Daten ist ausgeschlossen!

Adressendaten zum Versand vom Brandenburgkurier werden gemäß einer schriftlichen Vereinbarung elektronisch an unsere Druckerei gegeben und nach ihrer Verwendung nach einer angemessenen Zeit gelöscht.

Impressum:

Herausgeber:

Landsmannschaft Ostbrandenburg / Neumark e.V.
Parkallee 14, 15517 Fürstenwalde/Spree
Tel. 03361/ 310952
www.stiftung-brandenburg.de/landsmannschaft.html

Redaktion:

Sigrid Busse (SB), Tel. 034204/ 894118
E-Mail: sigrid.busse59@gmail.com
Silke Lüders (SL), Tel. 0171 7970 758
E-Mail: silke.lueders@t-online.de

Erscheinungsweise: Viermal im Jahr

Wir bitten um eine Spende von 3,- Euro pro Heft bzw. 12,- Euro jährlich.

Bankverbindung: Sparkasse Oder-Spree
IBAN DE54 1705 5050 1101 6329 80
BIC WELADED1LOS

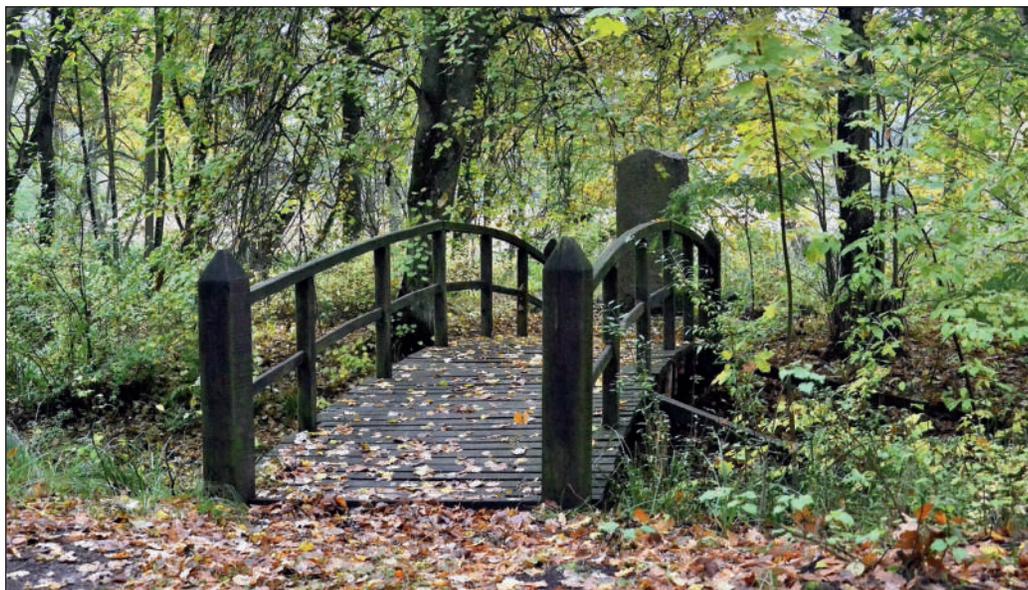
Layout und Druck:

becker druck, F. W. Becker GmbH, 59821 Arnsberg,
www.becker-druck.de



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

wir schreiben das Jahr 2018. Vor 100 Jahren war der I. Weltkrieg zu Ende. Ein Gemetzel, wie es die Menschheit in diesem Ausmaß selten zuvor erlebt hat. Noch heute – 100 Jahre danach – werden die Toten beweint, werden traurig Fotografien angeschaut, werden Blumen niedergelegt und offizielle Reden gehalten. Wie wir alle wissen, war das, was schon bald danach kam, nicht minder grausam. Viele Familien haben in beiden Weltkriegen Angehörige verloren und dieser Verlust, gepaart mit dem Verlust der Heimat und der Wurzeln, sind Wunden, die niemals heilen. Wir leben jetzt 73 Jahre in Frieden, für die Nachkriegsgeborenen eine Selbstverständlichkeit. Für die, die das Leid erfahren mussten, ein großes Glück, das wird in Gesprächen immer wieder betont. Traurig macht es viele Mitmenschen, dass es leider noch nicht überall auf der Welt friedlich zugeht. Dass deutsche Soldaten tagtäglich in Friedens-Missionen ihr Leben aufs Spiel setzen. Dass im Namen von Religionen Verbrechen, Mord und Terror verübt werden. Viele unserer Heimatfreunde berichten, dass sie ihr Leben gemeistert haben, dass sie ein neues Zuhause gefunden haben. Seit viele von ihnen im Ruhestand sind, wandern die Gedanken und Gefühle wieder häufiger in die Heimat jenseits der Oder und eine große Traurigkeit macht sich breit. Auch und gerade, wenn man aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr dorthin reisen kann.



Das alte deutsche Kriegerdenkmal für die Gefallenen des 1. Weltkrieges am Ortseingang von Steinbusch/Kreis Arnswalde.

Wir versprechen Ihnen, dass wir das Andenken bewahren und an die nachfolgenden Generationen weitergeben werden. Jedes Jahr am Volkstrauertag sind wir aufgerufen, uns zu erinnern und die Toten zu ehren, damit den nachfolgenden Generationen solch ein Schicksal erspart bleibt. Als Vorstand vom Heimatkreis Arnswalde haben wir in der Heimat unserer Familien an Gedenksteinen und auf alten Friedhöfen 15 Gestecke niedergelegt.

Liebe Leserinnen und Leser, genießen Sie die Weihnachtsfeiertage im Kreise Ihrer Familien oder Freunde. Wir wünschen allen Menschen vor allem friedliche Weihnachten.

Freundlichst
die Redaktion des „**Brandenburgkurier**“

Inhalt.....	Seite	Heimatreise	
Aus der Stiftung		Reise nach Ostbrandenburg	6
Stellungnahme vom Kurator	2	Freundeskreis	
Aktuelles		Tagesfahrt nach Königsberg/Nm	8
Festakt des BMI	2	Geschichte	
In Memoriam	4	Das Jahr 1918 (Teil 4)	10
Haus Brandenburg		Termine	11
Vortrag Dr. Kessler	5		

Wie geht es weiter, Herr Kurator?

Gespanntes Warten auf Entscheidungen über die Zukunft der Stiftung

Am 6. November wurde der Kurator, Herr Karl-Christoph von Stünzner-Karbe, im HBB um eine Stellungnahme zur aktuellen Situation der Stiftung und um einen Ausblick für 2019 gebeten.

Der Alltag ist kein Abenteuerspielplatz. Leider! Der Alltag verlangt, auf dem Weg zu bleiben, das angestrebte Ziel zu verfolgen, ungeliebte Aufgaben liebevoll zu erledigen und fröhlich zusammenzuarbeiten. Das tun wir.

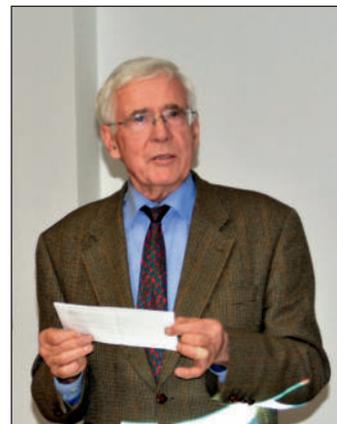
Dem Ziel, der Stiftung einen dauerhaften, wirtschaftlich sicheren und dem Stiftungszweck entsprechenden Wirkungsrahmen zu schaffen, bleiben wir verpflichtet. Die gleiche Haltung finden wir beim Stiftungsrat, der Stadt Frankfurt(Oder) und glücklicherweise beim MWFK.

Unsere Mühlen mahlen aber langsam. Eine Mühle digitalisiert und archiviert in mühevoller und zuverlässiger Kleinarbeit. Eine andere Mühle wirkt freundlich und aufopferungsvoll im Geschäftsbetrieb; die dritte Mühle heißt Schellhaas und beeindruckt durch ihre Leistungsfähigkeit und beispielgebende Unverwüstlichkeit. Die vierte Mühle rackert schon das ganze Jahr in Frankfurt (Oder) an der Konzeption für die

Stiftung, die vom MWFK gefördert als Grundlage und Fahrkarte für weitere Schritte in die Zukunft bis zum Jahresende entstehen soll.

Wir wollen nicht durch viele Worte unter Umständen falsche Hoffnungen wecken und bitten unsere Freunde um Geduld. Wir bedanken uns aber sehr, sehr herzlich für die Unterstützung und das vielfältige Interesse an unserer Arbeit.

Karl-Christoph von Stünzner-Karbe



Karl-Christoph von Stünzner-Karbe – Kurator der Stiftung Brandenburg.

Festakt zum 30-jährigen Bestehen

Amt des Beauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Anlässlich dieses Jubiläums hatte das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat zu einem Festakt mit anschließendem Empfang am 7. November 2018 in die Französische Friedrichstadtkirche in Berlin eingeladen.

Im Jahr 1988 wurde das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen eingerichtet und am Bundesministerium des Innern angesiedelt. 2002 wurde es durch die Beauftragung für die nationalen Minderheiten ergänzt. Der Beauftragte nimmt im Wesentlichen folgende Aufgaben wahr:

Er ist auf Bundesebene der zentraler Ansprechpartner für die Spätaussiedler und verantwortlich für die Koordinierung der Aussiedlerpolitik der Bundesregierung, der Integrationsmaßnahmen mit Bund, Ländern und Gemeinden sowie der im Eingliederungsbereich tätigen Kirchen, Wohlfahrtsverbände und gesellschaftlichen Gruppen. Zusätzlich betreut er die in den Herkunftsgebieten der Aussiedler verbliebenen Deutschen. Er ist verantwortlich für die Informationsarbeit im Inland und bei den deutschen Minderheiten im Ausland. Auch im Zuständigkeitsbereich für die nationalen Minderheiten ist der Beauftragte zentraler Ansprechpartner auf der Bundesebene. Seit dem 11. April 2018 führt **Prof. Dr. Bernd Fabritius** dieses Amt aus, den wir alle auch als Präsidenten des Bundes der Vertriebenen kennen. Er ist der siebte Amtsinhaber seit 1988.

Nach der Eröffnung durch den Film „Abschied – Ankunft – Hoffnung“ über das Grenzdurchgangslager Friedland in Nie-

dersachsen, begrüßte der Parlamentarische Staatssekretär beim BMI, **Prof. Dr. Günter Krings**, stellvertretend für den Innenminister die Gäste. Er war selbst kurze Zeit Amtsinhaber, von November 2017 als Nachfolger vom ausgeschiedenen **Hartmut Koschyk** bis zur Neubildung der Regierung in diesem Frühjahr. Er würdigte das Wirken seiner Vorgänger und beschrieb deren Erfolge um die Bemühungen der rund 2,4 Millionen Spätaussiedler, die in diesen Jahren in die Bundesrepublik gekommen sind. Er ging ebenfalls auf die vier autochtonen Minderheiten ein, die in Deutschland als solche anerkannt sind und ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich dieses Amtes gehören. Ausdrücklich würdigte er die andauernde Notwendigkeit des Amtes.

Nationale Minderheiten sind in Deutschland Gruppen deutscher Staatsangehöriger, die im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland traditionell, d.h. seit Jahrhunderten heimisch sind. In der Regel leben sie in ihren angestammten Siedlungsgebieten. Sie unterscheiden sich von der Mehrheitsbevölkerung durch eigene Sprache, Kultur und Geschichte, also eigene Identität und sind bestrebt, ihre Identität zu bewahren. In Deutschland sind dies die Dänen, die friesische Volksgruppe, die (deutschen) Sinti und Roma sowie das sorbische Volk. Nationale Minderheiten stehen unter

dem besonderen Schutz des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten vom 1. Februar 1995. Schutz und Förderung der nationalen Minderheiten umfassen auch die Minderheitensprachen Dänisch, Nord- und Saterfriesisch, Ober- und Niedersorbisch sowie das Romanes der deutschen Sinti und Roma. Geschützt wird in Deutschland zudem die Regionalsprache Niederdeutsch (Plattdeutsch). Grundlage hierfür ist die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarats vom 5. November 1992.

Es folgten weitere Ansprachen von **Dr. Christoph Bergner**, Parlamentarischer Staatssekretär a. D. und ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, von **Karl-Peter Schramm**, dem Vorsitzenden des Minderheitenrates, und von **Prof. Dr. Bernd Fabritius**, dem derzeitigen

Amtsinhaber. Unter anderem ging er darauf ein, dass die Ignoranz gegenüber dem Sonderschicksal der Deutschen aus dem Osten bedauerlicherweise zu den großen Verdrängungsleistungen der deutschen Nachkriegsgesellschaft gehöre: „Dieser Verdrängung und Ignoranz entgegenzuwirken, ist eine der wichtigen Aufgaben des Beauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.“

Alle noch lebenden Amtsvorgänger waren zu dem Festakt erschienen, darüber hinaus Vertreter von Heimatvertriebenen und -verbliebenen, Landsmannschaften und Spätaussiedlerverbänden. Außerdem waren zahlreiche Vertreter der anerkannten nationalen deutschen Minderheiten zum Festakt gekommen.



Die Französische Friedrichstadtkirche auf dem Gendarmenmarkt in Berlin – zwischen dem Französischen Dom und dem Konzerthaus.

Weitere Grußworte überbrachten **Bernard Gaida**, der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten, und **Johann Thießen**, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.. Das musikalische Begleitprogramm übernahmen das Sorbische National-Ensemble und Scarlett Rani-Adler. Nach der Nationalhymne, die leider von etlichen jungen Gästen schweigend angehört wurde, ließ man den Abend mit einem Empfang ausklingen.

Beenden möchte ich diesen Beitrag mit den Worten von Prof. Dr. Fabritius, der Johann Gottfried von Herder zitierte: „Heimat ist da, wo man sich nicht erklären muss“. (SL)



Prof. Dr. Bernd Fabritius, derzeitiger Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.



Karl-Peter Schramm, der Vorsitzende des Minderheitenrates, bei seiner Ansprache.

In memoriam

Mahnmale und Gedenkstätten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Schon kurz nach den Erlebnissen von Flucht, Vertreibung und Deportation begannen die Überlebenden in Westdeutschland mit der Errichtung von Gedenkstätten für Angehörige, Freunde und Nachbarn, die gewaltsam oder durch Erschöpfung, Hunger und Krankheit auf den Trecks oder in den Zwangsarbeiterlagern zu Tode gekommen waren. Gedenkstätten existieren nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Herkunftsländern der Vertriebenen.

Die Toten der Heimat, deren Gräber unbekannt blieben oder deren Gräber sie nicht mehr pflegen konnten, in bleibender Erinnerung zu bewahren, war ihr Antrieb. Dies bezeugen die meisten Inschriften. Aber auch die Erinnerung an die unvergessene Heimat und der Dank an die aufnehmende Gemeinde finden sich auf den Inschriften. Die älteste vom BdV dokumentierte Gedenkstätte wurde im Jahr 1947 in Immenhausen (Hessen) errichtet. Die jüngste trägt ein Datum vom Oktober 2005. Seit Beginn der 1950er Jahre wurden im Westen Deutschlands viele hundert Gedenkstätten errichtet. Zum Teil schlichte Kreuze oder Gedenksteine, zum Teil Artefakte von höchstem künstlerischem Wert. Nach dem Zusammenbruch der DDR wurden auch in Brandenburg,



Seit 1995 steht der Gedenkstein für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung in Anklam/ Mecklenburg-Vorpommern.



Marian Jasiak aus Friedenau/Konotop im Kreis Arnswalde hat alte deutsche Grabmale vom verwüsteten Friedhof gerettet und zusammen mit einem zweisprachigen Gedenkstein in seinem Garten aufgestellt.

Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen/Schlesische Lausitz und Thüringen mehr und mehr Gedenkstätten eingeweiht. Erfreulicher Weise gibt es inzwischen auch in den ehemaligen deutschen Gebiete zahlreiche Gedenkstätten. Alte Friedhöfe werden



Die Neue Wache in Berlin wird seit 1993 als Zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft genutzt.

teilweise wieder hergerichtet oder es wird in privaten Initiativen versucht, zumindest noch die Reste der alten deutschen Grabsteine zu retten. Wir haben das im Heimatkreis Arnswalde in den letzten Jahren mehrfach erlebt und sind sehr dankbar dafür.

Deutschland hat eine vielgestaltige und beeindruckende Gedenkstättenlandschaft für diesen Teil deutscher Geschichte aufzuweisen. Dies zu dokumentieren ist das Ziel des BdV. Die Dokumentation umfasst zurzeit über 1.400 Mahnmale und Gedenkstätten. Manche Erinnerungsstätte ist in Vergessenheit geraten. Neue Erinnerungsstätten kommen hinzu. Der BdV ist daher für jeden Hinweis auf noch nicht erfasste Mahnmale sehr dankbar, im Wissen darum, dass die Dokumentation nie vollständig sein kann.



Skulptur „Mutter mit totem Sohn“ von Käthe Kollwitz im Innenraum der Neuen Wache.

Wenn Sie Näheres erfahren möchten, ob und wo sich in Ihrer Nähe eine Gedenkstätte befindet oder Sie einen Hinweis auf eine Gedenkstätte geben möchten, wenden Sie sich bitte an den BdV unter Tel. 0228 81007-28 oder an Marion Wolter per E-Mail: marion.wolter@bdvbund.de.

Quelle: www.bdv.de, bearbeitet von SL.

Geschichte am Ostrand Brandenburgs

Im Fokus die Kreise Meseritz und Schwerin (Warthe)

Am 6. November 2018 hielt der Historiker Dr. Wolfgang Kessler im HBB einen umfangreichen Vortrag zum Thema „Geschichte und Erinnerung am Ostrand Brandenburgs am Beispiel der Kreise Meseritz, Schwerin (Warthe) und Birnbaum (Warthe)“. Da eine Kürzung des gut einstündigen Vortrags sicherlich zu Verständnisproblemen führen würde, werden wir versuchen, mit Zitaten einiger Passagen einen inhaltlichen Abriss wiederzugeben. Der gesamte Vortrag soll demnächst auf der Homepage des HBB zu lesen sein.

1. Der Raum: Die Kreise Meseritz und Schwerin (Warthe) als Teil „Ostbrandenburgs“

Brandenburg als überkommunale politische Organisationseinheit bedeutet zweierlei: zum einen das **Land Brandenburg**, wie es nach der Auflösung der 1947 geschaffenen Länder in der DDR im Jahre 1991 wiedererrichtet worden ist (mit der Oder als Ostgrenze), und zum anderen die **Provinz Brandenburg (1939: Mark Brandenburg)**, wie sie mit den anderen Provinzen 1816 innerhalb Preußens eingerichtet worden ist.

Das Land Brandenburg umfasst die Gebiete westlich der 1945 von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs de facto geschaffenen Grenze, wie sie 1950 im Görlitzer Vertrag von der DDR und 1990 von der Bundesrepublik Deutschland rechtlich anerkannt worden ist.

Der seit 1945 polnische historische Raum der Provinz Brandenburg östlich der Oder wird heute von deutscher Seite allgemein als **Ostbrandenburg** bezeichnet. Als geographische Bezeichnung ist Ostbrandenburg aber nicht eindeutig, weil gleichzeitig die Grenzkreise des Landes Brandenburg zu Polen als „Ostbrandenburg“ klassifiziert werden.

Dieses durch die Grenzziehung 1945 entstandene „Ostbrandenburg“ vereinigte Teilgebiete von drei historischen Landschaften:

- der **Neumark** (ohne die westlich der Oder liegenden Gebietsteile, im Wesentlichen also der Lebusener Kreis und Teile des Kreises Königsberg Nm, dazu die Herrschaft Cottbus und die 1816 bzw. 1938 der Provinz Pommern unterstellten Kreise Schivelbein und Dramburg sowie Arnswalde Nm. und Friedeberg Nm.);
- die östlich der Neisse liegenden Teile der im Wiener Kongress 1815 an Preußen gefallenen böhmischen und später sächsischen Niederlausitz sowie,
- den bis 1793 zu Polen gehörenden, dann südpreussischen und zuletzt bis 1920 posenschen Kreisen Meseritz und Schwerin (Warthe), die nach der Auflösung der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen 1938 zum Regierungsbezirk Frankfurt (Oder) der Provinz Brandenburg kamen.

2. Die deutsche Landesgeschichte

Wie geht man in Deutschland und in Polen mit der Geschichte dieses Raumes „Ostbrandenburg“ um.

3. Der Untersuchungsraum: Der Altkreis Meseritz

4. Die Erschließungsprojekte

Sozusagen als Vermächtnis des Heimatkreises für die zukünftige Befassung mit der Region hat der Heimatkreis Meseritz Dr. Kessler mit der Erfassung und systemati-

schen Erschließung der gesamten deutschen und polnischen Literatur zu der Region bis 1945 beauftragt. Dazu gehört auch die Inhaltserschließung des „Heimatgrußes“, des jetzt 70 Jahre erscheinenden Heimatblattes. Der Heimatgruß Meseritz unterscheidet sich von den Heimatblättern anderer Heimatkreise dadurch, dass es in jedem Heft die Rubrik „Unsere alte Heimat heute“ gibt, in der über aktuelle Ereignisse aus der polnischen Regionalpresse berichtet wird.

5. Deutsche Erinnerung – Polnische Forschung

Abseits vom Faktischen beschreibt Dr. Kessler die Situation, auch erweitert auf den historisch neumärkischen Raum, folgendermaßen: Auf deutscher Seite dominiert die Erinnerung, die sich mit dem Fortschreiten der Generationen immer stärker auf Lokal- und Familienbezüge einengt. Die Leser in den Heimatblättern wollen vor allem die Bestätigung ihrer Erinnerung, die wesentlich in der Heimatgruppe ausgebildet worden ist. Die Erinnerungen der 1945 als „Autochthone“ im Land gebliebenen interessieren bestenfalls am Rande, die der Neusiedler überhaupt nicht. Für Geschichte im eigentlichen Sinne fehlt es an Interesse. Gedenkstätten und Gedenksteine sind der öffentliche Ausdruck des Gruppenwunsches, nicht vergessen zu werden. Mit der Erlebnissgeneration schwindet das Interesse am als „alte Heimat“ verstandenen Raum. Für einen Übergang vom Heimatverein zum lokal interessierten Geschichtsverein fehlen Interessierte.



Dr. Wolfgang Kessler beim Vortrag im HBB.

Von A bis Z: von Arnswalde bis Züllichau

Auf den Spuren der Landsmannschaft in Ostbrandenburg

Die Freude am Fotografieren und das Interesse am historischen Gebiet unserer Landsmannschaft haben mich im Oktober für mehrere Tage nach Ostbrandenburg geführt. Eine wunderschöne Natur mit den ersten Herbstfärbungen und reizvolle Städte, bei Temperaturen über 20 Grad Celsius und mit einem überwiegend strahlend blauen Himmel, haben beeindruckenden Spuren hinterlassen.



Der Rathausurm in Züllichau.



Der Kirchturm in Soldin – eng umstanden von den Häusern am Marktplatz.

Mit dem Bild von Arnswalde vor Augen, das ich seit 1978 kenne und in den letzten Jahren wohl rund fünfzig Mal besucht habe, bin ich losgefahren. Mit dem Wissen von heute und ohne die Illusionen von 1978. Damals war ich bitter enttäuscht. Ich „kannte“ das schöne Städtchen Arnswalde ja von den Bildern, die bei meiner Oma im Wohnzimmer hingen. Und dann fuhren wir durch eine Stadt mit kaputten Straßen, mit Plattenbauten aus grauem Beton und mit wenigen alten Häusern, denen nicht nur die Farbe fehlte, sondern wo der Putz von den Wänden bröckelte und die Fenster schief in den Rahmen hingen. Das war nicht Omas Arnswalde, von dem sie immer erzählt hatte und das ich mir schon als Kind so oft auf den Fotos und Ansichtskarten angesehen hatte. Ich war so entsetzt, dass ich eigentlich nicht wieder in diese Stadt wollte.

Es hat dann ja auch sehr lange gedauert, bis ich das nächste Mal in Arnswalde gewesen bin.

Lange Rede, kurzer Sinn: ich bin ohne große Erwartungen losgefahren und wurde immer wieder positiv über-

rascht. In den Städten, die ich besucht habe, sind die historischen Bauwerke fast alle aufwendig renoviert und in einem sehr guten Zustand. Großzügig und liebevoll gestaltete Marktplätze, teilweise prunkvolle Rathäuser, Stadttore und -mauern – und natürlich gut erhaltene Kirchen. Sie sind zumindest von außen alle tadellos in Ordnung oder sie sind gerade wieder eingerüstet, um weitere Arbeiten durchzuführen. Die meisten waren leider verschlossen, nur in Schwiebus hatte ich Glück und konnte durch eine offen stehende Sei-

tentür auch die Innenausstattung besichtigen. Überhaupt waren die Kirchen meine „Problemkinder“ beim Fotografieren. Die engstehende Bebauung oder riesengroße Bäume versperrten meist die Sicht auf die Kirchen. Trotz Weitwinkelobjektiv hatte ich selten genügend Abstand, um wirklich gute Fotos zu machen. Immer wieder stand ich vor der Frage: mit Kirchentür oder mit Turm? Und wenn dann endlich mal reichlich Platz war, dann störte ein Baugerüst die Optik. Aber die Jesus-Statue in Schwiebus, die war von allen Seiten und schon auf weite Entfernung zu sehen. Dabei machten sich gemischte Gefühle in mir breit. In Rio de Janeiro habe ich den Cristo Redentor auf dem Corcovado gesehen und in Lissabon die Cristo Rei Statue am Südufer des Tejo besucht. Beide sind ebenfalls sehr imposant und nicht viel kleiner als der Jesus von Schwiebus. Aber sie liegen auf hohen Bergen, weit über den jeweiligen Städten und man hat einen großen Abstand, wenn man zu ihnen empor blickt. Man nähert sich langsam – Schritt für Schritt werden sie größer. In Schwiebus bin ich aus dem Auto ausgestiegen und fühlte mich fast erdrückt von diesem riesigen Bauwerk

über mir. Für meinen Geschmack passt die Statue hier nicht wirklich in die Landschaft.

(Dies ist ausdrücklich ästhetisch gemeint – und hat keineswegs einen religiösen Bezug.)

Unterwegs ist mir immer wieder aufgefallen, dass die Ortskerne der Städte fast überall noch viel vom deutschen Ursprung besitzen. Die Zerstörungen müssen weitaus geringer gewesen sein als damals in Arnswalde, das ja zu gut 80 Prozent den Kämpfen im Februar 1945 zum Opfer gefallen ist.

Polen putzt sich raus

Die meist zentral gelegenen Rathäuser sind von großen Plätzen umgeben, üppiger Blumenschmuck in Rabatten und Kübeln, oftmals gibt es Wasserspiele oder Brunnen. Alles ist tipptopp gepflegt, wohl auch in Vorbereitung auf die zahlreichen Feierlichkeiten zum 100-jährigen Unabhängigkeitstag am 11. November. Fast überall gibt es Infotafeln mit einem Stadtplan und einer Karte der Umgebung, oftmals auch mit Hinweisen zur Geschichte und zu den historischen Gebäuden. Erfreulicher Weise meistens dreisprachig – also auch auf Deutsch und Englisch. Meine Touren haben mich durch die Kreise Arnswalde, Friedeberg, Königsberg/Nm, Meseritz, Soldin, Schwerin a. d. W., Weststernberg und Züllichau-Schwiebus geführt. Gewohnt habe ich die ersten Tage in Landsberg, in einem Hotel in unmittelbarer Warthenähe, das schon viele Jahre vor 1945 erbaut wurde. Die Abendspaziergänge an der Warthe und über die alte Brücke zu den Lokalen rund um die Marienkirche waren wunderschön.

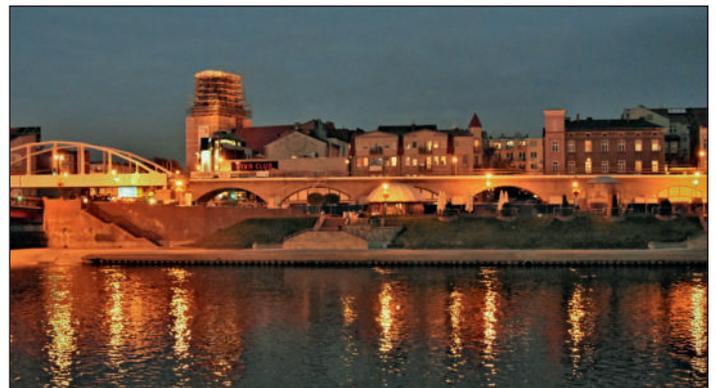
In Schwerin habe ich direkt an der Warthe ein Hotel entdeckt, das bestimmt auf einer der kommenden Fahrten mein Quartier wird. Eine traumhafte Lage. In den nächsten Ausgaben wird es Fotoberichte über die einzelnen Städte geben, auch über die spontane Führung im Kloster Paradies und über zwei Bunkeranlagen des Oder-Warthe-Bogens, die heute als Museum für Besucher geöffnet sind. Wann und wo – das wird sich aus dem Platzangebot im Heimatgruß-Rundbrief Arnswalde bzw. im Brandenburgkurier ergeben. **(SL)**



Rathaus und Marktplatz in Friedeberg.



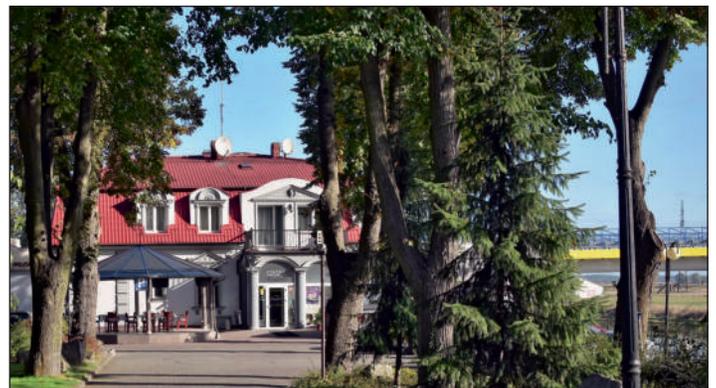
Üppige Blumenrabatten am Marktplatz in Zielonizg.



Landsberg am Abend: Die Warthe-Promenade und im Hintergrund die Marienkirche. Der Turm wird nach dem Brand erneuert.



Die Jesus-Statue in Schwiebus.



Hotel und Restaurant „Dom nad rzeką“ am Ortsrand von Schwerin, direkt an der Warthe gelegen.

Exkursion nach Königsberg/Chojna

Beeindruckende Erlebnisse links und rechts der Oder

Am 5. September 2018, pünktlich um 8.00 Uhr, begann die Busfahrt mit fröhlich gestimmten Reisenden, im vollbesetzten Bus nach Bad Freienwalde zum ersten Ziel. Von Herrn Dr. Schmook schon erwartet, führte er uns mit dem Bus durch seine 13.000 Einwohner zählende Stadt und wies auf die Sehenswürdigkeiten und Kleinode hin.

Dabei konnte nicht verschwiegen werden, dass die nun seit 40 Jahren existierende Betonbrücke weichen muss, um den Status der Kur- und Moorstadt zu erhalten. Verständlich wurde es uns, als wir die Gesundbrunnenstraße abfuhren, mit ihren unter Denkmalschutz stehenden Villen und dem folgenden Kurhaus und der Reha-Klinik, im gepflegten Lenépark gelegen. Die eisenhaltigen Quellen und die Moorbehandlungen waren und sind weithin berühmt und bekannt. Schon das Haus der Hohenzollern formte die Stadt zu einem Kurort für adlige Gäste. Nach einer ca. 90 minütigen Führung bedankten wir uns bei Herrn Dr. Schmook für seine umfangreichen und interessanten Ausführungen.

Es ging weiter nach Schiffmühle zum Vaterhaus von Theodor Fontane. Dabei erfuhren wir auch etwas über die bis 1770 an der Oder betriebene Schiffsmühle, die auf einer schwimmenden Plattform errichtet ist und bei wechselnden Wasserständen immer Energie erzeugen konnte. Im Haus gibt die kleine Ausstellung Einblicke in das Leben



Standrelief von Henry Louis Fontane im Museum in Schiffmühle.

zeigte. Der erste polnische Ort Niederwutzen/Osinow, den wir durchfahren haben, ist für die deutschen Besucher ein Einkaufseldorado mit kleinen Kiosken am Straßenrand und einem festen Gebäudekomplex mit dem Logo am Giebel „Oder Center Berlin“. Auf diesem Gelände befand sich ehemals eine Zellstofffabrik, die von der sowjetischen Besatzung demontiert und gesprengt wurde.

Unser nächstes Ziel war Zehden/Cedynia, dabei kommt man zwangsläufig an dem 1972 von der polnischen Regierung auf dem Czycibor Berg (Cideburer Höhe) bei Zehden errichteten Denkmal, mit einem 15 Meter hohen Steinadler versehen, vorbei.

Dieses Denkmal soll an die vor 1000 Jahren stattgefundenen Schlacht von Zehden, in der Czycibor, der Bruder des Fürsten Miesko I., die Truppen des Lausitzer Markgrafen Hodo besiegt hat, erinnern. Behauptet wird auch, dass die erworbenen Gebiete wieder rechtmäßig zurückgeholt worden sind. In dem jetzt 1600 Einwohner zählenden Städtchen Zehden angekommen, wurden wir über-



Die St. Marienkirche in Königsberg/Nm.

rascht von dem 4-Sterne Hotel mit Gaststätte, das bis 1555 als Nonnenkloster der Zisterzienserinnen diente. Mit der vor kurzem gelungenen Restaurierung des Westflügels der ehemaligen Klosteranlage wurde es wieder zu einer sehenswerten Lokalität. In den beschaulich hergerichteten Kellergewölben konnten wir verdient in angenehmer Atmosphäre ein anspruchsvolles Mittagsmahl einnehmen. Eine kleine Pause zum Verweilen bot der Klostersgarten mit seinen schattenspendenden Bäumen.

Auf gepflegten Landstraßen fuhren wir in Richtung Königsberg/Neumark. Der hoch über die Stadt ragende Kirchturm grüßt seine Gäste schon von weitem. Am Schwedter Tor vorbei, mit Halt am Fuße der St. Marienkirche mit ihrem 103 m hohem Turm, wurden wir von dem Stadtführer empfangen. Er gab ausführliche Erklärungen zur Stadtgeschichte. Erwähnt wurde auch, dass die Stadt kampfflos am 4. Februar 1945 von der Roten Armee besetzt wurde. Am 16. Feb-



Die Reisegruppe an der Kirche in Königsberg/Nm.

ruar brannte die gesamte Innenstadt, einschließlich der bedeutendsten stadtprägenden Bauwerke der Gotik, wie der Marienkirche und dem Rathaus, bis zu 75 % der Gebäudesubstanz nieder. 1986 erfolgte der Wiederaufbau des Rathauses, das als Kulturzentrum mit Stadtbibliothek und Gaststätte genutzt wird.

Seit 1994 wird die zerstörte St. Marienkirche als europäisches Projekt deutsch-polnischer Zusammenarbeit wieder aufgebaut, das wird sicher noch Jahre dauern. Leider war auf der Tafel rechts am Kirchturm kein Hinweis zu finden, dass auch wesentliche Leistungen des Heimatkreises erbracht wurden. Wie wir erfahren konnten, werden mehrere Male im Jahr ökumenische Gottesdienste mit deutsch-polnischer Beteiligung durchgeführt. Auf dem Weg zum Rat-



Das Kirchentor in Mohrin.



Das Rathaus in Königsberg/Nm. (Foto SL)

haus über das Freigelände, wo vormals Häuser standen, gab es weitere Informationen.

Wir bedankten uns und verabschiedeten den Stadtführer und begaben uns in die Gaststätte Ratskeller „Ratuszowa“ zur kleinen Verschnaufpause mit Kaffee und Kuchen. Etwas ausgeruht und gestärkt ging es zum letzten eingeplanten Ziel nach Mohrin/Moryn zur romanischen Feldsteinkirchenbesichtigung. Eine Besonderheit sei noch zu erwähnen: der Altartisch ist aus Granitwürfeln gefertigt und Fragmente von Wandmalereien haben ihren Platz.

Mohrin erlebten wir gefühlt als eine mittelalterlich male- risch anmutende Stadt am Mohriner See gelegen. Mit dem beginnenden katholischen Gottesdienst um 18 Uhr traten wir die Heimreise an und fanden uns im heimatlichen Fürstenwalde gegen 19 Uhr wieder ein und konnten uns freundschaftlich verabschieden.

Ein Dankeschön sei Gerhard Weiduschat gesagt, der die Fahrt mit sehenswerten Haltepunkten geplant hat und die geschichtlichen Hintergründe erläuterte.

Lothar Hoffrichter

100 Jahre Unabhängigkeit

Warum feiert Polen ausgerechnet am 11. November?

Das Datum für den Unabhängigkeitsfeiertag wurde aus zwei verschiedenen Gründen ausgewählt, denn am 11. November 1918 fanden für Polen zwei wichtige Ereignisse statt.

Das erste basiert auf internationaler Ebene: das Deutsche Kaiserreich unterzeichnet den Waffenstillstand, was somit das offizielle Kriegsende bedeutete. Das zweite wichtige Geschehen bezieht sich auf die Geschichte Polens. Am 11. November beschließt der Regentschaftsrat, die Regierungsmacht an **Józef Piłsudski** abzugeben. Der Wiedererlangung der Unabhängigkeit des Staates nach 123 Jahren der Teilung durch Preußen, Österreich-Ungarn und Russland wird seitdem mit einem Nationalfeiertag – dem Polnischen Unabhängigkeitstag (polnisch Narodowe Święto Niepodległości) – gedacht. 1937 fanden die Feierlichkeiten zum ersten Mal statt. Als Datum wurde der 11. November festgelegt, da an diesem Tag im Jahr 1918 die Zweite Polnische Republik begann. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Termin auf den 22. Juli (Veröffentlichung des Manifestes des kommunistischen Lubliner Komitees am 22. Juli 1944) verlegt, 1989 dann auf das ursprüngliche Datum zurückverlegt.

Der Weg in die Unabhängigkeit

Als sich die militärische Niederlage der Mittelmächte im Herbst 1918 deutlich abzuzeichnen begann, und Russland schon seit einem Jahr im Chaos des Bürgerkriegs versunken war, strebten die Polen verstärkt ihre staatliche Souveränität an. Am 7. Oktober 1918 proklamierte der Regentschaftsrat in Warschau einen unabhängigen polnischen Staat und übernahm fünf Tage später die Befehlsgewalt über die Armee. Im November 1918 wurde Józef Piłsudski in Warschau zum „vorläufigen Staatsoberhaupt“ erklärt. Piłsudski ließ am 26. Januar 1919 den verfassunggebenden Sejm wählen, der eine demokratische Verfassung ausarbeiten und verabschieden sollte. Nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags wurde Polen 1919 eine international anerkannte und unabhängige Republik.

Die ersten Jahre der Unabhängigkeit vergingen mit dem inneren Aufbau des Staates. Die bestehenden staatlichen Strukturen, welche die drei verschiedenen Teilungsmächte hinterlassen hatten, mussten vereinheitlicht, teilweise aber auch völlig neu geschaffen werden. Am 17. März 1921 nahm der Sejm die neue Verfassung Polens an. Diese sah zwei parlamentarische Kammern vor, dabei sollte der Sejm mit 444 Abgeordneten die eigentliche Macht ausüben, der Senat als Kontrollinstanz mit Einspruchsrecht fungieren. Der katholischen Kirche war zwar eine Vorrangstellung eingeräumt worden, sie war aber keine Staatsreligion. Innenpolitisch waren die Jahre bis 1926 durch die Abfolge mehrerer parlamentarischer Regierungen dominiert. 1925 gab es 92 registrierte Parteien, wovon 32 im Parlament saßen. Da die Mehrheitsverhältnisse im polnischen Parlament (Sejm) sehr instabil waren, wechselten sich die Regierungen häufig ab und waren teilweise sehr schwach.

Mai-Putsch und Sanacja

Józef Piłsudski war nach einigen Jahren unzufrieden mit der instabilen innenpolitischen Situation. Obwohl er in Armee und Staat keine offizielle Position mehr bekleidete, führte er im Mai 1926, gestützt auf seine große Autorität bei der Bevölkerung und auf die Loyalität der Streitkräfte, einen Staatsstreich durch und blieb bis zu seinem Tod im Mai 1935 an der Macht. Allerdings bekleidete Piłsudski auch jetzt nur selten offiziell bedeutende Ämter, aber er war trotzdem die allgemein anerkannte oberste Autorität im Staat. Unter formaler Beibehaltung der Verfassung wurde dann eine sogenannte „moralische Diktatur“ eingeführt, die sich selbst Sanacja (Gesundung) nannte und die zu einer Gesundung nach dem vermeintlichen Versagen des bisherigen politischen Systems führen sollte.

Eine auf die Person Piłsudski zugeschnittene neue Verfassung trat im April 1935 in Kraft („April-Verfassung“). Der Marschall verstarb jedoch einige Wochen später. Nach Piłsudskis Tod verfiel das bisher von seinem persönlichen Prestige geprägte System. Der Trend hin zu einem autoritären nationalistischem Staat verstärkte sich nun weiter. Die Rechte der vielen Minderheiten (vor allem Ukrainer, Weißrussen und Deutsche) wurden massiv eingeschränkt, die Juden diskriminiert und verfolgt. Die vom Deutschen Reich unterstützte deutsche Minderheit geriet trotz der seit dem Nichtangriffsvertrag zwischen Hitler und Piłsudski offiziell guten deutsch-polnischen Beziehungen immer stärker unter die Beobachtung polnischer Geheimdienststellen, wozu auch die wachsende Begeisterung vieler der Volksdeutschen für den Nationalsozialismus beitrug.

Konflikte mit den Nachbarn

Der Zerfall der Vielvölkermonarchien in Zentral-, Süd- und Osteuropa hinterließ ein machtpolitisches Vakuum, das zur Entstehung bzw. Wiederentstehung von elf Nationalstaaten, darunter Polen, führte. Diese Entwicklung verlief nicht immer friedlich, sodass es zu einer Reihe militärischer Auseinandersetzungen um die Neugestaltung der Grenzen kam. Im Fall der Zweiten Republik Polen waren das folgende Konflikte:

- Posener Aufstand (1918 - 1919),
- Polnisch-Ukrainischer Krieg zwischen 1918 und 1919,
- Aufstände in Oberschlesien,
- drei bewaffnete Konflikte in Oberschlesien zwischen 1919 und 1921,
- Polnisch-Tschechoslowakischer Grenzkrieg vom 23. Januar bis 5. Februar 1919,
- Polnisch-Litauischer Krieg von August bis Oktober 1920 und
- Polnisch-Sowjetischer Krieg von 1920.

Polen war also mit fast jedem Nachbarland in Konflikte verwickelt. Nur mit Rumänien und Lettland unterhielt Warschau spannungsfreie Beziehungen. Insgesamt verfügte der neue Staat über fast 5.000 Kilometer Grenze, wovon lediglich 350 zu Rumänien und 100 zu Lettland nicht an Gegner grenzten. Trotz aller kriegerischen Auseinandersetzungen verfehlte Pilsudski jedoch sein Ziel, die Staatsgrenze von 1772 wiederherzustellen.

Spannungen zwischen Deutschland und Polen

Den Anfang machte der **Posener Aufstand** vom 27. Dezember 1918 bis zum 16. Februar 1919. Es war ein militärischer Aufstand von der polnischen Bevölkerung in der preußischen Provinz Posen. Diese kämpften für eine Eingliederung der mehrheitlich polnisch sprachigen Provinz in den wiedererstandenen polnischen Staat. Der Aufstand endete mit einem militärischen und politischen Sieg Polens. Der Hauptteil der bisherigen Provinz Posen wurde faktisch vom Deutschen Reich abgetrennt. Im Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 wurden die vollendeten Tatsachen dann festgeschrieben. Als Ergebnis der Pariser Friedenskonferenz musste Deutschland diese beträchtlichen Gebietsverluste hinnehmen. Weiterhin gab es zwischen 1919 und 1921 ständige Auseinandersetzungen um den Besitz Oberschlesiens. Die Abstimmung am 20. März 1921 ergab eine Mehrheit von fast 60 Prozent für den Verbleib bei Deutschland. Polnische Freischärler begannen daraufhin am 3. Mai 1921 einen bewaffneten Aufstand, um den Anschluss zumindest von Teilen Oberschlesiens an Polen gewaltsam durchzusetzen. Das Deutsche Reich konnte aufgrund der Beschränkungen durch den Versailler Vertrag nicht gegen die Freischärler vorgehen, jedoch gingen mit Billigung der Reichsregierung Freikorps des „Selbstschutzes Oberschlesien“ gegen die polnischen Aufständischen vor. Es kam zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Polen. Am 23. Mai 1921 gelang den deutschen Freikorps die Erstürmung des St. Annabergs, wodurch eine Stabilisierung der Lage eintrat. Am 20. Oktober 1921 beschloss der Oberste Rat der Alliierten, einer Empfehlung des Völkerbundes folgend, das ostoberschlesische Industrieviertel an Polen zu übertragen, dem es als Autonome Woiwodschaft Schlesien angeschlossen wurde. Beim Deutschen Reich verblieb der flächen- und bevölkerungsmäßig größere Teil des Abstimmungsgebiets. Etwa 80 Prozent des Indus-

trierviers kamen jedoch zu Polen. Beide Seiten mussten sich auf Veranlassung des Völkerbundes zum Schutz der jeweiligen nationalen Minderheiten verpflichten. Die Einhaltung dieses Minderheitenschutzes bildete in der Folgezeit eine anhaltende Quelle von zwischenstaatlichen Spannungen zwischen Deutschland und Polen. Durch Errichtung des polnischen Korridors hatte Polen erheblichen Landgewinn zu verzeichnen und auch einen freien Zugang zur Ostsee. Nachdem sich die Hoffnungen Polens, die Hafenstadt Danzig ganz unter Kontrolle zu bringen, nicht erfüllten und diese zur Freien Stadt Danzig mit ganz überwiegend deutscher Bevölkerung, die dem polnischen Staat ablehnend gegenüberstand, erklärt worden war, begann der polnische Staat mit dem Bau eines neuen Hafens im benachbarten Gdingen. Die Konkurrenz zum Danziger Hafen und die Errichtung eines polnischen Munitionslagers auf der Westerplatte gegen den Willen der Danziger Regierung führte zu heftigen Spannungen. Im Juni 1925 begann dann zwischen Polen und Deutschland ein Handelskrieg.

Wirtschaftliche Probleme

Neben den Schwierigkeiten auf dem Weg zur politischen Souveränität gab es für die polnische Regierung auch ganz erhebliche finanzielle Probleme. Der Staat war über staatlichen Banken und durch Staatsmonopole ein wichtiger Faktor der Wirtschaft, und konnte auf diesen Wegen etwa ein Drittel des Etats in den Staatsunternehmen generieren. Das reichte jedoch bei Weitem nicht aus, weil das Staatsbudget zu einem Drittel vom Ministerium für Militärische Angelegenheiten beansprucht wurde, um die zahlreichen Kriege zu finanzieren. Somit war der polnische Staatshaushalt stark defizitär. 1921 waren nur 40 Prozent, 1922 immerhin 51 Prozent der Ausgaben gedeckt. Am 15. Januar 1920 wurde einheitlich die Polnische Mark eingeführt, zuvor gab es sechs gültige Währungen im Staat. Zwischen Mai und August 1923 fiel der Kurs der polnischen Mark zum US-Dollar von 1:52.000 auf 1:230.000. Dies wird als Beginn der Hyperinflation in der polnischen Republik angesehen. Im Dezember 1923 war der Wechselkurs bereits auf 1:4,3 Millionen geklettert. Am 1. Februar 1924 wurde die Bank Polski gegründet, welche weitgehend unabhängig von der Regierung war. Im April 1924 wurde der Złoty eingeführt und danach bis Mitte des Jahres die Polnische Mark vollständig abgelöst. (SL)

Termine

Landmannschaft Berlin - Mark Brandenburg

Landesverband Hamburg

20.12.2018 11.30 Uhr, Gesprächsrunde mit Adventsfeier

Treffen im Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg.
Ansprechpartner: Johanna Kalläwe, Tel. 040/ 769 807 81

Landesverband Berlin

Treffen im Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin
Ansprechpartner: Herr Hempel, Tel.030/ 254 73 45

Heimatkreis Arnswalde

06.04.2019 10.00 Uhr, Heimattreffen in Anklam, Neues Volkshaus

05.08.-08.08.2019 Busreise in den Heimatkreis

Haus Brandenburg

Bitte beachten:

Vom **17.12.2018** – **04.01.2019** bleibt das Haus Brandenburg geschlossen.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, in diesem Heft finden Sie im Deutschland-Postversand einen Überweisungsträger für Ihre Jahresspende. Für Spenden ab 40 Euro können wir Ihnen eine Spendenbescheinigung ausstellen.



Achtung

Bitte geben Sie ab sofort alle Bestellungen, Adressenänderungen, Kontenänderungen, Todesfälle und andere persönliche Informationen, die den Bezug des Brandenburgkurier betreffen, an:

Jochen Ullrich, Himmelpfortener Weg 52, 59823 Arnsberg, Tel. 02931/77893, E-Mail: jochenullrich@aol.com

Impressum:

Herausgeber:

Landsmannschaft Ostbrandenburg / Neumark e. V.
Parkallee 14, 15517 Fürstenwalde/Spree
Tel. 03361/310952
www.stiftung-brandenburg.de/landsmannschaft.html

Redaktion:

Sigrid Busse (SB), Tel. 034204/894118
E-Mail: sigrid.busse59@gmail.com
Silke Lüders (SL), Tel. 0171 7970 758
E-Mail: silke.lueders@t-online.de

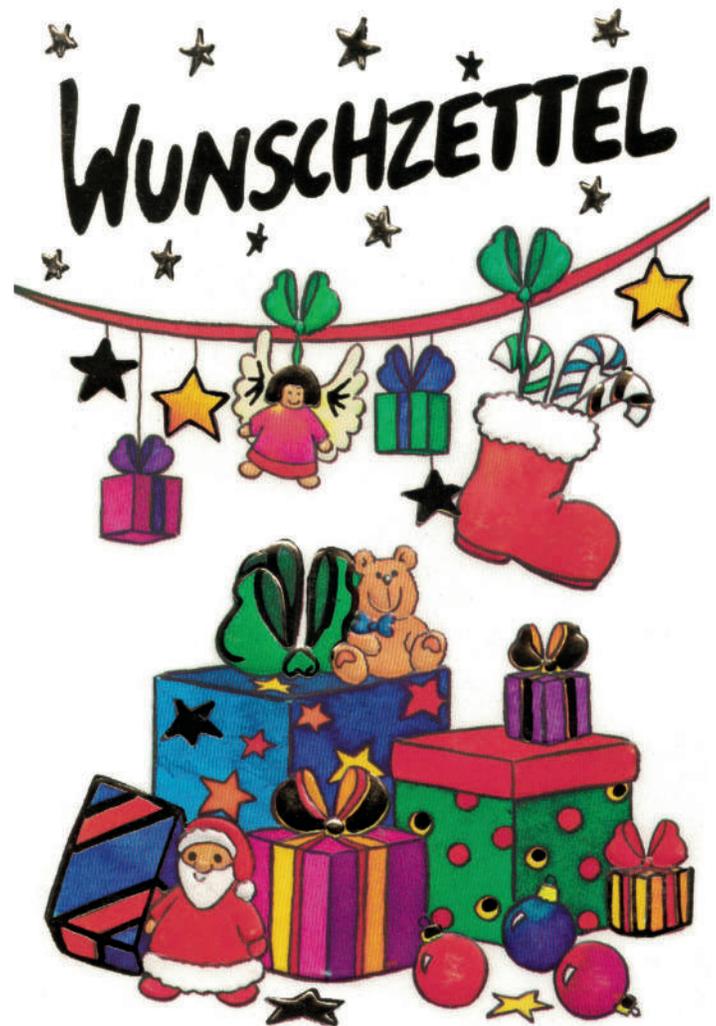
Erscheinungsweise: Viermal im Jahr

Wir bitten um eine Spende von 3,- Euro pro Heft bzw. 12,- Euro jährlich.

Bankverbindung: Sparkasse Oder-Spree
IBAN DE54 1705 5050 1101 6329 80
BIC WELADED1LOS

Layout und Druck:

becker druck, F. W. Becker GmbH, 59821 Arnsberg,
www.becker-druck.de



Frieden



Gesundheit

Liebe

Rücksicht

Vertrauen

Verständnis

Vergebung

und

ein frohes Neues Jahr!